

Stenographisches Protokoll

8. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages – 31. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 1. August 2013

Inhalt

Aktuelle Stunde (S. 584)

Antragsteller: F-Klub

Thema: „Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Kärnten“

Redner: Mag. Leyroutz (S. 584), Seiser (S. 585), Ing. Hueter (S. 586), Dr. Lesjak (S. 587), Dr. Prasch (S. 589), Korak (S. 590), Lobnig (S. 591), Scherwitzl (S. 593), Mag. Malle (S. 594), Mag. Kuchling (S. 595), Rutter (S. 596)

Zur Geschäftsordnung: Mag. Leyroutz (S. 598)

Zur Geschäftsordnung: Seiser, Antrag auf Sitzungsunterbrechung (S. 598)

Unterbrechung der Sitzung (S. 599)

Zur Geschäftsordnung: Mag. Leyroutz (S. 599)

Ldtgs.Zl. 124-5/31:

Prüfungsverlangen des Landtages vom 1.8.2013 auf Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend die Überprüfung der Kärnten Therme GmbH durch den Landesrechnungshof

Einstimmige Annahme (S. 599)

Zur Geschäftsordnung: Mag. Leyroutz, Prüfungsverlangen gem. § 64 Abs. 3 K-LTGO (S. 599)

Zur Geschäftsordnung: Scherwitzl, Antrag auf Sitzungsunterbrechung (S. 599)

Unterbrechung der Sitzung (S. 599)

Zur Geschäftsordnung: Seiser (S. 600)

Das Prüfungsverlangen erhält nicht die erforderliche Mehrheit (S. 600)

Tagesordnung (S. 600)

1. Ldtgs.Zl. 45-3/31:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Landesrech-

nungshofes zum Rechnungsabschluss des Landes Kärnten für das Jahr 2012

Zahl: LRH 62/B/2013

Berichterstatterin: Mag. Theuermann i. V. gemäß § 55 Abs. 5 K-LTGO für Obex-Mischitz (S. 600)

Redner: Leikam (S. 600), Dr. Lebersorger (S. 602), Lobnig (S. 604), Mag. Malle (S. 606)

Einstimmige Annahme (S. 607)

Gemeinsame Generaldebatte von TOP 2 und TOP 3 (S. 608)

2. Ldtgs.Zl. 32-2/31:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses betreffend den Bericht über das Ergebnis der Kostenüberprüfung gem. § 10 K-LRHG betreffend „Landesstraße B 100 Drautal Straße von km 65,42 bis km 71,20 (Umfahrung Greifenburg)“

Zahl: LRH 41/G/2011

Berichterstatter: Redecsy (S. 607)

Einstimmige Annahme (S. 617)

3. Ldtgs.Zl. 32-3/31:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses betreffend den Bericht über das Ergebnis der Kostenüberprüfung gem. § 10 K-LRHG betreffend Baulos „B 100 Drautal Straße Gnoppitzbach – Berg/Ost von km 68,56 bis km 70,98 (Greifenburg/West)“

Zahl: LRH 57/G/2012

Berichterstatter: Redecsy (S. 608)

Redner: Dipl.-Ing. Johann (S. 608), Tiefnig (S. 610), Mag. Theuermann (S. 611), Ing. Hueter (S. 612), Lobnig (S. 615), Dr. Prasch (S. 616)

Einstimmige Annahme (S. 617)

4. Ldtgs.Zl. 194-1/31:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses

betreffend den Bericht über das Ergebnis der Überprüfung Österreichischer Kameradschaftsbund (Landesverband Kärnten) und Ulrichsberggemeinschaft
Zahl: LRH 103/B/2012 und LRH 104/B/2012

Berichterstatter: Mag. Leyroutz (S. 617)

Redner: Dr. Lesjak (S. 618), Ing. Hueter (S. 620), Lobnig (S. 621), (S. 622), Schober (S. 622)

Zur tatsächlichen Berichtigung: Dr. Lesjak (S. 622)

Einstimmige Annahme (S. 624)

5. Ldtgs.Zl. 27-4/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Landesrat Dr. Waldner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Staudacher betreffend Umweltschädigung durch Pestizidausbringung in Kärnten

Redner: Staudacher (S. 625, 628), Mag. Trodt-Limpl (S. 626), Wieser (S. 626), Tiefnig (S. 627), Dr. Lesjak (S. 628)

6. Ldtgs.Zl. 210-3/31:

Mündliche Anfragebeantwortung von Erster Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Leyroutz betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG „Zielsteuerung-Gesundheit“

Aufruf in der nächsten Sitzung (S. 629)

7. Ldtgs.Zl. 39-8/31:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Köfer zur Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend B 99 Katschberg Straße – Tunnellösung im Bereich der Lieserschlucht

Zur Geschäftsordnung: Ing. Hueter, Antrag auf mündliche Debatte (S. 629)

Einstimmige Annahme (S. 629)

Redner: Ing. Hueter (S. 630), Köfer (S. 630)

8. Ldtgs.Zl. 34-5/31:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Köfer zur Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Überprüfung der Kärntner Landestankstellen

Redner: Mag. Malle (S. 631, 633), Köfer (S. 632, 634)

Mitteilung des Einlaufes (S. 634)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 634)

1. Ldtgs.Zl. 64-17/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs, TS-Klubs und der IG BZÖ betreffend illegale Parteien- und Wahlkampfkostenfinanzierung in Kärnten durch die ÖVP

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Prasch (S. 635)

Zur Dringlichkeit: Leikam (S. 635), Ing. Hueter (S. 636), Mag. Leyroutz (S. 637), Dr. Lesjak (S. 638)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 638)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität (S. 639)

2. Ldtgs.Zl. 64-18/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs, TS-Klubs und der IG BZÖ betreffend illegale Parteien- und Wahlkampfkostenfinanzierung in Kärnten durch die SPÖ

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Trodt-Limpl (S. 639)

Zur Dringlichkeit: Mag. Leyroutz (S. 639), Dr. Prasch (S. 640), Köchl (S. 640), Ing. Hueter (S. 641)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 641)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität (S. 641)

3. Ldtgs.Zl. 77-9/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Einführung von Strafbestimmungen bei Verstößen gegen das Kärntner Klubfinanzierungsgesetz

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Leyroutz (S. 641)

Zur Dringlichkeit: Mag. Zopphoth (S. 642), Dr. Prasch (S. 642)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit

(SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 643)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität (S. 643)

B) Anträge von Abgeordneten (S. 643)

Beginn: Donnerstag, 1.8.2013, 09.03 Uhr

Ende: Donnerstag, 1.8.2013, 14.57 Uhr

Beginn der Sitzung: 09.03 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Ing. Rohr**, Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident **Lobnig**

A n w e s e n d : 32 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t : **Obex-Mischitz, Anton, Gaggl, Trettenbrein**

B u n d e s r ä t e : **Blatnik, Novak, Poglitsch**

E n t s c h u l d i g t : Dörfler

Mitglieder der Landesregierung:
Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser**, Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Mag. Ragger**, Landesrat **Holub**, Landesrat **Köfer**

E n t s c h u l d i g t : Landesrat **Dr. Waldner**

S c h r i f t f ü h r e r : Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 8. verlangte Sitzung des Kärntner Landtages. Ich begrüße im Besonderen auf der Regierungsbank die Regierungsmitglieder, den Herrn Landeshauptmann Mag. Dr. Peter Kaiser, schönen guten Morgen, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Beate Prettnner, den Herrn Landesrat Rolf Holub und den Herrn Landesrat Gerhard Köfer! Ich darf auf der Beamtenbank den stellvertretenden Landesamtsdirektor und den Landesrechnungshofdirektor begrüßen, herzlich willkommen, ebenso auf der Bundesratsbank die anwesenden Bundesräte: Bundesrätin Ana Blatnik, Bundesrat Günter Novak und Bundesrat Christian Poglitsch! Ebenso begrüße ich natürlich alle Zuhörerinnen und

Zuhörer, die hier auf unserer Zuhörergalerie heute als Gäste anwesend sind, aber natürlich auch alle Medienvertreterinnen und Medienvertreter, die persönlich anwesend sind! Wie Sie wissen, wird diese Landtagssitzung ja auch im Internet übertragen, daher wird auch von den Medien diese Möglichkeit teilweise wahrgenommen, die Sitzung von dort aus mit zu , und natürlich auch unzählige Kärntnerinnen und Kärntner innerhalb Kärntens aber auch außerhalb haben die Möglichkeit, diese Sitzung mit zu verfolgen. Ich darf Sie ebenso sehr herzlich begrüßen! Wie Sie aus der Ihnen übermittelten Einladung ersehen konnten, findet – wie gesagt – die heutige verlangte Landtagssitzung statt. Gemäß § 44 Abs. 2 der Kärntner Landtagsgeschäftsordnung haben die Antragsteller Freiheitlicher Klub, Klub Team Stronach und die Interessensgemeinschaft BZÖ die Einbringung eines Dringlichkeitsantrages betreffend „Illegale Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Kärnten“ angekündigt und ihr Begehren auf Abhaltung einer verlangten Sitzung begründet. Die heutige Sitzung wurde von mir fristgerecht einberufen. Es liegen einige Entschuldigungen vor, die Abgeordnete Ines Obex-Mischitz ist gesundheitsbedingt entschuldigt, der Abgeordnete Hannes Anton befindet sich im Ausland. Der Abgeordnete Markus Malle ist trotz Urlaubs anwesend. Der Abgeordnete Herbert Gaggl befindet sich auf Kur. Der Abgeordnete Harald Trettenbrein ist im Ausland befindlich. Der Herr Landesamtsdirektor Dr. Dieter Platzer lässt sich ebenso entschuldigen. Die Beschlussfähigkeit des Landtages ist damit gegeben. Ich möchte noch zu den August-Geburtstagskindern kommen. Am heutigen Tag feiert unser Lavanttaler Abgeordneter Dipl.-Ing. Hannes Primus Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute, viel Erfolg! (*Bei-*

Ing. Rohr

fall im Hause.) Am 5. August wird die Frau Abgeordnete Rosalia Kuchling, Zalka Kuchling, ihren Geburtstag feiern (*Beifall im Hause.*), am 14. August der Herr Abgeordnete und Klubobmann Mag. Christian Leyrouz und am 16. August wird der Herr Abgeordnete Malle seinen Geburtstag feiern. Ich hoffe, dass Sie Gelegen-

heit dazu finden und wünsche Ihnen allen alles Gute! (*Beifall im Hause.*) Nachdem keine mündlichen Anfragen vorliegen, die für die heutige Sitzung der Geschäftsordnung nach auf die Tagesordnung zu nehmen gewesen wären, kommen wir gleich vor Eingehen in die Tagesordnung zur Abhaltung der Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des FPÖ-Landtagsklubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die FPÖ an der Reihe. Das Thema lautet: „Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Kärnten.“ Die Rednerfolge erfolgt nach dem Rotationsprinzip, zuerst die antragstellende Partei und dann dem Stärkeverhältnis nach die im Landtag vertretenen Parteien im Rotationsprinzip. Ich darf als ersten Redner in der Aktuellen Stunde zu Wort bitten – ich nehme an, dass das Leyrouz heißt – den Klubobmann der Freiheitlichen, den Herrn Abgeordneten Mag. Leyrouz!

Abgeordneter **Mag. Leyrouz** (F):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Zuseher und Zuhörer auf der Tribüne! „Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Kärnten,“ das heutige Thema. Unserer Ansicht nach hätte das Thema gelaute: „Illegale Parteien- und Wahlkampffinanzierung.“ Der Herr Landtagspräsident hat gemeint, es würde sich dabei um eine Wertung handeln. Faktum ist, legal oder illegal, es sind Tatsachenbehauptungen, sie sind Tatsachen zugänglich. Es gibt da keine Wertung, sondern es gibt dazu nur Fakten. Wir haben ja vor zwei Wochen das Thema aufs Tapet gebracht und als Freiheitliche ganz offen und ehrlich auch gegenüber dem Land Kärnten bekannt gegeben, wie wir Freiheitliche das gemacht haben. Ich kann mich noch gut erinnern, dass vor zwei Wochen, wie wir vor allem die Kriminalität und die strafrechtlichen Probleme angesprochen haben, einige Abgeordnete, insbesondere der SPÖ noch darüber gelacht haben. Mittlerweile sind ja auch diese Stimmen ein wenig ernster geworden. Man muss den meisten Abgeordneten zugute halten, dass sie ja gar nicht gewusst haben, was ihre Klubobmänner bzw.

ihre Parteiobmänner gemacht haben. Dass die Nervosität gestiegen ist, ist ganz klar ersichtlich anhand der Medienberichterstattung in den letzten Tagen. Auch dazu möchte ich kurz Stellung nehmen. Es ist bezüglich meiner Person ein Rechnungshofbericht aus dem Februar herausgezogen worden. Zum Rechnungshofbericht, den wir sehr ernst nehmen, kann ich nur ausführen: Ich habe, noch bevor alles öffentlich bekannt wurde, dementsprechend eine Mitteilung und Fragebeantwortung an den Rechnungshof angefertigt, einen weiteren Wirtschaftsprüfer beauftragt und die Sache ist endgültig geklärt. Faktum ist aber auch weiter, dass die Nervosität insbesondere bei der ÖVP ungeahnte Ausmaße angenommen hat. Man ist da immer noch der Meinung, man hat über den ÖVP-Klub nichts finanziert, man hat keine einzige Rechnung über den ÖVP-Klub finanziert. Man geht dann sogar so weit, dass man demokratische Rechte in einem Landtag mit Verbalentgleisungen betitelt: „Man sollte den Zigeunern den Sonderlandtag um die Ohren hauen.“ Wir haben das gestern ohnehin schon entsprechend gewürdigt. Ich halte so eine Vorgangsweise für ungeheuerlich, sie spricht aber im Endeffekt für sich. (*Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG BZÖ.*) Faktum ist, Herr Hueter, lieber Kollege, ich glaube, auch die ÖVP wird einen Offenbarungseid leisten und bekannt geben müssen, was sie denn unter Wahlwerbung versteht, was über den Landtagsklub bezahlt wurde. Wenn Sie sich das ansehen, (*Der Redner hält einen Zeitungsausschnitt in die Höhe.*) das Kreuzerl, ÖVP-Landtagsklub, Wahlwerbung – wir haben ja auch zu Ihrer Person ein wenig was gefunden – ist das vielleicht auch keine Wahlwerbung? (*Einwand von Abg. Ing. Hueter.*) Ich glaube schon! Da haben wir ganz genau recherchiert. Wir haben uns ja nur einen Teil der Unterlagen und der

Mag. Leyroutz

Inserate der ÖVP angesehen. Das ist nur dieser kleine Packen. Aber Sie werden mir glauben können, das wird nicht mit den € 500.000,-- das Auslangen finden. Faktum ist, und das ist eine Tatsache, dass Sie auch gegenüber dem Land Kärnten keine entsprechende Offenlegung geleistet haben. Faktum ist, Sie befinden sich damit außerhalb des von Ihnen selbst beschlossenen Gesetzes. Ich darf in Erinnerung rufen, Sie selbst haben ein Gesetz beschlossen mit der Absicht, dieses bereits im Vorfeld zu umgehen! Das ist ein Weg, der ist nicht ehrlich, der ist nicht der Wahrheit entsprechend! (*Abg. Ing. Hueter: Das sagst genau du!*) Herr Kollege, ich werde auch bei Ihnen nicht dazwischenrufen. Das ist genau der neue Weg, den Sie beschreiten, gemeinsam mit der SPÖ, die das mittlerweile immerhin zugegeben hat. Wenn das der ehrliche Weg sein soll, dann wirklich gute Nacht Kärnten! Wir sehen das anders. Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Kollege und auch Ihren Obmann auffordern, endlich Farbe zu bekennen, zuzugeben, dass auch Sie die Kosten überschritten haben! Dann wird auch das Land Kärnten die entsprechenden Veranlassungen zu treffen haben. So kann es auf jeden Fall nicht weitergehen. Wir sind dem Landtag zu Ehrlichkeit verpflichtet. Wir gehen den ehrlichen Weg. Wir haben ehrlich gegenüber dem Land Kärnten alles offen gelegt im Gegensatz zu Ihnen. (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit noch!*) Das Lachen zeigt einmal mehr, dass Sie ja nicht kritikfähig sind. Das Problem wird sein, Sie werden die Parteienförderung nicht erhalten. Wir werden auch dementsprechend dafür sorgen, dass dem Gesetz Genüge getan wird. (*Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Klubobmann des sozialdemokratischen Landtagsklubs, Herwig Seiser. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Werte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Stimmen sind durchaus ernster

geworden. Herr Kollege Leyroutz, ich verwehre mich aber dagegen, dass hier von irgendwelchen Geständnissen und Eingeständnissen und wie auch immer geredet wird. Faktum ist, Herr Kollege Leyroutz, wir haben uns an die Buchstaben des Gesetzes gehalten! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Sie können den Kopf schütteln, so oft Sie möchten, Ihre Interpretation der Gesetze ist aus unserer Sicht absolut falsch. und ich werde Ihnen das auch begründen. Zuerst aber zurück zur Ausgangssituation der Wahlkampfkostenbeschränkung. Faktum ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dass durch die Wahlkampfkostenbeschränkung, die wir im vergangenen Herbst beschlossen haben, dem Land Kärnten schlichtweg 4 Millionen Euro erspart wurden. Und da ist eine allfällige Rückerstattung der Wahlkampfkosten, die es im Jahr 2013 das erste Mal nicht gegeben hat, nicht mit einberechnet. Das heißt, unser Kalkül, insbesondere die freiheitliche Partei mit einer Wahlkampfkostenbeschränkung im Zaum zu halten, ist aufgegangen. Und wenn Sie jetzt glauben, Herr Kollege Leyroutz, dass Sie derjenige sind, der hier herinnen ein Tribunal abhält und der hier herinnen der weiße Ritter mit dem weißen Schwert auf dem weißen Schimmel ist, dann sage ich Ihnen, Sie haben sich in der Vergangenheit Ihre weiße Weste dermaßen bekleckert, dass Sie sie nie mehr rein kriegen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Es wird in den nächsten Monaten und Jahren Telekom, Wahlbroschüre, Connect, Hypo, et cetera, et cetera, alles Dinge, die auf dem (*Zuruf aus den Abgeordnetenbänken: Mist!*) – wollte ich nicht sagen – die im Verantwortungsbereich der Freiheitlichen passiert sind – ich weiß, Sie können nichts dafür, Sie sind ahnungslos, Sie wissen nichts. Ich bringe Ihnen das schon zur Kenntnis. Zurück zu den Fakten. Wir von der SPÖ, und das sage ich noch einmal, haben die Wahlkampfkostenbeschränkung im Rahmen der bestehenden Klubförderungs- und Parteiengesetze eingehalten. Der SPÖ-Klub hat im Namen, im Auftrag und auf Rechnung des SPÖ-Landtagsklubs Öffentlichkeitsarbeit organisiert, bestellt und bezahlt und das ist im Klubförderungsgesetz bzw. auch im Parteienförderungsgesetz des Jahres 2012 geregelt. Die Ausgaben des Klubs sind daher den politischen wahlwerbenden Parteien bei der

Seiser

Wahlkampfkostenberechnung nicht zuzurechnen, Herr Kollege, wenn Sie das dann vielleicht auch nachlesen wollen. Wollte man das anders haben, Herr Kollege Leyrouz, dann muss man das Parteiengesetz des Jahres 1975 wieder in Kraft setzen, insbesondere den Paragraphen 7 Absatz 3. Wäre dieses Parteiengesetz noch gültig, müssten die Klubausgaben in die insgesamt Summe der Wahlkampfkosten mit einberechnet werden. Aber diese Bestimmung findet sich im Parteiengesetz nicht mehr. Und fragen Sie bitte bei der FPÖ in Wien nach, auch die werden im kommenden Nationalratswahlkampf aus der Klubkasse Öffentlichkeitsarbeit finanzieren. Das wird der Fall sein. Auf jeden Fall noch einmal: Wir von der SPÖ haben uns im Rahmen des Gesetzes bewegt. Eine Bemerkung erlauben Sie mir schon: Sie werden ja nicht glauben, dass wir komplett verblödet sind, ein Gesetz (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!*) zu machen und dieses Gesetz zwei Tage später zu brechen. Wir wollten Wahlkampfkosten beschränken und das haben wir getan.

In diesem Zusammenhang aber noch zwei Fragen. Wie wurde das Unternehmen finanziert, das Ihren Wahlkampf finanziert hat? Das interessiert mich schon sehr, das ist das Eine. Und in die Richtung des Teams Stronach, (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) weil ich mir gestern die Wahlkampfkostenberechnung angeschaut habe: Es ist wirklich löblich, dass man das transparent macht und herzeigt, aber was mich beim Team Stronach schon interessiert, wie wurden diese Kosten finanziert? Ist es ein Darlehen vom Herrn Stronach, ist es eine Schenkung, ist es eine Spende? Hier gibt es doch noch die eine oder andere Frage, die wir zu klären hätten. Ich sage es noch einmal, wir haben es nicht notwendig, Geständnisse abzulegen (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) und wir haben es auch nicht notwendig, dass wir uns von Ihnen kriminalisieren lassen! Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann des ÖVP-Landtagsklubs, Abgeordneter

Bürgermeister Ferdinand Hueter. Bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Regierungsmitglieder! Geschätzte Damen und Herren auf der Zusehertribüne und zu Hause an den Geräten! Ich würde die heutige Aktuelle Stunde mit diesem Thema „Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Kärnten“ vielleicht ein bisschen anders beantragen. Und zwar: Ich darf Sie in der heutigen Sitzung auf Antrag der Freiheitlichen zum Vortrag unter dem Titel „Vom Macher zum Erklärer – praxisbezogene Darstellungen aus blauer Hand und mit dem Schwerpunkt, wie man es nicht machen darf“ ganz herzlich begrüßen. Kurz gesagt, man könnte glauben, der Täter will nun in die Rolle des Staatsanwaltes schlüpfen. Ungefähr so, als wenn einer im Ortsgebiet, wo er 50 fahren darf, 130 fährt, vom Polizisten aufgehalten wird und der Täter dann hergeht und ihn bei der Staatsanwaltschaft anzeigt und sagt, „lieber Polizist, das ist eine Sauerei, was du mit mir getan hast!“ Genauso kommt mir das bei euch vor, das ist wirklich (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) an Dreistigkeit, und wie soll ich sagen, an übertriebenen Sachen überhaupt nicht mehr zu übertreffen. Aber das sind wir ja eigentlich gewohnt! Das Parteiprogramm der Freiheitlichen in Kärnten hat auf einem Notizzettel Platz, maximal zwei bis drei Eckpunkte sind drauf. Der erste: Die eigene Vergangenheit ist ihnen gänzlich fremd, total ahnungslos, mein Name ist Hase, ich weiß von überhaupt nichts mehr. Zweitens: Laut deren Obmann – das ist nicht mein Zitat, bitte genau zuhören! – sind die Grundwerte Disziplinlosigkeit, Hochmut, Maßlosigkeit und Überheblichkeit, glaube ich, bei euch im Programm drinnen. Bei uns nicht, aber das ist vom seinerzeitigen Obmann gesagt worden. Und das temporäre Vorbild bei euch ist die Unschuldsvermutung. Alles andere ist ganz legal, es gilt überall die Unschuldsvermutung, wir waren nirgends dabei, wir überhaupt nicht, obwohl jetzt schon zugegeben wird, dass Ihr Landesrat oder Obmann Ragger diese Darstellung mit den € 500.000,-- revidiert hat, indem er gesagt hat, nein, leider Gottes sind wir mit € 500.000,-- nicht ausgekommen. Und dann gehen Sie da her, Herr Leyrouz und brechen den

Ing. Hueter

Stab über andere! Also ich würde einmal ganz schnell vor meiner eigenen Türe kehren und erst dann, aber wirklich erst dann zu den anderen kommen! Ihr habt jetzt Jahre Zeit für die Arbeit, diesen Hocker von einem Saustall einmal auf die Seite zu räumen und erst dann reden wir über andere! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Aber vorher ganz sicher nicht! Es ist fast ein Hohn, es ist wirklich ein Hohn, dass genau diejenigen, die mit beiden Ohren im Sumpf stecken, sich heute da herstellen und dann nach links und rechts und nach allen Seiten zeigen, wer alles schuld sein sollte. Also ich würde mich das ehrlich gesagt nicht getrauen! Und zum gestrigen Sager, den du heute zitiert hast, sage ich gar nichts! Das ist positiv gemeint, denn jeder, der sich da angesprochen fühlt, muss wahrscheinlich ein ganz schlechtes Gewissen haben, ganz ein schlechtes Gewissen, denn sonst fühlt er sich da gar nicht angesprochen! Aber ich sage dazu nichts mehr, weil ich gesehen habe, dass man mit Rechtsanwältinnen wahrscheinlich ein bisschen anders umgehen muss. Es ist überhaupt ganz erstaunlich, mir läuft es fast ein bisschen kalt über den Rücken, wenn diese neue „Russland-Rechtskoalition“ aus Freiheitlichen und Team Stronach hier weiter so werkelt und agiert. Zweite Geschichte: Sie waren es, Sie beide, die im vergangenen Landtagswahlkampf alles gebrochen haben! Ihr habt Kärnten zu plakatiert, obwohl euer Landesobmann bzw. Landeshauptmann Dörfler gesagt hat, diese Gesichter von den Plakaten herunter will keiner mehr sehen. Wer war der Erste, der das gebrochen hat, bitte? Das könnt ihr selber sagen! Zweite Geschichte: Sie waren es auch, die die Wahlkampfkosten bewusst und gewollt überschritten haben! Der Herr Kurt Scheuch hat noch im Jänner gesagt, € 500.000,--? Nein, mit dem kommen wir überhaupt nicht aus! Was wollt ihr denn überhaupt? Jetzt stellt ihr euch da heraus und sagt, alle anderen sind schuld, nur ihr nicht! Ich würde einmal ganz geschwind sagen, „mea culpa“! Und das, was ich in der letzten Sitzung schon gesagt habe, ich werde dir einen schönen Spiegel besorgen und dort hineinschauen, lang hineinschauen, damit ich sehe, wer da herausschaut, weil ich glaube, beim kurzen Hineinschauen siehst du dich gar nicht mehr. Du musst länger hineinschauen, dann siehst du Leute drinnen, denen du wahrscheinlich schon einmal begegnet bist. Tu das einmal!

Und jetzt kommen wir zu einer Geschichte, für die reicht leider Gottes die Zeit nicht mehr aus. Für die FPÖ-Skandale bräuchte ich wahrscheinlich ein paar Minuten Redezeit, aber die Unglaubwürdigkeiten dieser Sachen stellen sich genau in dieser Auflistung dar, die in zwei Minuten leider Gottes nicht zu sagen sind. BZÖ-Wahlkampfbroschüre „Garantiert“ 2009, € 500.000,-- – anhängig beim Staatsanwalt. *(Abg. Mag. Leyrouz: Habe ich angezeigt!)* Grundeinlösung Umfahrung Bad St. Leonhard – anhängig beim Staatsanwalt, *(Vorsitzender: Halbe Minute Redezeit!)* € 318.000,-- ausgezahlt, nichts getan. Valentinskonzert Doberinig – € 111.000,--. Verschiedene Uhren der FPK – € 300.000,--. Doberinig Diverses – € 536.000,--. Diverse Veranstaltungen von Doberinig – € 255.000,--. Geschenke des Landesrates Doberinig – € 113.000,--. Neujahrsempfang – € 70.000,--. Neujahrsempfang Ragger – € 17.000,--. Dobersticks – € 13.000,--. „Heubücher“ Doberinig – € 9.000,--. Adventkalender Doberinig – € 21.000,--. Die Liste könnte ich ewig fortsetzen! Und dann geht genau ihr heraus und haut uns etwas um die Ohren! Ich würde mich schämen, sitzenbleiben *(Vorsitzender: Bitte zum Ende zu kommen!)* und einmal „mea culpa“ sagen. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau der Grünen, Mag. Dr. Barbara Lesjak. Bitte zu sprechen!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Damen und Herren zu Hause vor dem Computer und hier auf der Tribüne! Der Titel dieser Aktuellen Stunde lautet „Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Kärnten“. Ich habe bemerkt und jetzt auch noch einmal bestätigt bekommen, die FPÖ als antragstellende Partei für diese Aktuelle Stunde wollte über illegale Parteien- und Wahlkampffinanzierung sprechen. Ich habe das auch gesehen bei der Anmeldung der Aktuellen Stunde und dachte schon ganz kurz, hoppala, ist das vielleicht ein

Dr. Lesjak

Hauch von Selbsterkenntnis? Ist da ein Hauch von Selbsterkenntnis drinnen? Und dann habe ich mir gedacht, nein, bestimmt nicht! Aber ich möchte gern über dieses Thema reden, kritisch darüber reden, auch selbstkritisch, und dafür habe ich ein Werkzeug mitgebracht, ein Instrument, nämlich einen Spiegel. (*Die Rednerin hält einen Spiegel hoch.*) Es ist schon angesagt worden von der ÖVP, man sollte doch einmal in diesen Spiegel schauen. (*Die Rednerin hält den Spiegel in Richtung der FPÖ-Abgeordneten.*) Ich halte Ihnen diesen Spiegel vor. Was sehen Sie in diesem Spiegel? Wenn man von der FPÖ-Seite her in diesen Spiegel schaut, dann sieht man eine Partei, die in Wahlkämpfen maßlos, verschwenderisch, dreist und zynisch war. Ich erinnere an den Wahlkampf 2009, der extrem maßlos war. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, hoffentlich gibt es bald Ergebnisse. Ich erinnere an das Thema „Connect“. Noch immer ist da keine Aufklärung erfolgt, noch immer nicht! Das hat uns der Herr Darmann hoch und heilig versprochen, es wird alles aufgeklärt, es kommt alles auf den Tisch, es wird alles transparent gemacht etc. und repariert! Und was ist passiert? Die „Connect“ gibt es noch heute! Man hat sie einfach umbenannt, es sind die gleichen Eckdaten, die gleichen Inhaber, alles dasselbe, die gleiche Adresse. Sie heißt jetzt nicht mehr „Connect“, sondern laut Firmenbuchauszug „Freiheitliche Werbeagentur Kärnten“. Nichts ist aufgeklärt worden, das alles ist im Dunkeln geblieben. Oder jetzt die Wahl 2013. Wer hat denn gesagt, die Leute wollen unsere Gesichter nicht mehr sehen? Der Herr Landeshauptmann Dörfler hat das gesagt! Von hier aus hat er laut herumgetönt! Ich habe das gehört, ich war persönlich dabei. Und wessen Plakate hat man als erstes gesehen? Die vom Herrn Dörfler, obwohl er gesagt hat, er will sein Gesicht nicht plakatieren! Das war dann offenbar gelogen, oder? Das war dann offenbar gelogen, und so weiter und so fort! Diese verschwenderische Maßlosigkeit ist echt unerträglich! Und der springende Punkt ist ja der, Sie haben sich nicht an ein Gesetz gehalten, das wir hier im Landtag beschlossen haben! Die Vernunftkoalition hat letztes Jahr sozusagen in weiser Voraussicht beschlossen, die Wahlkampfkosten werden beschränkt. Sie haben sich nicht daran gehalten, auch das Team Stronach hat sich nicht daran gehalten. Jetzt sagen Sie, Herr Klubobmann Leyrouz, Sie werden dafür sorgen, dass diesem Gesetz Genüge getan wird. Sorgen Sie

doch zuerst dafür, dass Sie sich selber an dieses Gesetz halten! Sorgen Sie dafür! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Und was überhaupt das Beste ist, und das ist an Verlogenheit nicht zu überbieten, ist, wenn man mit den Fingern auf die Anderen zeigt und sagt, „ihr müsst sofort offenlegen!“ Aber selber haben Sie das auch nicht getan! Legen Sie doch offen, um wieviel Sie überzogen haben! Wo haben Sie das Geld her? Was haben Sie damit gemacht? Wie haben Sie das ausgegeben? Ein kurzer Blick in diesen Spiegel zeigt, dass in Sachen illegale Parteienfinanzierung die FPÖ wohl die Hauptverdächtige ist. Noch dazu sind Versprechen gebrochen worden, die Bevölkerung ist angelogen worden und das ist etwas, das die Leute nicht mehr wollen! Ich weiß schon, Korruption ist ein alter Brauch in Kärnten und Sie sind ja auch dafür bekannt, dass Sie gerne alte Bräuche pflegen, aber da geht es um Glaubwürdigkeit. Und es geht hier um einen neuen Stil! Ich rede nicht von unserem neuen Stil in der Koalition, sondern vom neuen Stil in der Bevölkerung! Die pflegt einen anderen Stil, denn die Bevölkerung hat das nicht goutiert, dass sie zugepflastert wird, dass sie den Dörfler anschauen hat müssen. Sie wollen nicht verklebt werden und nicht geblendet werden von Plakaten und vor allem auch nicht mehr angelogen werden. Das Zauberwort heißt Transparenz. Transparenz ist das wichtigste Prinzip zur Herstellung von Glaubwürdigkeit. Das ist das, was wir tun. Wir haben unsere Wahlkampfkosten als einzige Partei bis jetzt auf unserer Homepage veröffentlicht. Bitteschön, kann jeder einsehen, woher die Wahlkampfkosten kommen. (*Abg. Mag. Schalli: Sie sind nicht die Einzigen!*) Zum Team Stronach, ist vielleicht noch eines zu sagen. Da heißt es ja immer „Fairness und Wahrheit“. Ist das fair, wenn man sich nicht an Gesetze hält? Ist das fair? Wir haben ein Gesetz gemacht, dass wir die Wahlkampfkosten beschränken. Aber der Herr Stronach hält dies nicht für notwendig, (*Zurufe aus der TS-Fraktion.*) der glaubt nicht, dass er sich an Gesetze halten muss! Der sagt, Gesetze sind mir eh wurscht, um 1,3 Millionen Euro kann ich mir die Wähler sowieso kaufen! (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit.*) Das Versprechen vom Schloss Reifnitz, das wird ein Manager-Hotel, nicht für private Zwecke. Was ist passiert? Für private Zwecke! Und dann redet ein Herr Stronach von Charakter! Der soll auch einmal in so einen

Dr. Lesjak

Spiegel schauen. Weil da wird Glaubwürdigkeit eingeübt, da geht Glaubwürdigkeit verloren!

Wir brauchen Transparenz. Wir haben ein Transparenzgesetz eingebracht. Das Transparenzgesetz wird in Zukunft dafür sorgen, dass das – hoffentlich! – nicht mehr passieren wird. Ich danke Ihnen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann des Team Stronach, Professor Dr. Hartmut Prasch. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Lieber Ferdl, wenn du mich da schon ansprichst! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, wo immer Sie uns sehen und hören! Werte Medienvertreter! Wie verlogen ist denn das! Da beschließen Rot-Schwarz-Grün 2012 – wir nicht, wir waren da ja nicht dabei – eine Wahlkampf-kostenbeschränkung gegen alle Einwände von Landtagsamtsdirektion und Verfassungsabteilung und heute und hier sehen wir, dass offensichtlich im gleichen Moment schon daran getüftelt wurde, wie diese Bestimmung zu umgehen sei. Was in den letzten Tagen an Verschleierung, Unehrlichkeit und müden Rechtfertigungsversuchen ans Licht gekommen ist, erschüttert die zart wieder aufkommende Hoffnung der Bevölkerung in die Politik in ihren Grundfesten und entzieht vor allem der Zukunftscoalition jegliches Vertrauen. (*Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG des BZÖ.*) Das Team Stronach hat als erstes von sich aus alle Wahlkampf-kosten, die im Übrigen ausschließlich von der Bundesorganisation getragen wurden, offen gelegt, nicht ihr. (*Abg. Dr. Lesjak: Haltet euch an die Gesetze!*) Das sind eure Gesetze, nicht unsere Gesetze. (*Es herrscht starker Lärm im Hause.*) Sie sind auch öffentlich im Internet nachzuvollziehen. (*Abg. Dr. Lesjak: Das ist euer Demokratieverständnis? Aha, der Herr Stronach kommt mit neuen Gesetzen zu uns!*) Das ist es, was wir unter Transparenz und Wahrheit verstehen. Im Übrigen wurden alle eingesetzten Mittel aus verdientem, versteuertem Privatkapital be-

zahlt, ohne einen Cent Steuergeld! Aber erinnern wir uns zurück: Am 3. März des Jahres, also vor nicht einmal fünf Monaten, durfte die SPÖ einen nicht unerwarteten Wahlsieg feiern. Warum durfte sie diesen Wahlsieg feiern? Ausschließlich deshalb, weil die freiheitliche Konkurrenz mit ihren Skandalen den Weg dazu geebnet hat. (*Abg. Seiser: Das ist deine Interpretation!*) Lautstark mit Trillerpfeifen hat die SPÖ vor der Landesregierung behauptet, was mit ihr alles besser werde: Keine Korruption, keine Skandale, alles wird gut. Jetzt, fünf Monate nach dem Wahltag, wissen wir eindrucksvoll, was sie besser gemacht hat. (*Abg. Seiser: Schloss Reifnitz!*) Was derzeit zum Vorschein kommt, ist ein sozialdemokratisches System der Undurchsichtigkeiten, Heuchelei und Verschleierung. Die SPÖ ist schon lange kein Top-Team mehr, auch wenn wir gespannt darauf warten, wie dort die Untersuchungsergebnisse ausschauen werden. (*Abg. Seiser: Beim Schloss Reifnitz warten wir auch!*) Sie ist unserer Meinung nach das „Flop-Team“ der Stunde. (*Beifall von der TS-Fraktion und der F-Fraktion.*) Den Freiheitlichen kann man wenigstens zugute halten, dass sie in Bezug auf die Wahlkampf-kostenabrechnung noch im letzten Moment die Reißleine gezogen haben. Die FPÖ hat von sich aus die Wahrheit über die Ausgaben auf den Tisch legen lassen, weil sie einsehen musste, dass die Bevölkerung ihrer Abrechnung ohnehin keinen Glauben schenkt. Die SPÖ, liebe Freunde, hat die Chance vertan. Vielmehr haben sie noch am Tag des freiheitlichen Offenbarungseides über die Freiheitlichen gelacht. (*Abg. Seiser: Haben wir, ja!*) Heute erscheinen ihre Beteuerungen, nur wir sind sauber, wir haben alles fair abgerechnet, wir sind besser, in einem ganz anderen Licht. Die Grauzonen korrekter Wahlkampf-kostenabrechnungen sind offensichtlich schon von Beginn an ausgelotet worden. Nur hat die SPÖ im Gegensatz zu FPÖ und ÖVP nicht einmal das clever genug gemacht. Inzwischen hat ja auch der Herr Landeshauptmann kundgetan, was alles nicht er in die Wahlkampf-kosten einrechnet. Na Bravo, das ist ein Bekenntnis im Umgang mit Gesetzen! Meine Damen und Herren der SPÖ, Sie verspielen im Moment das letzte Quentchen Vertrauen! Aber scheinbar gibt es in Kärnten ohnehin eine Koalition der Verschleierer, wo bei manchen Funktionären schon die Nerven blank liegen. Wir haben es nicht nötig, uns von einem wie das tapfere Schneiderlein herumeiernden Klubobmann Sei-

Dr. Prasch

ser oder einem zum Platzen nervösen Klubobmann Hueter rüde beleidigen und beschimpfen zu lassen! Kehren Sie zuerst vor Ihrer eigenen Türe, meine Herren! (*Abg. Seiser: Haben wir schon!* – *Abg. Ing. Hueter: Haben wir schon!* – *Beifall von der TS-Fraktion und der F-Fraktion.*) Wie können Sie es mit Ihrem Gewissen vereinbaren, Herr Klubobmann Hueter, dass Sie bis heute nicht die vollständige Wahrheit über Ihre Wahlkampfkostenabrechnung offenbart haben? Ich fordere Sie heute und hier und unmissverständlich auf, unserem Beispiel Folge zu leisten und sprichwörtlich die Hosen herunter zu lassen! Legen Sie sofort alles offen! (*Beifall von der TS-Fraktion und der F-Fraktion.* – *Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Falls du dabei kalte Füße bekommst, Ferdl, haben wir was für dich. Da hätten wir ein paar wärmende Patschen, (*Der Redner hält gelbe Hausschuhe in die Höhe.*) auf denen man durch die Gegend schleichen kann! Der Aufschrei der Grünen in Bezug auf ihre neuen Lieblinge in der Grauzonenkoalition ist ausgeblieben. Das war zu erwarten, aber ihnen wollen wir die Abrechnung einmal glauben. Dafür können sie sich jetzt ein Luxusbüro in der teuersten Gegend Klagenfurts leisten. (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) Ich rufe heute alle Klubobleute eindringlich auf, einen umfassenden Abrechnungsstriptease zu vollziehen! (*Abg. Seiser: Aber ihr auch!*) Folgen Sie unserem Beispiel und legen Sie, wenn Sie schon nichts zu verbergen haben, alle Kosten lückenlos offen, danke! (*Abg. Dr. Lesjak: Wo kommen die 1,3 Millionen her?* – *Beifall von der TS-Fraktion und der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich bitte, in der Wortwahl auch den Gepflogenheiten und der Kultur des Hohen Hauses zu entsprechen und eine etwas gemäßigtere Wortwahl zu wählen, ohne hier konkret auf die Ausführungen des Klubobmannes Prasch reagieren zu wollen! Ich bitte den nächsten Redner in der Aktuellen Stunde, den BZÖ-Abgeordneten Wilhelm Korak, zu sprechen!

Abgeordneter **Korak** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Liebe Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Medien und ZuseherInnen auf der Zusehertribüne und zu Hause an den Internetgeräten! Ich fange einmal an mit einem Zitat von Klubobmann Seiser. Er meinte, „ein Etikettenschwindel sei wohl etwas zu hoch gegriffen.“ Herr Seiser, wir vom BZÖ sagen, der Etikettenschwindel ist nicht zu hoch gegriffen, sondern Sie haben die Kärntnerinnen und Kärntner bewusst belogen vor der Wahl, vor der Wahl! (*Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und von Abg. Mag. Trodt-Limpl.* – *Abg. Seiser: Vorsicht!*) Ich nenne das bewusst, wenn jemand hergeht und sagt, wir von der SPÖ werden uns an die Wahlkampfkosten halten, wir halten € 500.000,-- ein. (*Abg. Seiser: Vorsicht, Herr Kollege!*) Herr Kollege, ich habe es jetzt so gesagt, ich bleibe dabei. Ich bedanke mich, dass Sie die Kärntnerinnen und Kärntner belogen haben! (*Abg. Seiser: Vorsicht, Herr Kollege!*) Doch anscheinend haben Parteien wie die SPÖ, ÖVP, Grüne ein Gesetz beschlossen – (*Abg. Seiser: Jetzt hast du den Faden verloren!*) Herr Seiser, so schnell kommst du mir nicht aus! – mit einer Wahlkampfkostenbeschränkung von € 500.000,-- mit dem Bewusstsein, dass sie es über die Klubs sofort wieder aufstocken können und somit noch einmal haben Sie die Kärntnerinnen – (*Abg. Seiser: Ist das das Gesetz? Du musst das Gesetz lesen!*) Herr Seiser, das war von Ihnen doch bewusst, dass Sie dann hergehen und mehr Geld ausgeben können als die € 500.000,--. (*Abg. Seiser: Frag den Bucher! Frage ihn!*) Herr Seiser, werden Sie nervös, weil Sie da jetzt dazwischen reden müssen? Ja, Herr Seiser, darf ich bitte meine Ausführungen weiter führen oder wollen Sie mit mir diskutieren? Wir können auch ein Vieraugengespräch führen! (*Abg. Seiser: Hör mir zu!*) Herr Präsident, gibt es da etwas? (*Abg. Mag. Schalli: Das ist der neue Stil!* – *Vorsitzender: Herr Abgeordneter! Ich würde Sie bitten, sich nicht im Ton zu vergreifen, sonst muss ich Ihnen gezwungenermaßen einen Ruf zur Ordnung erteilen! Denn die Unterstellungen von Lügen im Landtag entsprechen nicht der Gepflogenheit des Hohen Hauses! Ich würde Sie jetzt wirklich ersuchen, Ihren Ton in der Form zu mäßigen, dass das auch einer geordneten Diskussionskultur entspricht!*) Danke, Herr Präsident, ich nehme das zur Kenntnis!

Korak

Doch anscheinend haben einzelne Parteien ein Gesetz beschlossen, das sie sofort wieder umgehen und weiterhin in den Steuertopf der SteuerzahlerInnen und KärntnerInnen greifen können. Wie soll Ihrer Meinung nach das Vertrauen in die Politik im Land Kärnten wieder hergestellt werden, wenn einzelne Parteien ein Gesetz beschließen, das sie sodann wieder mit Füßen treten? Wir hier alle im Hohen Haus haben Gesetze zu beschließen, die für alle Kärntnerinnen und Kärntner gelten. Aber stellen Sie sich einmal die Frage: Was wäre, wenn die Bevölkerung die Gesetze nicht einhalten würde, die wir hier beschließen? Was wäre dann? (*Abg. Dr. Lesjak: Oder das Team Stronach!*) Das ist eine andere Sache. Das ist kein Problem, Frau Klubobfrau! Damit stellt sich für mich nur die Frage: Für die SPÖ Kärnten wird das wohl der teuerste Wahlkampfsieg aller Zeiten sein, über den sie durch ihre eigenen Trickereien gestolpert ist. Denn sollten Sie die Parteienförderung für 2014 nicht erhalten, so haben Sie ungewollt über 2 Millionen Euro zur neuen Sparsamkeit im Land beigetragen. Dafür muss ich Ihnen wirklich gratulieren, sollte es so sein! Danke im Namen aller Kärntnerinnen und Kärntner für die 2 Millionen Euro, die nicht verwendet werden! (*Abg. Seiser: Das ist das einzig Vernünftige, was du gesagt hast!*) Wirklich vernünftig, Herr Seiser, wenn es nur so bleibt.

Eine Frage habe ich noch zur Klubobfrau Lesjak, nachdem sie ja sagt, dass der heutige Sonderlandtag eine Farce ist. (*Abg. Dr. Lesjak: Das habe ich zwar nicht gesagt, aber...*) Na ja, entschuldige, es gibt Zeitungsartikel, wo das von dir drinnen steht, dass das eine Farce sei. (*Zwischenruf von Abg. Dr. Lesjak.*) Das Nächste: Du warst selbst einmal als Interessengemeinschaft hier vertreten. Das war das Instrument der Grünen: Sondersitzungen, Aufdecken, Oppositionsarbeit. (*Abg. Dr. Lesjak: Nur wenn wir einen gescheiterten Grund gehabt haben, haben wir das gemacht!*) Ja, Frau Kollegin! Jetzt stelle ich mir nur die Frage: Haben Sie jetzt einen Beißkorb gekriegt, seitdem ihr in der Koalition seid mit Rot und Schwarz? Haben Sie einen Beißkorb erhalten, nachdem Sie jetzt nicht mehr angreifen, verschleiern? Sie wollen alles verschleiern. (*Zurufe aus der Fraktion der Grünen.*) Frau Kollegin, lassen Sie mich eines sagen: Es gibt diesen Beißkorb, den Sie anscheinend erhalten haben, bei den Firmen Fressnapf, Mega-Zoo und wie

sie auch alle heißen bei weitem günstiger als bei der Kuschelkurspartie jetzt in der Koalition!

Zum Kollegen Hueter möchte ich auch noch eines sagen: Ferdi, ich muss sagen, ich habe dich eigentlich geschätzt. Nur, wenn du gestern jetzt wirklich sagst, dass wir, das BZÖ (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit! Eine Wortmeldung haben wir noch!*) Zigeuner sind – (*Zwischenruf von Abg. Ing. Hueter.*) du hast es für alle generell formuliert, Ferdi. Ferdi, wir sind bitte keine Zigeuner, denn wir, das BZÖ, jetzt einschließlich mit den Grünen, sind die Einzigen zurzeit, die die € 500.000,-- nicht überschritten haben aus einem einfachen Grund: Das BZÖ hatte ja wirklich nicht mehr Geld, denn 2009/2010 bei der Spaltung waren wir mittellos. Somit haben wir es eingehalten. (*Zwischenruf von Abg. Ing. Hueter.*) Ferdi, bitte geh doch her, sei so nett, entschuldige dich, nimm das zurück! Vor allem, wenn du die Blauen meinst, dann sage auch, die Blauen, aber gehe nicht auf das BZÖ oder auf irgendwen anderen los, sondern sag es bitte konkret! Danke schön! (*Beifall von Abg. Mag. Trodt-Limpl, der F-Fraktion und der TS-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Als nächster zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident des Kärntner Landtages, Abgeordneter Josef Lobnig. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Zunächst einmal erlaube ich mir, zu den verbalen Entgleisungen der Klubobleute ein Wort zu sagen. In meiner bisher nahezu 15-jährigen Tätigkeit als Abgeordneter dieses Hauses habe ich mir keine einzige verbale Entgleisung geleistet, geschätzte Damen und Herren. (*Abg. Dr. Lesjak hält einen Spiegel in die Höhe.*) Es ist eine Schande, wenn man auf Grund eines demokratischen Rechtes der Geschäftsordnung mit Abgeordneten, nämlich acht an dieser Zahl, eine Sondersitzung beantragt und diese dann verbal als „Zigeuner“ bezeichnet. Eine Schande, meine geschätzten

Lobnig

Damen und Herren! (*Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG BZÖ.*) Und Herr Klubobmann Ferdinand Hueter, ich schätze dich als Person, aber eines bist du in deiner Debatte auch schuldig geblieben, nämlich eine klare Antwort auf die Finanzierung über den Landtagsklub. Hier habe ich nichts mehr gehört. (*Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG BZÖ.*) Vielleicht gibt es diese Antwort von einem Ihrer Redner in der nächsten Runde.

Meine geschätzten Damen und Herren! Nun aber zum Thema der Aktuellen Stunde. Wenn man in den letzten Tagen und Wochen den Medienberichten zu diesen Wahlkampffinanzierungen gefolgt ist, dann haben wir Freiheitliche die Bestätigung erhalten, dass das Gesetz, das mit der linken Einheitspartei im November des Vorjahres hier in einer dringenden Art, in einer Eile beschlossen wurde, nichts anderes ist als ein Husch-Pfusch-Gesetz zur Täuschung der Wählerinnen und Wähler! (*Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG BZÖ.*) Meine Damen und Herren, ich muss mir die Frage stellen, für wie blöd haltet ihr die Kärntnerinnen und Kärntner, vor allem die Herren der SPÖ und ÖVP, ständig von einer Wahlkampfkostenobergrenze zu reden? Und Sie sind dann die Ersten, die sich an nichts gehalten haben! Denn als hier im Hause das Gesetz beschlossen wurde, haben Sie alle – und das ist nachweisbar – bereits an den Wahlkampf vorbereitungen gearbeitet, sind Kosten entstanden. Diese Kosten werden nirgends erwähnt, von denen reden wir überhaupt nicht, sondern nur vom Stichtag bis zum Wahltag, meine Damen und Herren. Auch hier geht es, glaube ich, um Steuergeld.

Wir Freiheitliche, meine Damen und Herren, waren von Anfang an gegen das Gesetz. Wir waren für eine Wahlkampfkostenreduzierung, das ist auch nachzulesen in den Protokollen der Ausschüsse, auch hier im Landtag, in der 30. Legislaturperiode und wir haben uns immer an die Meinung der Verfassungsabteilung angelehnt, weil sie gesagt hat, dieses Gesetz – mittlerweile Gesetz, damals Entwurf – ist in fünf Punkten verfassungswidrig. Der Verfassungsdienst des Landes hat in mehrfacher Hinsicht nicht nur schriftlich, sondern auch mündlich in der Debatte im zuständigen Ausschuss auf die Verfassungswidrigkeit hingewiesen, nämlich, dass es dem Gesetzgeber, dem Land Kärnten kompetenzrechtlich nicht zusteht, Regelungen

über eine Beschränkung der Wahlwerbungsausgaben zu treffen. Sie haben dies ignoriert, haben in einer Eile dieses Gesetz beschlossen, um den Kärntnerinnen und Kärntnern etwas vorzugaukeln, was Sie selbst, wie sich jetzt herausstellt, nicht eingehalten haben. Sie selbst haben sich eine Wahlkampfkostenobergrenze gesetzt, haben mehrmals öffentlich in den Medien behauptet – und das ist nachzulesen in den Tageszeitungen – die Kostenobergrenze von maximal € 500.000,-- eingehalten zu haben. Und jetzt gibt die SPÖ zu, dass weitere Wahlkampfkosten vom Landtagsklub gezahlt wurden. Ja, ich frage mich, meine Damen und Herren, ist das nicht auch Steuergeld, das Sie hier verbrannt haben? Und nun tun Sie so, als wäre alles okay! Halten Sie die Kärntnerinnen und Kärntner wirklich für so naiv? Wir haben von vornherein gesagt, dass wir über ein verbundenes Unternehmen weitere Wahlkampfkosten finanziert haben. Wir haben hier keinen Ausweg gesucht, sondern, weil wir gewusst haben, wir werden wahrscheinlich einen ablehnenden Bescheid erhalten, davon gehe ich aus, und werden diesen vor dem Verfassungsgerichtshof auch mit Erfolg – ich gehe davon aus – bekämpfen können. (*Beifall von der F-Fraktion und der TS-Fraktion.*) Der Verfassungsdienst hat auch aufgezeigt, dass die strengen Regeln, wie sie in diesem Gesetz für die Wahlwerbung im Landtag festgemacht wurden, die Bundesregelungen unterlaufen. Denn wenn der Bund hergeht und es für jeden Wahlwerber zulässt, € 15.000,-- für sich auszugeben und damit meint er wohl die Wahl zu allen Vertretungskörpern – damit sind auch die Landtage gemeint – (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) dann können Sie nicht hergehen und sagen, wir reduzieren das auf € 2.500,--. Geschätzte Damen und Herren, was machen SPÖ und ÖVP? Sie werden natürlich ganz sicher trotz dieser Überschreitung die Landesförderung beantragen. Man könnte schon sagen, bewusst. Vor wenigen Tagen haben noch der Landesgeschäftsführer Fellner und der Stellvertretende Klubobmann Scherwitzl behauptet, sich auf Punkt und Beistrich an das Gesetz gehalten zu haben. Und wer trägt hier die Verantwortung, meine geschätzten Damen und Herren? (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) Ich meine, Herr Klubobmann Seiser, wer, wenn nicht er? Dr. Peter Kaiser, Herr Seiser! Und ich sage Ihnen auch eines, Sie haben mit Ihrem verbalen Verhalten, mit diesem peinlichen Verhalten bei den Kärntnerinnen und

Lobnig

Kärntnern jede Glaubwürdigkeit verloren! (*Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Stellvertretende Klubobmann der Sozialdemokraten, Abgeordneter Andreas Scherwitzl. Bitte ihn zum Rednerpult!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Hoher Landtag! Herr Präsident! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Zunächst auf meinen Vorredner Hartmut Prasch replizierend, wir haben in Österreich Bundesgesetze, Landesgesetze und die sind von allen einzuhalten! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Stronach-Gesetze hat es weder in der Vergangenheit gegeben noch gibt es sie in der Gegenwart noch wird es sie in Zukunft geben! Zum Thema der heutigen Aktuellen Stunde, „Parteienfinanzierung und Wahlkampffinanzierung in Kärnten“: Ich habe das bei der letzten Landtagssitzung bereits betont und ich wiederhole es jetzt noch einmal, Herr Kollege Lobnig: Die SPÖ hat sich nach Punkt und Beistrich an die gesetzlichen Bestimmungen des Landes Kärnten und der Republik Österreich gehalten! Und wenn im Rahmen der gesetzlich definierten Öffentlichkeitsarbeit eines Landtagsklubs Inserate oder andere Formen von Öffentlichkeitsarbeit gemacht wurden, dann waren diese klar gekennzeichnet. Wir haben nie irgendetwas verheimlicht, im Gegenteil, es war alles klar und für jeden zu jedem Zeitpunkt nachvollziehbar deklariert. Nicht erst heute, sondern bereits zum Zeitpunkt der Veröffentlichung. Wir haben den Menschen in Kärnten auch versprochen, nicht zu plakatieren bei der Landtagswahl und jetzt bei der Nationalratswahl. Wir haben dieses Versprechen eingehalten und jene, die heute die großen Saubermänner spielen wollen, haben das Land zuplakatiert - schon vergessen? - Team Stronach und FPK! Kein Wunder, dass man dann mit den Wahlkampfkosten nicht angekommen ist. Und ich lade hier von dieser Stelle für die bevorstehende Nationalratswahl alle wahlwerbenden Gruppierungen in Kärnten ein, unserem Beispiel Folge zu leisten und auf Wahl-

plakate zu verzichten. Wir brauchen dafür kein Gesetz, ein freiwilliges Bekenntnis reicht völlig! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Wir werden noch sehen - lassen Sie mich das noch anfügen - wir werden noch sehen, wer diesem Bekenntnis, nicht zu plakatieren, in Kärnten Folge leisten wird. Die Kärntnerinnen und Kärntner werden sich selbst davon überzeugen können. Die SPÖ verspricht das und die SPÖ wird sich daran halten!

Zum Zweiten: Wir haben bei der letzten Landtagssitzung hier in diesem Haus einen Meilenstein gesetzt, der auch im Regierungsprogramm der Zukunftscoalition verankert war, nämlich eine Kürzung der Parteienförderungen und der Klubförderungen um 5,7 Prozent. Damit ergibt sich eine jährliche Ersparnis von € 580.000,-, auf die Legislaturperiode gerechnet fast 3 Millionen Euro. Aber wir haben nicht nur die Parteienförderung gekürzt, wir haben bei unserem Beschluss beim letzten Mal auch für mehr Transparenz gesorgt. Es gibt klare gesetzliche Vorgaben, wie Rechenschaftsberichte zukünftig aussehen sollen und nicht nur in Bezug auf die Kosten, sondern auch in Bezug auf die Einnahmen. Und wir haben klar geregelt, als Beispiel nach dem Bundesgesetz, wie diese Frage mit den Wirtschaftsprüfern zu klären ist, damit in Zukunft die Freiheitlichen nicht mehr in der Verlegenheit sein müssen, jede Woche auf Suche nach einem Wirtschaftsprüfer zu gehen.

Zum Dritten: Die heutige Sondersitzung – dass die Antragstellung ausgerechnet von BZÖ, FPÖ und Team Stronach kommt, ist in meinen Augen ein Hohn. Zum BZÖ sage ich nur „Telekom-Prozess“. All die Exzesse, die es in Kärnten in den letzten Jahren gegeben hat, sind auch mit dem BZÖ verbunden, denn man darf nicht vergessen, ein gewisser Jörg Haider war auch einmal Obmann des BZÖ. Zum Team Stronach: Die Transparenz, meine Damen und Herren, ist ja nur vorgeschoben. Es ist zwar nett und schön, wenn hier die Kosten dargestellt werden, aber sprechen Sie über die Einnahmen! (*Abg. Rutter: Veröffentlicht!*) Wir können uns schon vorstellen, wo das herkommt. Ein „Onkel aus Kanada“ wird das wohl finanziert haben. Wir bekennen uns zur öffentlichen Parteienfinanzierung und wir wollen keine Politik, die abhängig ist von Milliarden! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Und die Politik des Teams Stronach lässt sich in

Scherwitzl

einem Satz zusammenfassen: Von Milliardären erdacht, für Milliardäre gemacht! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Rechnungshofbericht, der FPÖ-kritische Rechnungshofbericht noch nicht im Kontrollausschuss behandelt wurde. Das ist wahrscheinlich ein Tribut an die junge Liebe zwischen dem Team Stronach und der FPÖ. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Aber eines muss man den Menschen in Kärnten und in Österreich auch sagen: Wer Team Stronach wählt, bekommt am Ende des Tages die FPÖ!

Zum Schluss zur FPK/FPÖ: Mein Kollege Hueber hat es bereits gesagt, die Redezeit hier in der Aktuellen Stunde reicht nicht aus, nein, die Redezeit eines Tages oder mehrerer Tage reicht nicht aus, um das Sündenregister aufzulisten. Ich spreche nur von Mehrverrechnungen an Firmen über diverse freiheitliche Regierungsbüros. Broschüren, Dobersticks, Werbemittel, Lederhosen auf Steuerzahlerkosten. Doppelverrechnungen, die erst auffallen, nachdem sie der Rechnungshof kritisiert. „Connect“, meine Herrschaften, so wie beim Team Stronach: Erzählen Sie uns, woher stammen die Einnahmen? (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) Woher hat die „Connect“ das Geld, um diese Wahlkampfkosten zu finanzieren? Und auf welchem Inserat ist „Connect“ oder die Nachfolgefirma draufgestanden? Nirgends! Diese heutige Sondersitzung ist ein reines Ablenkungsmanöver von der eigenen Misere und Ausdruck höchster politischer Demenz! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bitte sich nach Möglichkeit an die Redezeit von fünf Minuten zu halten! Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete des ÖVP-Klubs, Mag. Markus Malle. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Hoher Landtag! Sehr geehrte Landeshauptmann-Stellvertreterin! Werte Zuschauer zu Hause und

auf der Tribüne! Für mich ist die Diskussion heute ein tatsächlicher Tiefpunkt. Ich habe in der letzten Periode einige Landtagssitzungen von der Tribüne mitverfolgt und habe mich echt gefürchtet davor, welches Klima hier herinnen herrscht. Es ist mit dieser Zukunftscoalition wirklich ein neuer Stil auch in der Debatte eingekehrt, an den sich teilweise auch die Oppositionsparteien gehalten haben. Ich muss nur ganz ehrlich sagen, wie heute, unter welchem Level heute von diesem Rednerpult aus agiert worden ist, (*Abg. Mag. Schalli: Politische Demenz!*) dafür muss man sich teilweise schon wirklich schämen! Für mich ist es schon verwunderlich, wenn ein Klubobmann einer Fraktion, die hier im Landtag sitzt, sagt, das sind ja eure Gesetze und nicht meine! Der Herr Prasch ist leider nicht da, ich hätte ihm sehr, sehr gerne – oh, wohl, er ist da! – Lieber Herr Klubobmann, ich muss Ihnen schon sagen, wir sind hier im Land Kärnten! Nur in Ihrer eigenen Gruppierung hat der Parteigründer ein Vetorecht bei allen Beschlüssen! Hier im Landtag gilt die Mehrheit und diese Gesetze gelten für alle! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.* – *Abg. Dr. Lesjak: Glaubwürdigkeit kann man nicht kaufen!*) Außer, Sie erklären hier – und darüber würde ich mich natürlich sehr freuen – dass das Team Stronach sich im rechtsfreien Raum bewegt und für Sie die Gesetze des Landes nicht gelten. Aber Sie sind wahrscheinlich auch hier gleich vergesslich wie bei der Herkunft, von wo Sie politisch denn eigentlich kommen. Die Zielsetzung dieses Gesetzes war eine Reduzierung der Kosten. Und diese Zielsetzung ist erreicht worden zum Wohle des Steuerzahlers! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.* – *Abg. Mag. Schalli: Durch reine Umschichtungen!*) Der Herr Landeshauptmann hat in dieser Größenordnung plakatiert (*Der Redner hält eine Kopie hoch.*) Die „Profis“ und die „Musketiere“ haben alle in dieser Größenordnung plakatiert. Auch die „Patrioten“ haben in dieser Größenordnung plakatiert. (*Der Redner zeigt Fotokopien.* – *Abg. Mag. Leyrouz hält die Kopie eines Plakates mit dem Bild des Redners und dem Titel „M.U.T.“ hoch.*) Und ich kann nur sagen, auch mit dieser Größenordnung kommt man drüber und schafft es! Auf der Tribüne sieht man das leider nicht! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Weil eines muss man schon deutlich sagen, der

Mag. Malle

Ferdi Hueter hat vorher ein gutes Beispiel gebracht, ich würde das aber gern noch ergänzen. Wir nehmen die 50er-Beschränkung im Ortsgebiet her, auf die sich der Landtag in der letzten Periode geeinigt hat, weil wir gesagt haben, es soll nicht soviel ausgegeben werden, also machen wir eine 50er-Beschränkung, ist nicht so gefährlich, passt. Die Freiheitlichen haben so wie bei einem Autorennen im Vorfeld im Internet angekündigt, dass sie durch die 50er-Beschränkung schneller fahren werden. Sie haben es angekündigt, dass sie schneller durchfahren werden! Dann sind sie mit 130 durch die Ortszone durchgefahren und jetzt versuchen sie, den Anderen nachzuweisen, dass sie vielleicht mit 50,5 an einer Stelle waren oder vielleicht einmal gehupt haben im Ortsgebiet, damit die das Geld auch nicht bekommen, weil die einzige Zielsetzung der FPÖ, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) und das ist klar und deutlich, ist, dass sie ihre Parteienförderung bekommen wollen. Und darum geht es in diesem Sonderlandtag! Es geht nicht darum, den Anderen etwas nachzuweisen, sondern nur darum, die Anderen so weit unter Druck und in Verruf zu bringen und soviel mit Dreck zu schmeißen, damit sie ihre Kohle bekommen! Das ist nämlich die wahre Zielsetzung dieser Sonderlandtagssitzung! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Es wäre für mich schon auch spannend, wie es möglich ist, dass eine Werbeagentur, die vor zwei Jahren geschlossen wurde – wurde sie ja dann nicht mit Ehrlichkeit und Fairness und so – also eine Werbeagentur, die eigentlich geschlossen werden hätte sollen und nicht geschlossen wurde, über welche Einnahmen hat denn die Werbeagentur (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) diesen Zuschuss zu den Wahlkampfkosten leisten können? Gab es da wieder Kick-back-Zahlungen, so wie sie ja schon quasi gerichtsanhängig sind? Eine Frage, die überhaupt noch nicht gestellt worden ist: Wieviel hat denn die Bundes-FPÖ zu diesem Wahlkampf beigetragen? Und eine letzte Frage an das Team Stronach. Die Zwischenrufe heute waren ja wirklich super, man merkt einen frischen Wind und man merkt natürlich, dass sich diese „Russland-Connection“ nicht nur auf Staatsbürgerschaften beschränkt, sondern auch in „trauter Einsamkeit“ – Rot-Weiß für das Team Stronach und Blau für die Freiheitlichen – gut zusammenarbeitet. (*Vor-*

sitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!) Ist es fair, andere anzuschütten mit Vermutungen, nur um von sich selbst abzulenken? Ich glaube nicht! (*Abg. Mag. Schalli: Wir beschimpfen niemanden!*)

Und zu den Kosten. Sie wollten Kosten sparen. Glauben Sie mir, auch die heutige Sonderlandtagssitzung hat Kosten verursacht! Danke vielmals! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Mag. Zalka Kuchling. Ich bitte sie ans Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Kuchling** (GRÜ):

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Liebe Zuschauer, Zuseher auf der Tribüne und vor den Medien! Einen schönen guten Tag, liebe Kollegen und Kolleginnen im Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind heute zu einer Sonderlandtagssitzung und Aktuellen Stunde zum Thema „Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Kärnten“ eingeladen worden. In einer Zeit, in der alles und alle unter einer Hitze stöhnen, in der Bauern Millionenverlust droht, in der es eigentlich an der Zeit wäre, für Kärnten zu arbeiten, (*Abg. Pirolt: Das steht einer Regierung jeden Tag frei!*) sind wir jetzt dazu eingeladen worden, hier uns eine Schlammschlacht anzuhören und Leuten zuzuhören, die das Land eigentlich in den Ruin getrieben haben, eingefordert von Parteien, den Freiheitlichen, die den Bogen selbst so sehr überspannt haben, dass er eben gerissen ist, eingefordert von Parteien wie dem Team Stronach, das mit einem Milliarden als Mäzen oder soll ich sagen, als Inhaber im vergangenen Wahlkampf über 1,3 Millionen Euro ausgegeben hat und dem nun, da es heiß wird, auf einmal eng wird. Da schreit der Herr Klubobmann nach einem „Abrechnungsstriptease“, eine seltsame Wortwahl, eingefordert von einem BZÖ, das auf einmal nach politischer Aufklärung und Transparenz schreit. Seine Vergangenheit schaut aber anders aus. Das sind leere Wor-

Mag. Kuchling

te, nicht glaubwürdig, meine Damen und Herren. Denn „Connect“, was ist die „Connect“, ist sie eine Steuergeldwaschanlage? Was ist das für eine Institution? Wir Grünen lebten schon politische Sauberkeit und Transparenz als für so manch Anwesende in diesem Hohen Haus die Bedeutung dieser Begriffe noch recht nebelverhangen war. In der Vorbereitung auf die Sitzung habe ich mir, da ich ja noch nicht im Landtag war, als diese Novelle beschlossen wurde, die Protokolle der Ausschuss- und Landtagssitzungen von Oktober und November 2012 etwas genauer durchgelesen. Die drei Parteien, die heute die Regierungskoalition bilden, hatten als Vernunftkoalition erkannt, dass die Zeit der schamlosen, parteipolitischen, finanziellen Selbstbedienung ein für alle Mal beendet werden muss. *(Abg. Mag. Schalli: Und ihr schaut zu!)* Dieses Modell, diese Novelle des Parteienförderungsgesetzes ist in Kraft getreten und ist gültig. Bitte, € 590.000,- ist immer noch sehr viel Geld, ja, vergessen wir das nicht! Das Gesetz ist bindend, auch für die Parteien, die da nicht mitgegangen sind. Aber die Parteien, die deutlich darüber hinaus Geld verschleudert haben, schreien jetzt laut auf und wollen den Weg zum Verfassungsgerichtshof einschlagen. Nur zu! Eine Klärung, wenn sie noch nicht gegeben ist, soll gegeben werden. Es gab heute schon eine sehr, sehr detaillierte Aufzählung der Sünden. Das Sündenregister der vergangenen Regierungsepoche ist wirklich sehr, sehr weitreichend, ausschweifend. Ein Spiegel wurde Ihnen vorgehalten. Aber etwas noch zum Herrn Landesrat Köfer: Dieses Gesetz – und Herr Präsident Lobnig, dieses Gesetz ist kein Huschpfusc-Gesetz! Wir Grünen sind tatsächlich die Einzigen, die die Parteienfinanzierung auf der Homepage viel früher als alle anderen detailliert und transparent veröffentlicht haben. Bitte, wir haben € 477.466,15 für den Wahlkampf 2013 ausgegeben. Warum glauben wir, dass dieses Gesetz auch vor dem Verfassungsgerichtshof halten wird? Es war nämlich ein politisches Signal in diesem Land notwendig. Man musste wirklich einen Sparkurs einschlagen. Die Milliarden-Schulden, die das Land zu bewältigen hat, werden noch unsere Kinder und Enkelkinder abstottern. *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Wir müssen bei uns anfangen zu sparen und das haben wir gemacht. Nun, da ein Ergebnis mit konkreten, negativen Konsequenzen vorliegt, schreit man laut auf und bemüht

angestrengt eine eventuelle Verfassungswidrigkeit. Dabei vergessen wohl einige, dass dieses Hohe Haus die Budgethoheit hat und Gesetze verabschiedet.

Nur einen Satz noch: Die Verfassungsreform, die wir im Herbst angehen werden, wird sicher Nachschärfungen bringen müssen. Ich freue mich in diesem Sinne auf eine intensive, korrekte Debatte in diesem Hohen Haus. Ich sage Ihnen noch etwas, *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* die Wählerin und der Wähler haben am 3. März entschieden. Danke sehr! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist vom Team Stronach zur Jungferrede – *(Zurufe aus der TS-Fraktion)* Er war schon dran? Entschuldigung! Ah ja, er hat ja beim Budget schon gesprochen, aber zumindest in der Aktuellen Stunde zum ersten Mal am Wort ist Abgeordneter Martin Rutter.

Abgeordneter **Rutter** (TS):

Herr Präsident, ich möchte Sie bitten, die Zeit zurückzustellen! Ich beginne erst jetzt mit meiner Rede. Herr Präsident! Werte Mitglieder der Regierung! Hohes Haus! Sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, Medienvertreter, die uns hier via Internet zusehen oder die persönlich anwesend sind! Den Herrn Landeshauptmann wollte ich persönlich begrüßen, er ist leider nicht anwesend. Ich habe hier einen von vielen Briefen, die wir bekommen haben als Team Stronach. Der ist offensichtlich von einem gekommen, der bei SPÖ-Demonstrationen mitmarschiert ist. Ich möchte nur ein paar Auszüge daraus vorlesen. In dem Fall bin ich persönlich angesprochen. Ich werde das vorlesen: „Ich er suche Sie inständig darum, das Pfeiferl schleunigst an den Herrn Kaiser zurückzugeben.“ Das Pfeiferl ist mitgeschickt. *(Abg. Dr. Lesjak: Zum Thema!)* „Ich bin über die Art und Weise, wie die SPÖ mit diesem Land umgeht, erschüttert.“ *(Zwischenruf von Abg. Köchl.)* Die SPÖ schwankt zwischen Skandalen á la Top Team“ – die Schwarzen sind ja auch mitmarschiert, die sind ja auch mit Pfeiferln gegangen – „und Steu-

Rutter

ergeldmissbrauch durch den Landtagsklub.“ (Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und von der IG BZÖ.) „Ich will mit meiner ehemaligen Gesinnungsgenossenschaft nichts mehr zu tun haben.“ Ich hätte das gern dem Herrn Landeshauptmann übergeben. Anscheinend war es ein Schwarzer, der da mitmarschiert ist, weil es ein schwarzes Pfeiferl ist. Aber leider ist er ja nicht da! (Abg. Scherwitzl: *Der Herr Landeshauptmann ist immer da!*) Diese Briefe sind Ihnen, sehr geehrte SPÖ-Funktionäre, natürlich bekannt. Sie haben wahrscheinlich hunderte davon in Ihrer Parteizentrale bekommen. (Abg. Scherwitzl: *Reifnitz!*) Unterbrechen Sie mich bitte nicht, Herr Kollege! Logischerweise, weil die Menschen zuerst aufzuhetzen, auf die Straße zu treiben, dann als super Saubermann wie der Herr Landeshauptmann in der ersten Reihe zu stehen und dann mit dem Top-Team in eine Affäre verwickelt zu sein und dann zu sagen, (Zwischenruf von Abg. Scherwitzl. – Abg. Dr. Lesjak: *Zum Thema!*) wir sind sauber, das glaubt Ihnen niemand, Herr Kollege! (Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG BZÖ.) Das glaubt Ihnen niemand! Sie haben, und das ist Faktum und das wird sich gerichtlich noch erweisen, die Menschen belogen und betrogen! (*Es herrscht starker Lärm im Hause.*) Das ist unsere Meinung. Schauen Sie sich das Top-Team an. Sie haben vor allem auch, und um das geht es auch, Sie haben nämlich versucht, einen neuen Stil zu verkaufen und die Menschen sind jetzt umso mehr enttäuscht davon, dass die Skandale von euch jetzt aufkommen! Sie haben die Menschen enttäuscht in jeder Art und Weise! (Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG BZÖ.) Weil unserer Meinung nach das Vertrauen in die Demokratie beschädigt ist, sage ich Ihnen hier und heute, der „Kaiser von Kärnten“ ist leider nicht da, (Abg. Scherwitzl: *Der Kaiser ist immer da! Wo ist euer Landesrat?*) aber er bekommt von uns einen neuen Namen: Er ist der „Baron von Münchhausen.“ Das ist er, Herr Landtagsabgeordneter! (Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG BZÖ.)

Jetzt zum Herrn Hueter, der uns alle als „Zigeuner“ beschimpft hat. Liebe ÖVP, danke dafür! In diesem Zusammenhang: Glauben Sie wirklich, dass Ihnen irgendwer abnimmt, dass Sie mit € 500.000,- ausgekommen sind? Schauen Sie sich unsere Transparenz an! Da weiß man, wie viel Inserate kosten. Allein eure Inserate haben

€ 500.000,- gekostet. (Abg. Ing. Hueter: *Fair bleiben!*) Das ist die Realität und alles andere glaubt Ihnen kein Mensch! (Abg. Ing. Hueter: *Fair bleiben! – Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG BZÖ.*) Sie sind die „Martin-, Kuvert- und Kassierpartei.“ Sie dürfen sich hier nicht aufspielen! Das wirklich nicht, tut mir leid! Dass Sie uns belügen, das sind wir gewöhnt. Aber ich sage Ihnen, die Menschen draußen spüren, ob sie belogen werden oder nicht. Die spüren es von Ihnen und die spüren es auch von der SPÖ. Das werden Sie auch erleben! (Abg. Ing. Hueter: *Fairness!*) Und noch ein kurzer Nachsatz zur SPÖ. Wenn Sie, Herr Scherwitzl, sagen, die SPÖ plakatiert nicht, dann ist das die nächste Lüge, die hier offensichtlich wird. Schauen Sie sich in ganz Österreich die Faymann-Plakate an. Wo wird denn da nicht plakatiert? (Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG BZÖ. – Abg. Scherwitzl: *Ich habe gesagt, Kärnten! – Vorsitzender: So, Herr Abgeordneter! Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit! Ich bitte Sie, sich in Ihrem Ton zu maßigen!*) Danke, dass Sie mich unterbrechen! Die Grünen sagen, wir sind super sauber, wir sind Sparefrohs. Das ist wichtig. Ihr spart beim Budget, ihr spart im Bereich des Klimaschutzes zum Beispiel 69 Prozent. Wo ihr aber nicht spart, das ist bei der eigenen Parteizentrale! Die kostet um einiges mehr als vieles andere, weil das ist das teuerste Viertel Klagenfurts! (Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Johann.) Da schmeißt ihr das Geld mit beiden Händen hinaus! (Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG des BZÖ. – Vorsitzender: *Die Redezeit ist überschritten!*) Der Schlusssatz: Diese Koalition bekommt von uns einen neuen Namen, das ist die „LKH-Koalition“ - Lügen, Korruption und Heuchelei. Danke schön! (Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG des BZÖ.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Als neuer Abgeordneter hätte ich mir erwartet, dass Sie den Ton finden, der in diesem Haus nach der Landtagswahl eingekehrt ist. (Abg. Dr. Lesjak: *Das kann er nicht!*) Sie haben sich offensichtlich im Ton vergriffen, daher muss ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen, denn jemanden der Lüge zu bezichtigen, das erfordert auch einen entspre-

Ing. Rohr

chenden Ruf zur Ordnung. Ich bitte Sie das nächste Mal, sich bei Ihren Wortmeldungen auch entsprechend zu mäßigen! (*Abg. Rutter: Ich bleibe der Wahl verpflichtet!*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Üblicherweise ist es so, dass der zwölfte Redner noch zu Wort kommt. Das wäre im konkreten Fall der Abgeordnete und Klubobmann Leyroutz gewesen. Ich habe ihn informiert, dass wir die Aktuelle Stunde bereits überschritten haben, daher war es heute nur möglich, elf Rednerinnen und Rednern in der Aktuellen Stunde das Wort zu erteilen. Ich habe aber auch mit dem Herrn Abgeordneten und Klubobmann Leyroutz vereinbart, dass er das, was er noch zu sagen hat, im Rahmen der Generaldebatte der Tagesordnung noch unterbringen wird. Also es ist kein Affront des Präsidenten gegenüber der antragstellenden Fraktion in der Aktuellen Stunde, sondern ich würde Sie wirklich ersuchen, dass Sie in Zukunft auch bei Aktuellen Stunden Ihre Redezeiten von fünf Minuten einhalten, und zwar exakt einhalten! Ich werde das auch in Zukunft so praktizieren, dass ich nach fünf Minuten – Punkt fünf Minuten Redezeit – das Mikrofon am Rednerpult ausschalte und den Redner sozusagen auffordere, seinen Sitzplatz einzunehmen, damit das auch klar ist, dass ich hier die Geschäftsordnung etwas strenger handhaben will, wenn eine tolerante Vorgehensweise in der Form von den Abgeordneten nicht so angenommen wird, wie ich mir das eigentlich in einer geordneten Umgangs- und Diskussionskultur erwarte.

Nachdem wir nun die Aktuelle Stunde beendet haben, kommen wir zur Tagesordnung. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben vereinbart – (*KO Mag. Leyroutz meldet sich zur Geschäftsordnung.*) Zur Geschäftsordnung, Moment, Herr Klubobmann!

Abgeordneter Mag. Leyroutz (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Vielleicht eingangs, bevor ich zu meinen Anträgen zur Geschäftsbehandlung nach § 64 K-LTGO komme, möchte ich als Klubobmann der Freiheitlichen schon auch monieren, dass der Stil und der Umgangsstil auch mit jungen Abgeordneten nicht den Gepflogenheiten dieses Hauses entspricht, denn wir haben uns anfänglich darauf geeinigt, dass sich der Stil in dem Haus auch bei der Dis-

kussion ändern sollte. Diese dauernden Zwischenrufe entsprechen auch nicht diesem Stil. Ich ersuche auch Sie, in Zukunft darauf zu achten!

Ich darf daher nun zu meinem Antrag auf Geschäftsbehandlung kommen. Nachdem der Geschäftsführer der Kärnten Therme medial bekannt gegeben hat, dass die Kärnten Therme auch billiger gebaut hätte werden können, stellen wir Freiheitliche vom Landtagsklub den Antrag gemäß § 13 Abs. 2 Kärntner Landesrechnungshofgesetz, eine Überprüfung der Kärnten Therme, an der die Kärntner Tourismusholding GmbH zu 34 Prozent beteiligt ist, durchzuführen und zu prüfen, ob die seitens des Landes Kärnten für die Kärnten Therme GmbH aufgewendeten finanziellen Mittel nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Rechtsmäßigkeit und Zweckmäßigkeit eingesetzt worden sind.

Vorsitzender Erster Präsident Ing. Rohr (SPÖ):

Herr Klubobmann! Erstens würde ich Sie bitten, die Vorsitzführung dem Präsidenten zu überlassen! Inwieweit Rede und Gegenrede vom Präsidenten gestattet wird in den Debatten, das obliegt mir. Es ist nicht Ihr Recht, das zu kritisieren. Zweitens, Ihr Antrag zur Geschäftsbehandlung: Wenn Sie heute – Sie werden wahrscheinlich nicht die Ausgabe der Kleinen Zeitung/Lokal/Villach, aufmerksam gelesen haben – da hat der Villacher Gemeinderat gestern einstimmig die Prüfung durch den Landesrechnungshof beschlossen. Ich denke, es stellt sich nun die Frage, ob wir jetzt eine doppelte Ausfertigung von Prüfaufträgen brauchen, aber es hat sich zur Geschäftsordnung auch der Klubobmann Seiser zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Seiser (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Ich ersuche vor Abstimmung dieses Antrages der FPÖ um eine Sitzungsunterbrechung. (*3. Präs. Lobnig: Wozu? Zu welchem Zweck? – Abg. Seiser: Für klubinterne Beratungen! – 3. Präs. Lobnig: Ach so! Das habe ich nicht gewusst!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten und bitte die Klubobleute, sich entsprechend abzustimmen!

(Unterbrechung der Sitzung von 10.16 Uhr bis 10.23 Uhr.)

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zur Geschäftsordnung hat sich der Klubobmann der Freiheitlichen, Mag. Leyroutz gemeldet. Bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Was die „Kleine Zeitung“ berichtet, mag vielleicht so sein. Faktum ist, dass gestern im Gemeinderat in Villach eine Resolution beschlossen wurde. Gäbe es auch einen Beschluss des Gemeinderates, ist dennoch ein derartiger Beschluss für den Landesrechnungshof nicht bindend, denn ein entsprechender Auftrag kann nur vom Landtag, von Mitgliedern des Kontrollgremiums erteilt werden. Wir bleiben daher bei unserem Antrag auf Geschäftsbehandlung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Klubobmann! Ich habe selbstverständlich auch vorgehabt, diesen Antrag auf Geschäftsbehandlung aufgrund der Geschäftsordnung abstimmen zu lassen, wie er eingebracht wurde. Ich wollte nur klären, nachdem ich heute in der Villach-Ausgabe der „Kleinen Zeitung“ gelesen, dass es einen derartigen Gemeinderatsbeschluss gegeben hat, ob derartige Anträge in doppelter Form sinnvoll und notwendig sind. Dieser Antrag zur Geschäftsbehandlung, wie er von Ihnen vorgetragen wurde gemäß § 46 K-LTGO, „Kärnten-Therme GmbH – Überprüfung durch den Kärntner Landesrechnungshof“, eingebracht vom Freiheitlichen Landtagsklub, wie er verlesen wurde, liegt nun zur Abstimmung vor. Wer dafür ist, dass der Landesrechnungshof prüft, der möge ein Handzeichen zur Zustimmung erteilen! – Das ist einstimmig so erfolgt. *(Abg. Mag. Leyroutz meldet sich zur Geschäftsbehandlung.)* Bitte!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Hohes Haus! Ich habe einen weiteren Antrag zur Geschäftsbehandlung nach § 64 K-LTGO. Es ist hinlänglich bekannt, dass es die „Top Team“-Affäre gibt. Es wurden aber auch insbesondere aus SPÖ-Referaten im Zeitraum 2004 bis 2013 Aufträge an die „Platzl Zwei Dr. Klaus Moser GmbH“ erteilt. Diese Aufträge haben die Milliongrenze bei weitem überschritten. Wir als Freiheitlicher Landtagsklub beantragen daher, dass auch der Landesrechnungshof beauftragt wird, entsprechend des Landesrechnungshof-Gesetzes sämtliche an die „Platzl Zwei Dr. Klaus Moser GmbH“ in den Jahren 2004 bis 2013 zugeführten Aufträge zu kontrollieren, insbesondere unter den Gesichtspunkten der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit. *(3. Präs. Lobnig übergibt dem Vorsitzenden den Antrag.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Geschäftsordnung hat sich der Stellvertretende Klubobmann Andreas Scherwitzl gemeldet. Bitte!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Ich stelle den Antrag, die Sitzung für klubinterne Besprechungen zu unterbrechen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Der Antrag seitens der sozialdemokratischen Fraktion, die Sitzung zu unterbrechen, ist gestellt. Damit wir jetzt keine unnötige Hektik entwickeln, würde ich vorschlagen, dass wir die Sitzung – jetzt haben wir 10.27 Uhr – um 10.35 Uhr wieder aufnehmen, und ich unterbreche die Sitzung für diese Dauer.

(Unterbrechung der Sitzung von 10.27 Uhr bis 10.36 Uhr.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich nehme die Sitzung wieder auf. Es hat sich von den Sozialdemokraten Abgeordneter Herwig Seiser zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dem Antrag der FPÖ auf Überprüfung der Platzl Zwei Moser GmbH werden wir unsere Zustimmung nicht erteilen, (*Abg. Mag. Leyrouz: Hört! Hört!*) weil der Rechnungshof in einer der letzten Landtagssitzungen damit beauftragt wurde, die Werbeaufwendungen aller Parteien bzw. Referenten im Zeitraum 2004 bis 2013 zu überprüfen. Wir halten eine Doppelprüfung für nicht zielführend, weil „Platzl Zwei“

auch Bestandteil dieser Prüfung sein wird, daher lehnen wir diesen Prüfauftrag ab.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sie haben den Freiheitlichen Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 64 K-LTGO betreffend „Aufträge des Landes Kärnten an die Platzl Zwei Dr. Klaus Moser GmbH – Überprüfung durch den Kärntner Landesrechnungshof“, wie vom Freiheitlichen Klubobmann vorgetragen, gehört. Ich lasse nun darüber abstimmen.

Wer diesem Prüfauftrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen von Team Stronach, BZÖ und Freiheitlichen in der Minderheit geblieben. Dieser Antrag ist damit abgelehnt.

Wir kommen nun zur

Tagesordnung

Ich möchte darauf verweisen, dass die Einbringung von Dringlichkeitsanträgen spätestens um 11.38 Uhr endet und dass wir spätestens um 14.38 Uhr die Verhandlung der vorgezogenen Dringlichkeitsanträge vorzunehmen haben werden. Zur Tagesordnung möchte ich Ihnen noch folgendes mitteilen. Wir haben in der Präsidiale vereinbart, dass die Tagesordnungspunkte 2 und 3 in einer gemeinsamen Generaldebatte verhandelt werden. Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 1:

1. Ldtgs.Zl. 45-3/31:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Landesrechnungshofes zum Rechnungsabschluss des Landes Kärnten für das Jahr 2012
Zahl: LRH 62/B/2013

Berichterstatterin ist im Ausschuss die Frau Abgeordnete Obex-Mischitz gewesen. Nachdem diese krankheitsbedingt entschuldigt ist, darf ich die Ausschussvorsitzende bitten, den Bericht zu erstatten! Es ist dies die Frau Abgeordnete Theuermann. Ich bitte Sie, zu berichten!

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Theuermann** (TS):

Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Medienvertreter! Der Kontrollausschuss hat in seiner 4. Sitzung am 16. Juli 2013 beschlossen, an den Landtag folgenden Antrag zu stellen, den Rechnungsabschluss 2012 zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist beantragt. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Leikam. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Werte Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause vor den Internet-

Leikam

geräten! Wir haben in der Aktuellen Stunde heute das Thema „Parteienfinanzierung und Wahlkampffinanzierung“ debattiert. Ich hätte mir eigentlich erwartet, dass die sogenannten Oppositionsparteien, wenn sie schon einen Sonderlandtag beantragen, vielleicht Themen dieses Sonderlandtages wählen, die für die Bevölkerung, für die Kärntnerinnen und Kärntner wahrscheinlich wichtiger sind, nämlich, wie wir das Landesbudget in der Zukunft sanieren wollen, wie wir von den Schulden – und das besagt dieser Rechnungshofbericht zur Prüfung der Jahresrechnung des Jahres 2012, dass wir in Kärnten die höchste Verschuldung seit der Geschichte dieses Landes haben. Das wären also Themen, die hier von den Abgeordneten im Landtag diskutiert werden sollten. Ein erster Schritt zur Sanierung dieses Budgets ist aber schon damit passiert, dass wir die Parteienförderung, die auch Inhalt dieser Aktuellen Stunde gewesen ist, gekürzt haben. Der Rechnungshof hat also die Jahresrechnung 2012 geprüft. Die Prüfung umfasste die Feststellung der formalen und der rechnerischen Richtigkeit sowie die Einhaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften. Das sind also die Eckzahlen in diesem Rechnungsabschluss des Jahres 2012. Wir haben also Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben in Höhe von circa 2,37 Milliarden Euro mit einer Nettoneuverschuldung im Jahr 2012 von knapp 102 Millionen Euro. Ich habe schon erwähnt, der Rechnungsabschluss 2012 weist also die höchste je dagewesene Verschuldung des Landes Kärnten mit circa 2,8 Milliarden Euro aus, viel mehr als ein Jahresbudget ausmacht. Die Ertragsanteile des Bundes, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellen mit knapp 40 Prozent den größten Teil der Einnahmen des Landes dar. Gegenüber dem Voranschlag des Jahres 2012 wurden bei dieser Budgetposition Mehreinnahmen in Höhe von circa 4,6 Millionen Euro erzielt. Einnahmenseitig schlagen sich im Jahr 2012 folgende Sonder- bzw. Einmaleinzahlungen mit einer Gesamtsumme von in etwa 28 Millionen Euro nieder. Das sind also die Zinsen aus dem Zukunftsfonds mit 5,78 Millionen Euro, die Haftungsprovision der Hypo, die im Jahr 2012 noch gezahlt wurde, mit 9,51 Millionen Euro. Wir haben eine Dividende der Kärntner Energieholding, der KELAG bekommen mit 10,1 Millionen Euro, um 1,43 Millionen Euro mehr als veranschlagt. Die Übertragungen der Bezirkshauptmannschaften St. Veit, Spittal und Völkermarkt

an die Landesimmobiliengesellschaft haben 2,45 Millionen Euro ausgemacht.

Was natürlich allgemein besorgniserregend ist in der Budgetpolitik, ist das Verhältnis zwischen den Pflichtausgaben und den Ermessensausgaben. Die Pflichtausgaben machen also mit knapp 2 Milliarden Euro immerhin über 83,5 Prozent des gesamten Haushaltes aus, die Ermessensausgaben nur mehr 376 Millionen Euro oder knapp 16 Prozent des Gesamthaushaltes. Der Gestaltungsspielraum, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist also sehr eingeschränkt, da auch – und das haben wir bei der Budgetdebatte des Jahres 2013 gesehen – bei diesen Ermessensausgaben langjährige Bindungen vorhanden sind. Auch der Stand an Beteiligungen des Landes ist über die letzten Jahre betrachtet rückläufig, seit 1995 um insgesamt rund 60 Millionen Euro. Der Schuldenstand des Landes Kärnten erhöhte sich im Jahr 2012 von € 1.263.000.000,-- auf € 1.365.000.000,--, zusätzlich die Finanzschulden diverser Rechtsträger. Die veränderten sich nur geringfügig, sie sind aber mit 1,4 Milliarden Euro also auch sehr hoch, sodass wir, wie eingangs auch schon erwähnt, von einer Gesamtfinanzschuld des Landes Kärnten nach dem Jahr 2012 mit knapp 2,8 Milliarden Euro rechnen und die Nettoneuverschuldung 102 Millionen Euro beträgt.

Trotz dieser Nettoneuverschuldung von über 100 Millionen Euro hat es aber auch massive Belastungen im Jahr 2012 der Schwächeren in unserer Gesellschaft gegeben. Es hat Einsparungen im Bereich der Arbeitnehmerförderung gegeben, Einsparungen also zu Lasten arbeitnehmerfördernder Maßnahmen. Wir haben Einsparungen zu Lasten der Wohnbeihilfe gehabt im Jahre 2012.

Wir haben auch Einsparungen zu Lasten der Bildung gehabt. Ich habe es auch schon bei der Budgetsitzung erwähnt, dafür hat man den Pflegeregress in Kärnten wieder eingeführt als Dankeschön für die ältere Generation, die unser Land aufgebaut hat, wo man, wenn man Hilfe benötigt im Alter, die Familienangehörigen dieser älteren Personen schamlos abkassiert hat. Auch schon erwähnt, dieser soziale Missstand wurde von der neuen Reformregierung/Reformkoalition und vom Kärntner Landtag bereits wieder abgeschafft. Die FPK-Finanzreferenten haben auf dem Rücken der Bevölkerung gespart,

Leikam

sie haben aber – und das auch im Jahre 2012 – keine Maßnahmen gesetzt, um strukturelle Bereinigungen vorzunehmen oder gar Parallelstrukturen abzuschaffen. Man hat – und auch das zeigt der Rechnungshofbericht ganz klar und deutlich – trotz hoher Nettoneuverschuldung die produziert wurde, einfach vergessen, endfällige Darlehen zurückzuzahlen. Seit dem Jahr 2010 wurde von der damaligen Regierung also kein einziges endfälliges Darlehen getilgt. Ich darf nur in Erinnerung rufen, im Jahre 2014 werden vier Darlehen mit einem Kostenpunkt von 165 Millionen Euro zur Tilgung anstehen. Jene 36 Millionen Euro, die als Rücklage für diese Tilgung gebildet wurden, aber auch jene 100 Millionen Euro, die aus dem KELAG-Verkauf kommen, werden nicht ausreichen, um diese vier Darlehen zu tilgen. Die Analyse des Rechnungsquerschnittes ergibt für das Land Kärnten im Rechnungsjahr 2012 eine öffentliche Sparquote von 3,6 Prozent. Diese Kennzahl, meine sehr geehrten Damen und Herren, spiegelt die Ertragskraft des Landes wider und wird, da sie unter 5 Prozent liegt, vom Rechnungshof als unzureichend eingestuft. Eine Konsequenz daraus ist eine sehr niedrige freie Finanzspitze für investive Maßnahmen oder auch für den Schuldenabbau. Der Landesrechnungshof nimmt in seinem Bericht die mit dem Budgetkonsolidierungsgesetz verfolgten Zielsetzungen, welche bis spätestens Ende des Jahres 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorsehen, positiv zur Kenntnis. Damit diese Ziele, geschätzte Damen und Herren, aber auch erreicht werden, sind strukturelle und nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen im Budget erforderlich. Wir werden in den nächsten Jahren – und das muss uns allen hier in diesem Haus bewusst sein – eisern, aber auch sehr intelligent sparen müssen. Wir brauchen in Zukunft eine Budgetpolitik, erstens mit einer Budgetwahrheit, mit Wirkungsorientierung, und wir brauchen eine Budgetpolitik mit ganz klaren Schwerpunktsetzungen, Schwerpunktsetzungen im Bereich Beschäftigung, Schwerpunktsetzungen im Bereich Wirtschaftsentwicklung und Schwerpunktsetzungen im Bereich Bildung. Die Budgetpolitik der Zukunft muss effektiver, muss aber auch effizienter werden mit ganz klaren Finanzziele. Erstens muss ein Finanzziel sein, dass der Stabilitätspakt erfüllt werden muss. Das zweite Finanzziel ist, dass wir mittelfristig eine Eindämmung der Schulden bis zum Jahr 2017 erreichen und das dritte Finanzziel muss ein

Erreichen oder soll ein Erreichen des Nulldefizits nach ESVG bis zum Jahre 2015 sein. Wir werden in Zukunft in diesem Land einfach die richtigen Dinge richtig machen müssen, damit wir die Budgetsituation in Kärnten wieder in den Griff bekommen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Reinhard Lebersorger. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat Holub! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir beschäftigen uns heute mit dem Bericht des Landesrechnungshofes zum Jahresabschluss 2012. Ich denke, anlässlich der Verabschiedung des Jahresabschlusses 2012 haben wir uns schon ausführlich mit den einzelnen Zahlen beschäftigt, ich möchte daher nur auf vier Punkte eingehen, die mir in Hinblick auf die Gestaltung der Zukunft des Budgets und der Rechnungsabschlüsse wichtig erscheinen. Es ist dies einerseits die gesetzliche Grundlage für Budget und Rechnungsabschluss, zweitens geht es hier um die nicht fälligen Verwaltungsschulden, die ja schon einiges an Verwirrung erzeugt haben, dann möchte ich noch kurz zum Zukunftsfonds sprechen und zuletzt über die Personalentwicklungen und die Personalaufwendungen.

Grundsätzlich wäre ja der Jahresabschluss auf der Basis eines Gesetzes zu erstellen. Nach Artikel 63 K-LVG wäre ein Landesgesetz zu erlassen, und dieses Landesgesetz wurde bisher nicht erlassen, also insofern bewegen wir uns hier etwas im verfassungsfreien Raum. Es gibt nur die VRV, das ist eben die Voranschlags- und Rechnungsabschluss-Verordnung. Wie sollen wir mit dieser Situation umgehen? Ich denke, sie gehört bereinigt. Wir sind aber jetzt in einer Situation, wo wir daran denken, eine Haushaltsreform durchzuführen. Deshalb würde ich es nicht wirklich empfehlen, jetzt noch einmal ein Gesetz zu erlassen, sondern wenn wir jetzt sukzessive die Haushaltsreform umsetzen, die Vor-

Dr. Lebersorger

schläge und Erfahrungen, die wir dabei machen, dann in ein Landesgesetz zu gießen, damit auch die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt werden. Soviel ich gehört habe, soll die Haushaltsreform bis zum Jahre 2017 umgesetzt werden. Das hat mich etwas verwundert, warum wir so lange brauchen, es scheint mir aber doch auch sinnvoll zu sein, weil wir neben der Haushaltsreform auch die Budgetreform und die Budgetsanierung voranzutreiben haben. Und ich denke, dass es eine Überforderung auch der Beamtenschaft wäre, beide Projekte im Schnellverfahren umzusetzen. Ich denke, dass die Budgetsanierung einmal vordringlich ist, dass aber gleichzeitig nebenbei einzelne Schritte der Haushaltsreform umzusetzen wären. Mich würde es freuen, wenn wir von der Regierung sozusagen einen Vorschlag oder eine Information bekämen, in welchen Schritten diese Haushaltsreform jetzt umgesetzt wird und welche Termine man sich gesetzt hat, um diese Schritte umzusetzen. In dem Zusammenhang begrüße ich es, dass wir im Anschluss an die heutige Sitzung eine Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses haben, bei der die Frau Landesrätin für Finanzen den Landtag informieren wird, wie die Budgetklausur abgelaufen ist, welche Ergebnisse dort erzielt worden sind, denn damit wird ein Vorschlag aufgegriffen, dass der Landtag stärker eingebunden wird in die Vorbereitungen des Budgets und wir werden auch in die Lage versetzt, die Zahlen, die wir dann präsentiert bekommen, besser zu verstehen, zu interpretieren oder zu kritisieren. Ich denke, dass es ein sehr wichtiger Schritt ist, um die Budgethoheit des Landtages zu stärken.

Zweiter Punkt, Verwaltungsschulden. In der Definition der Verwaltungsschulden sieht der Landesrechnungshof einen starken Reformbedarf und ich muss sagen, ich schließe mich dem an. Ich habe selber sehr lang gebraucht, um zu verstehen, was die nicht fälligen Verwaltungsschulden nun tatsächlich sind. Es werden in diesem Begriff verschiedenste Schulden und Nichtschulden zusammengepackt und es ist dann in der Debatte auch sehr schwierig gewesen, wie hoch ist der Schuldenstand des Landes eigentlich, wenn man jetzt aus den nicht fälligen Verwaltungsschulden wieder die tatsächlichen Schulden herausrechnen muss, damit man zu dem wirklich tatsächlichen Schuldenstand kommt. Also eine verwirrende Situation und

insofern würde ich schon vorschlagen, bevor wir die Haushaltsreform durchführen, dass wir uns den Begriff der „nicht fälligen Verwaltungsschulden“ noch einmal anschauen und eventuell auch Untergruppen bilden, damit man die einzelnen Gruppen, die in den nicht fälligen Verwaltungsschulden zusammengefasst sind, besser identifizieren kann. Ich weiß, es ist aufgelistet, aber dann haben wir trotzdem eine Zahl für die nicht fälligen Verwaltungsschulden. Der Begriff „nicht fällige“ ist ja auch etwas verwirrend, denn ich gehe davon aus, dass im Rechnungsabschluss nur Schulden da sind, die nicht fällig sind, denn sonst würde das ja bedeuten, das Land kommt seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nach. Also der Begriff ist schon etwas verwirrend und wenn da jetzt Leasingaufwendungen der Zukunft drinnen sind in diesen Verwaltungsschulden, dann müsste man meiner Meinung nach unterscheiden, handelt es sich um ein echtes Leasing, das einer Miete gleichkommt, oder handelt es sich hier eher um eine Art Ratenkauf, der in die Form eines Leasingvertrages gekleidet ist. Hier gibt es unternehmensrechtlich verschiedenste Vorschriften, die anzuwenden sind und es wäre vielleicht sinnvoll, sich an diese auch im Budget oder Jahresabschluss oder im Rechnungswesen des Landes anzunähern. Es wäre auch deshalb sinnvoll, den Rechnungsabschluss an unternehmensrechtliche Vorschriften anzunähern, weil die Meisten ja durch ihre Ausbildung – Handelsschule, Handelsakademie, Universität – in unternehmensrechtlichen Vorschriften geschult sind und es bedarf dann immer einer gewissen Übersetzung für die Öffentlichkeit, damit man versteht, was im Rechnungswesen gemeint ist und andererseits die Leute, die im Rechnungswesen des Landes beschäftigt sind, auch umlernen müssen. Wir haben hier einfach einen Informationsverlust, der in Zukunft zu vermeiden wäre.

Kurz noch zum Zukunftsfonds. Ich habe das vor kurzem hier an dieser Stelle unterstützt, dass der Zukunftsfonds nicht in das Land eingegliedert wird. Dahinter steht einfach die Angst, dass der Druck verschwindet, wenn wir den Zukunftsfonds zur Schuldentilgung verwenden würden. Die andere Optik, die der Rechnungshof hier vorbringt, scheint mir aber auch sehr schlüssig zu sein. Wir zahlen auf der einen Seite für unsere Schulden höhere Zinsen, als wir auf der anderen Seite für die Veranlagung des Zukunftsfonds bekommen. Also angenommen, wir haben jetzt

Dr. Lebersorger

500 Millionen Zukunftsfonds und eine Zinsdifferenz zwischen Soll- und Habenzinsen, nehmen wir an von nur 1 Prozent, so sind es auch 5 Millionen Euro im Jahr. Ich stelle es nur zur Debatte, ich weiß, dass es hier nicht die Mehrheitsmeinung ist, zu überlegen, den Zukunftsfonds doch zu überführen mit all den Auflagen, die wir dem Zukunftsfonds gegeben haben. Ich stelle es nur zur Debatte und ich würde mir wünschen, dass wir das im Zuge der Budgetreform noch weitergehend diskutieren.

Ich komme auch schon zum letzten Punkt, das sind die Personalaufwendungen. Ich denke, dass hier durch das Personalbudget Neu bereits in der zweiten Jahreshälfte 2010 beginnend doch bedeutende Einsparungen getätigt wurden und wir positive Auswirkungen auf den Jahresabschluss hatten. Wir haben hier eine Absenkung bzw. eine Stabilisierung des Aufwandes für die aktiven Dienstnehmer. Wenn man die Anzahl der aktiven Dienstnehmer im Jahr 1996 mit dem Index 100 beziffert, dann hätten wir im Jahr 2012 den Index von 86,4. Das heißt, wir hätten einen um 13,6 Prozent reduzierten Personalstand. Das beweist, dass bei einer konsequenten Umsetzung eines Projektes tatsächlich Einsparungen möglich sind. Eine andere Entwicklung sehen wir bei den Ausgaben für Pensionisten, nämlich gerade umgekehrt. Haben wir wieder einen Index von 100 im Jahr 1996, so wäre der Index für 2012 bei 134,2. Das heißt, wir haben einen um mehr als ein Drittel erhöhten Stand an Pensionisten, die bezahlt werden müssen. Das ist jetzt eigentlich nicht eine landesrechtliche Fragestellung, sondern eine bundesrechtliche Fragestellung, wann gehen die Österreicher in Pension? Und ich muss sagen, da fehlt mir schon das Verständnis, dass wir auf Bundesebene hier nicht mehr Druck machen, das tatsächliche Pensionsalter zu erhöhen und entgegen allen Forderungen von Pensionsexperten hier einfach sehr wenig unternommen wird, um das tatsächliche Pensionsantrittsalter zu erhöhen und auch das Pensionsantrittsalter der Frauen dem der Männer rascher anzupassen. Ich denke, die Entwicklung der Personalaufwendungen zeigt, überall dort, wo der Wille besteht, strukturelle Maßnahmen umzusetzen, ist es möglich, auch die Kosten einzusparen. Dort, wo dieser politische Wille fehlt oder wo die Angst regiert, wird es nicht stattfinden. Und ich denke, insofern könnte uns dieses Beispiel eine Mahnung und Ermutigung

sein, wenn wir jetzt in die Debatten für die Budgetkonsolidierung eintreten. Danke vielmals! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident des Kärntner Landtages, Abgeordneter Josef Lobnig. Bitte ihn ans Pult!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Vorab möchte ich einmal dem Leiter des Rechnungshofes und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen herzlichen Dank aussprechen für diese sehr umfassende und umfangreiche Darstellung des Berichtes des Rechnungsabschlusses 2012!

Wir haben in einer der letzten Sitzungen oder gerade in der letzten Sitzung den Rechnungsabschluss 2012 hier sehr ausführlich diskutiert, haben auch nahezu alle Bereiche beleuchtet. Natürlich geht es hier wahrscheinlich in allen Fraktionen auch darum, in Zukunft die Gestaltung des Budgets zu ermöglichen, vor allem weil wir uns auch über eines im Klaren sein müssen – und das muss uns auch immer ins Bewusstsein rücken – dass wir seit dem Jahr 2009 mit dem Wegfall von ganz hohen Ertragsanteilen, und zwar 2009 im Vergleich zu den damals boomenden Jahren 2006/2007 rund 300 Millionen Euro weniger in die Landeskasse bekommen. Unter diesem Gesichtspunkt muss man das einmal betrachten, wobei sich die Ausgaben nicht um diese Zahlen reduzieren. Das heißt, es ist auch in der Zukunft ein ganz schwieriger Spagat vorhanden, mit reduzierten Einnahmen bei gleich bleibenden Ausgaben trotzdem ein Budget zu bewerkstelligen, das heißt zuerst einmal die Pflichtausgaben zu bedienen und uns erst darüber hinaus den Ermessensausgaben, dem sogenannten Ermessensspielraum, zuzuwenden. Daher meine ich, dass es sehr wohl ab diesem Zeitraum 2009/2010 eine Budgetpolitik gegeben hat, die sehr restriktiv war, wo man von der Budgetierung der Begehrlichkeiten hin zu der Budgetierung der Notwendigkeiten gekommen ist, meine Damen und Herren. Ich denke, das zeigt

Lobnig

auch die Entwicklung der letzten Jahre, weil ja immer wieder gesagt wird, na ja, das haben alles nur die Freiheitlichen verursacht. Ich möchte immer auch der Wahrheit halber hier klar festhalten, dass die Budgets 2004 bis 2008 mit der SPÖ beschlossen wurden und dass es gerade damals explodierende Sozialbudgets gegeben hat, steigende Personalkosten, massive Einmal-effekte, nahezu unmögliche Refinanzierbarkeit der KABEG über den Kapitalmarkt und eine stark steigende außerbudgetäre Verschuldung. Geschätzte Damen und Herren, diese Budgets 2004 bis 2008 wurden mit der damaligen Soziallandesrätin und heutigen Finanzreferentin, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig, ausverhandelt und mitbeschlossen, daher nehme ich auch die SPÖ hier mit in diese Verantwortung. Wenn es Erfolge gibt, kann es natürlich nicht sein, dass es heißt, der Erfolg hat viele Väter, Misserfolg nur einen. Wenn es Misserfolg gibt, dann müssen wir das auch in einer Gesamtsituation sehen. So weist der Rechnungsabschluss 2012 auch positive Kennzahlen aus. Die Nettoneuverschuldung ist, wenn wir das vom Budgetprogramm hernehmen, von nahezu 300 Millionen Euro auf 101 Millionen Euro, oder wenn wir den Landesvoranschlag hernehmen, von rund 149 Millionen Euro auf 101 Millionen Euro abgesenkt worden. Wenn wir das in Prozenten am Bruttoinlandsprodukt betrachten mit 0,59 Prozent, dann ist das mit bis zu 1 Prozent von den Ratingagenturen als positiv einzustufen. Und das möchte ich auch hervorstreichen: Bei allem, was das Budget an Diskussionen gibt, was ein Rechnungsabschluss an Diskussionen gibt, bleiben wir bei der Wahrheit und gehen wir nicht her und sagen, auch wenn etwas Gutes da ist, dann schweigen wir darüber, weil das auch in der Medienlandschaft leider Gottes halt hier überhaupt nicht beachtet und daher nur auf die negativen Ergebnisse Einwirkung gemacht wird.

Mein Vorredner hat bereits die Personalsituation angesprochen. Es ist auch Faktum, dass mit dem Jahr 2011, ab 2010/2011, eine deutliche Reduzierung der Personalkosten erreicht wurde. Das ist auch eine Maßnahme, die damals in der Koalition mit der ÖVP als Personalbudget Neu hier ins Leben gerufen wurde, was auch Wirkung zeigt, wenn sie auch durch die Übernahme der Dienstzettelbeschäftigten teilweise kompensiert und überlagert wurde. Aber der Weg war der richtige, das möchte ich hier ausdrücklich beto-

nen, nämlich in der Hoffnung, dass man auch die nächsten Budgets in der Personalsituation in dieser Form fortschreibt. Wenn wir nämlich das 2013er-Budget hernehmen und sehen, dass es dort wieder Ausuferungen im Personal in den Planstellenentwicklungen gibt, dann wird uns das nicht dienlich sein, im Endresultat was Positives beitragen zu können, sondern auch hier werden dann die Aufwendungen wieder exorbitant in die Höhe gehen und wir werden dann diskutieren, ob es einen Pflegeregress gegeben hat oder nicht, ob der korrekt war oder nicht, meine Damen und Herren. Ich glaube, dass wir – und so sehe ich das als Freiheitlicher Mandatar, der ich in einer Leistungsgesellschaft stehe, wo ich gewisse Verantwortung auch meinen Eltern oder meinen Großeltern gegenüber wahrzunehmen habe. So sehe ich auch meine Verantwortung meiner Familie gegenüber. Man kann nicht hergehen und alles Notwendige nur in den Sozialbereich abschieben und sagen, das soll jetzt alles nur mehr die öffentliche Hand übernehmen. Meine Damen und Herren, ich glaube, hier gehört viel mehr Menschlichkeit, menschliches Bewusstsein hinein und damit aber auch Bewusstsein in der familiären Erhaltung und was es bedeutet, Familie zu führen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte auch aufzeigen oder zumindest hinweisen, weil der Rechnungshof hat es hier auch in einem abschließenden Bericht noch einmal angeführt, dass eben mit diesem Kärntner Budgetkonsolidierungsgesetz notwendige Weichenstellungen zur Konsolidierung gesetzt wurden, aber es natürlich notwendig ist, dass wir diesen Weg auch in der Zukunft fortschreiben müssen. Daher glaube ich, sollen die Bemühungen des Landes – und das hat auch mein Vorredner angesprochen – auch in diese Richtung gehen, dass wir nicht nur eine Einnahmen-, Ausgabenrechnung hier beschließen, sondern dass wir uns auch in der Zukunft ganz deutliche Zahlen erwarten über die Aussagekraft des Vermögens des Landes. Und eine Vermögensrechnung ist etwas, wo wir, glaube ich, einen größeren und klareren Überblick über die Situation der Gebarung des Landes erfahren. Alleine die Stagnierung der außerbudgetären Verschuldung von den ausgegliederten Rechtsträgern zeigt, dass man auch dort mit einem anderen Bewusstsein umgeht in der Entwicklung der Finanzierungen. Denn wenn näm-

Lobnig

lich die Landesimmobiliengesellschaft ihr Kapital am Fremdkapitalmarkt aufnehmen muss, um Investitionen tätigen zu können, um Immobilieninvestments setzen zu können, dann zeigt das, dass hier auch eine andere Verantwortung an den Tag gelegt wurde, weil letzten Endes sind die auch sozusagen als Beteiligte des Landes zu sehen. Wir sind nämlich dort natürlich an diesen Gesellschaften beteiligt. Daher, meine Damen und Herren, glaube ich, dass wir mit diesem Rechnungsabschluss durchaus mit der Feststellung zufrieden sein können, wenn auch er ganz klar eine angespannte Situation hervorbringt, die für uns in der Zukunft eine große Herausforderung sein wird, wie ich schon eingangs erwähnt habe, bei sinkenden Einnahmen aber bei steigenden Verpflichtungen. Alleine wenn ich erinnere an die Diskussion, die bei den nächsten Tagesordnungspunkten kommen wird, die B 100 Drautal Bundesstraße, wo wir zwei Berichte hier zur Kenntnis nehmen werden, die aber letzten Endes genau wieder dorthin führen: Wie werden wir den Rest dieses großen Bauprojektes finanzieren können? Auch damit hängt es zusammen, finanzielle Spielräume in diesem Bereich heraus zu gewinnen, damit wir das finanzieren können. Forderungseinlösemodell – alles richtig und schön, aber wir wissen, dass das refinanziert werden muss, die großen Bauprojekte wie Bad St. Leonhard oder Völkermarkt. Wenn wir wissen, wie viele Millionen dort investiert wurden, dann ist das nicht Geld, das hinausgeworfen wurde, sondern das ist Geld, das in die Wirtschaft investiert wurde. Straßen, Brücken und solche Dinge sind für mich Adern der Wirtschaft und das brauchen wir vor allem in jenen Räumen, die wirtschaftlich in der Vergangenheit nahezu eine Schlusslichtposition hatten. In diesem Sinne werden wir Freiheitlichen diesem Rechnungsabschluss unsere Zustimmung geben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mag. Markus Malle von der ÖVP.

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Herr Präsident Lobnig! Ich muss Ihnen wie allen anderen Vorrednern vor mir ein großes Dankeschön an dieser Stelle ausrichten! Das ist genau die Qualität, wie ich mir eine Diskussion hier in diesem Hohen Haus vorstelle, *(3. Präs. Lobnig: Von mir wirst du nie etwas anderes erwarten können!)* weil ich hier einfach auch mitbekomme, dass auch, wenn gewisse Positionen nicht die selben sind – ich sage jetzt Eingliederung des Zukunftsfonds – ich glaube, dass es hier möglich sein sollte, einfach ganz normal miteinander zu sprechen. Ich sage auch danke, Herr Präsident Lobnig, dass Sie angesprochen haben, dass es natürlich gerade bei den Neueinstellungen im Landesdienst einen Wechsel gegeben hat. Dieser Wechsel ist gemeinsam mit den Freiheitlichen und der ÖVP – auf Druck der ÖVP – passiert. Ich muss aber natürlich auch der Fairness halber – ich habe das zwar nicht bei mir als oberste Parteiprämisse stehen wie andere – aber der Fairness willen muss man schon auch sagen, dass natürlich die ausufernden Personalbudgets im Budget 2013 auf zwei Punkte zurückzuführen sind, für die die Freiheitlichen schon einen ganz, ganz starken Punkt mittragen, nämlich im Sinne der Vorgängerorganisation der FPK, weil natürlich die Mitarbeiter der FPK-Regierungsbüros versorgt worden sind und auch Anmeldungen, die bis jetzt über Vereine passiert sind, die nicht in Ordnung waren, jetzt eingegliedert worden sind.

Aus meiner Sicht sind beim Rechnungshofbericht zwei Dinge ganz eklatant darzustellen. Das eine sind die Finanzschulden des Landes, die so hoch sind wie noch nie. Man sieht auch auf Seite 92 ganz deutlich, dass seit dem Jahr 2010 keine Darlehenstilgungen vorgenommen worden sind, dass sogar Darlehen, die im Jahr 2010 getilgt werden hätten sollen, dass die Tilgungen auf das Jahr 2017 verschoben worden sind. Das ist natürlich kein Zugang, der in Ordnung ist und so sollte man mit den Finanzen nicht umgehen, weil das ja nur ein Hinausschieben von Problemen ist. Ich glaube, man sieht hier ganz, ganz eindeutig, vor welcher großen Herausforderung wir stehen. Die Zukunftscoalition hat sich dieses Themas angenommen. Es hat in der letzten Woche eine Budgetklausur stattgefunden, wo der Kollege Lebersorger auch dabei war, Gott sei Dank dabei war, weil man da aus seiner Fachex-

Mag. Malle

pertise sehr viel mitnehmen kann. Meine Bitte an dieser Stelle an die Freiheitlichen in Kärnten, an das Team Stronach und auch an das BZÖ ist hier, nicht politisches Kleingeld zu schlagen aus den großen Herausforderungen und Verantwortungen, die wir haben, sondern dass wir gemeinsam Wege finden, wie wir dieses Budget sanieren können. Denn ich glaube, hier sind alle aufgerufen, ihren Teil dazu zu bringen.

Ich persönlich glaube, dass es nicht sinnvoll ist, die Mittel des Zukunftsfonds aufzulösen und in das Landesbudget einzugliedern, weil wir uns hier auch nur wieder Luft und Spielraum für die Zukunft hereinholen. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, dass diese Geldmittel mit Zweidrittelmehrheit geparkt und gesichert sind. Ich glaube, dass wir uns gemeinsam vielmehr ganz eindeutig in Richtung Bürokratieabbau Gedanken machen müssen, wie wir es hier schaffen, dass die Wege in der Landesverwaltung kürzer und damit auch günstiger werden. Ein herzliches Dankeschön dem Rechnungshof für den Bericht, den wir von der ÖVP natürlich zur Kenntnis nehmen werden. Danke vielmals! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine Damen und Herren! Es liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt keine weitere Wortmeldung vor. Die Berichterstatterin hat in der Generaldebatte das Schlusswort!

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Theuermann** (TS):

Vielen Dank, Herr Präsident! Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Ich bitte die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen! Wer der Spezialdebatte zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so erfolgt. Ich bitte, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Theuermann** (TS):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes vom 8. Juli 2013, Zahl: LRH 62/B/2013, betreffend das Ergebnis der Überprüfung des Rechnungsabschlusses des Landes Kärnten für das Jahr 2012 wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so erfolgt. Danke, damit ist dieser Tagesordnungspunkt beschlossen. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 32-2/31:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses betreffend den Bericht über das Ergebnis der Kostenüberprüfung gem. § 10 K-LRHG betreffend „Landstraße B 100 Drautal Straße von km 65,42 bis km 71,20 (Umfahrung Greifenburg)“

Zahl: LRH 41/G/2011

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Redecsy. Ich bitte ihn, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Wie schon berichtet, geht es hier um den Bericht des Rechnungshofes bezüglich der Landstraße B 100 Drautal Straße von km 65,42 bis km 71,20 (Umfahrung Greifenburg).

Ich bitte um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist beantragt. Wir unterbrechen sie hiermit, wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

Ing. Rohr

3. Ldtgs.Zl. 32-3/31:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses betreffend den Bericht über das Ergebnis der Kostenüberprüfung gemäß § 10 K-LRHG betreffend Baulos „B 100 Drautal Straße Gnoppitzbach – Berg/Ost von km 68,56 bis km 70,98 (Greifenburg West)“

Zahl: LRH 57/G/2012

Berichterstatter ist ebenso der Abgeordnete Redecsy. Ich bitte ihn, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Auch hier, wie schon vom Präsidenten berichtet, die Ergebnisse des Rechnungshofberichtes zum Baulos „B 100 Drautal Straße Gnoppitzbach – Berg/Ost von km 68,56 bis km 70,98 (Greifenburg West)“.

Ich bitte auch in diesem Fall um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte für beide Tagesordnungspunkte ist damit wieder eröffnet. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Michael Johann. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Bevölkerung des Drautals, die leidgeprüft ist durch die Verkehrslawine, die sich durch das Tal quält! Die Drautal Bundesstraße ist eine unendliche Geschichte, die wohl länger dauert, als das Tal lang ist. Sie ist außerdem ein Worst-Practice-Beispiel dafür, wie Planungen nicht durchgeführt werden sollen. Die Stückelung des Projektes, um die UVP so lang wie möglich zu umgehen, die falschen Versprechungen, die hier gemacht wurden, die horrenden Kosten für Planungen und Umplanungen entsprechen nicht dem, was sich die Bürgerinnen und Bürger von der Politik erwarten. Die Grünen waren von allem Anfang an skeptisch gegenüber dem Ausbau der B 100, der bis jetzt schon Unsummen verschlungen hat, der das Landschaftsbild der

betroffenen Gegend und die Lebensqualität der Bevölkerung massiv beeinträchtigt. Statt sich hier auf die kritischen Stellen und Nadelöhre zu konzentrieren, wurden zuerst die Streckenabschnitte gebaut, wo der Raumwiderstand gering war, die leicht durchzusetzen waren. Diese Stückelung macht aber das Gesamtprojekt B 100 deutlich teurer. Es müssen zusätzliche Auf- und Abfahrten und andere Provisorien errichtet werden. Das war nicht nur in der Vergangenheit so, das trifft auch auf den gegenständlichen Bauabschnitt „Gnoppitzbach – Berg/Ost“ zu. Wenn dieser Teil zuerst gebaut wird, müssen wieder provisorische Rampen und Anschlüsse an die B 100 gebaut werden. Das bedeutet wieder Zusatzkosten. Die Planer- und Gutachterleistungen bei der UVP machten rund € 900.000,- aus. Davon werden 36,5 Prozent dem Abschnitt West zugeordnet. Wenn es nun zu Umplanungen des östlichen Abschnittes kommt, bedeutet das, dass ein Großteil der darauf entfallenden Kosten – das sind immerhin € 570.000,- – als verlorene Kosten abzuschreiben wäre. Das ist dann auch wieder politisch zu verantworten. Der Landesrechnungshof kritisiert zu Recht die Splitting der Planungsleistungen und Projektierungen und die Vergabe in Einzelteilen. Das fällt in die Verantwortung des damaligen Freiheitlichen Landeshauptmannes Dörfler. Daran sei die FPK erinnert, die sich heute über die Splitting von Werbeaufträgen im Bereich der SPÖ-Regierungsreferate alteriert hat.

Der Rechnungshof hat auch überhöhte Kosten für den Rechts- und Beratungsaufwand festgestellt. Einer näheren Betrachtung wert halte ich die vom Rechnungshof festgestellten überhöhten Kostenschätzungen bei den berechneten Sollkosten. Durch fehlerhafte Massenberechnungen und durch überhöhte Einheitspreise ist beim Gesamtprojekt eine Kostendifferenz von 20 Prozent oder 11 Millionen Euro festgestellt worden. Das ist keine Lappalie. Und auch beim westlichen Streckenabschnitt wurden Einheitspreisansätze gewählt, die laut Rechnungshof über den Vergleichspreisen der Baupreisstatistik 2011 lagen. Jetzt stellt sich mir die Frage, ob da vielleicht die Absicht dahintergestanden ist, Firmen überhöhte Honorare zukommen zu lassen und wenn ja, warum das so war. Mit dem Problem der Kickback-Zahlungen haben wir ja auch in anderen Bereichen zu kämpfen. Das wäre, glaube ich, einer näheren Untersuchung wert. Die Kostenbe-

Dipl.-Ing. Johann

trachtung der Umfahrung Greifenburg zeigt aber auch jetzt noch erhebliche Einsparpotentiale. So ist zum Beispiel im Projekt die letztmalige Instandsetzung der B 100-Bestandsstrecke in Greifenburg und Berg im Ausmaß von zweieinhalb Millionen Euro enthalten. Ich halte es persönlich für übertrieben, wenn jetzt zusätzlich zu der Neubaustrecke auch noch die bestehende Strecke, über die nachher viel weniger Verkehr rollt, gleich mit saniert werden muss. Ich glaube, das kann noch warten. Wenn jetzt im Westen von Greifenburg ein Teilstück der B 100 gebaut werden soll, ist damit noch gar nichts gelöst, weil sich die neuralgischen Stellen nämlich woanders - im Zentrum von Greifenburg - befinden, wo sich der Druck verstärken wird, weil sich dort der Verkehr zusammenschiebt, wenn das auf beiden Seiten schneller geht. Und wenn jetzt wirklich die bahnparrallele Trasse realisiert werden soll, wovon wir Grünen aus umwelt- und raumplanerischen Gründen dringend abraten, dann ist das letzte gebaute Teilstück überflüssig, das ragt dann sinnlos in die Landschaft. Wird das dann wieder abgetragen, wer übernimmt die politische Verantwortung? Wir Grüne warnen, dass jetzt auf gut Glück mit der Realisierung des westlichen Abschnitts begonnen wird, ohne dass klar ist, wie es mit dem östlichen Abschnitt weitergeht, denn es war ja vorgesehen, dass das überschüssige Material aus den Unterflurtrassen zu Anschüttung im östlichen Bauabschnitt untergebracht werden soll. Wenn dies aber jetzt fertiggebaut wird, dann wird die Deponie des Überschussmaterials weitere Kosten verursachen. Wenn statt der UVP-geprüften Unterflurvariante jetzt doch die bahnparrallele Trasse gebaut werden soll, müsste erst der rechtskräftige UVP-Bescheid abgewartet werden, ansonsten ist das Risiko zu hoch, dass diese Trasse dann doch nicht genehmigt wird und dann entstehen wieder Kosten für Umplanungen, für Provisorien. Apropos Risiko: Das vom Rechnungshof angesprochene Verkehrsrisiko ist auch auf der ausgebauten Strecke der B 100 sehr hoch. Das wird verursacht durch die breiten Straßen, die zum Rasen geradezu einladen. Hier sind dringend Maßnahmen zur Temporeduktion an den neuralgischen Stellen durchzuführen. Wirtschaftlich wäre die Realisierung der bahnparrallelen Trasse der Ruin für viele Betriebe in Greifenburg, weil dann die Kunden wegbleiben, wenn der Verkehr weiträumig um die Ortschaften herumgeleitet

wird. Wir haben in Kärnten bereits genügend Beispiele für zu Tode beruhigte Ortszentren.

Wie soll es unserer Meinung nach weitergehen mit der B 100? Wenn wir mit der Sorgfalt eines Kaufmannes an die Sache herangehen, dann kann jedes Jahr ein gewisser Anteil des Budgets für Straßenneubauten zur Verfügung gestellt werden. Die Regierung Dörfler hat aber weit vorausgegriffen und hat durch zweifelhafte Finanzierungskonstruktionen die Straßenbaubudgets auch der jetzigen Legislaturperiode bereits im Vorhinein aufgebraucht. Da bestehen über 60 Millionen Euro an außerbudgetären Schulden. Die letzte Regierung hat wie im Versandhauskatalog alles bestellt, nichts gleich bezahlt, alles auf Ratenzahlungen. Die müssen wir jetzt abstottern und es ist einfach auch notwendig, dass wir das jetzt erst einmal abarbeiten, bevor wir an neue Projekte gehen. (2. Präs. Schober übernimmt den Vorsitz.) Die bei der Budgetklausur angesprochenen 10 bis 20 Prozent Einsparpotential – wir werden dann sehen, wie es wirklich ist – können auch nur dann erreicht werden, wenn wirklich eisern gespart wird und dann haben wir einfach nicht so viel Geld. Ob der Fertigbau der B 100 jetzt 80 oder 100 Millionen Euro kostet, ist fast egal, weil wir das Geld nicht haben, weder 80 Millionen Euro noch 100 Millionen Euro. Wir fragen ja auch nicht einen Mindestsicherungsbezieher, ob er lieber einen Mercedes oder einen Ferrari kaufen will. Wir haben das Geld einfach nicht. Kein Geld, keine Straße, so einfach ist die Sache und sie wird noch einfacher, wenn wir uns den gesamtwirtschaftlichen Effekt des Straßenbaus anschauen. Das Geld ist viel besser in der Wohnraumsanierung, bei der Erschließung erneuerbarer Energieträger aufgehoben. Dort werden weitaus mehr Arbeitsplätze pro investiertem Euro Steuergeld geschaffen. Dort gibt es Einsparungen, auch für die Haushalte und geringere Kosten für Energieimporte. Das schafft auch Wirtschaftswachstum hier in Kärnten.

Und wenn wir uns die Dürre, die jetzt in Kärnten herrscht und die Schäden in Höhe von zig Millionen Euro anschauen, die auf die Bauern, auf die Landwirtschaft hier zukommen, auch auf die Energiewirtschaft, wenn wir uns die Folgen des Klimawandels betrachten, dann sollte uns klar sein, dass die Reise woanders hingeht, nämlich unsere Emissionen an Treibhausgasen zu verringern und das trifft natürlich ganz besonders den

Dipl.-Ing. Johann

Straßenverkehr, der eine Hauptquelle in Kärnten darstellt. Danke! (*Beifall von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes hat sich Abgeordneter Alfred Tiefnig gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Tiefnig** (SPÖ):

Geschätzter Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Zu den folgenden zwei Landesrechnungshofberichten: Die „Unvollendete“ ist ja eine Symphonie von Franz Schubert in H-Moll bzw. eine „Unvollendete“ ist auch die 9. Symphonie von Beethoven und die B 100 ist die „Unvollendete“ von zwei Straßenbaureferenten namens Haider und Dörfler. Diese Geschichte dauert schon 30 Jahre, und ich muss dem Landesrechnungshof wirklich gratulieren, es müssten normalerweise, wenn man das genau studiert, alles Drautaler sein. Es ist sehr genau geforscht und immer wieder darauf hingewiesen worden, welche Ungereimtheiten und welche Unzulänglichkeiten in diesem Bereich gemacht wurden. Das Einzige, was mich am ersten Landesrechnungshofbericht stört, ist, dass wir vom Landesrechnungshof in vielen, vielen Arbeitsstunden ein Projekt prüfen lassen, das nie und nimmer kommen wird. Wir wissen, wir sprechen da von einer Länge eines Straßenstücks von 5,78 Kilometern und von 62,7 Millionen Euro. Der Herr Kollege Michael Johann hat schon gesagt, wir haben das Geld nicht. Und wenn ich mir dann den zweiten Landesrechnungshofbericht hernehme, geht es da um ein Straßenstück von Greifenburg/Gnopitzbach bis Berg/Ost. Das beinhaltet 2,42 Kilometer und wird in die grüne Wiese gesetzt, wo es hinten und vorne keine weitere Straße mehr gibt. Ich muss sagen, ich hätte lieber nicht recht gehabt vor sechs Jahren, aber es hat ja der damalige Straßenbaureferent alles versucht, jeden, der nur ein bisschen Kritik geübt hat, dementsprechend zu denunzieren. Es ist nämlich so, dass meine Bedenken, auch die Bedenken der Bürgerinitiative, gegen die bahnparallele Trasse B 100 oder auch die Resolution der Gemeinde Greifenburg immer wieder mit allen Mitteln bekämpft worden sind. Und weil noch ein Kollege aus dem Drautal hier sitzt, der Herr Kollege Hueter:

Es wurden auch die Bürgermeister und der Landtagskollege, jetzt nicht mehr unter uns weilende Kollege, Bürgermeister Mandl Franz immer wieder hinters Licht geführt, was in Zukunft hier passieren wird. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig, denn wenn man den Blick nicht zurückwirft, dann kann man die Gegenwart und die Zukunft nicht klar sehen. Wenn man bedenkt, dass es im Jahre 2002 eine Postwurfsendung bzw. eine Einladung des damaligen Straßenbaureferenten gegeben hat, wo alle Argumente, die jetzt am Tisch sind und die der Landesrechnungshof jetzt vorschlägt, schon diskutiert wurden und dass die alle über Bord geworfen wurden, dann weiß man, wie ernst damals die Causa B 100 genommen worden ist. Ich möchte ein Zitat von Dörfler bringen – und da meint er nicht nur mich alleine – der schreibt: „Schade, dass es Leute der Öffentlichkeit gibt, die nicht wissen, was in ihrer Region vor sich geht.“ Zitat Dörfler. Und ein Zitat unseres ehemaligen Kollegen Mandl: „Der Bauherr – das Land, Haider und Dörfler – hat uns seit Jahren die Unterflurtrasse eingetrommelt, jetzt ist alles nichtig.“ Ja, genau so war es! Wir haben immer darauf hingewiesen, wir haben das Geld nicht. Und noch ein paar Sätze aus dem Landesrechnungshofbericht, und da schreibt er wirklich dezidiert: „Ziel muss es sein, im Sinne aller Betroffenen die wirtschaftlich ökologisch allen Verkehrsteilnehmern gerecht werdende Straße zu realisieren.“ Wenn wir uns das vor ca. 25 oder 30 Jahren zu Herzen genommen hätten, dann wäre die Verbindung zwischen Kärnten und Osttirol dementsprechend ausgebaut. Zur Finanzierung von 62,7 Millionen Euro und den 58,2 Millionen wurde ja schon festgestellt im Bundesgesetzblatt von 2003 bis 2010, dass die Geldmittel geflossen sind und wir haben jetzt geplant – geplant - jetzt kommen einige Trassen nicht, weil wir es eh gewusst haben, dass diese Straße sowieso nicht kommen wird. Übrig geblieben sind jetzt noch 10,3 Millionen Euro. Was der Landesrechnungshof ebenfalls bemängelt, das ist eben auch die Vorgangsweise der Abteilung 9. Die Planungsleistung wurde ja auch vom Kollegen Michael Johann schon erwähnt, dass das alles aufgesplittet worden ist, dass das immer wieder in Einzelteilen vergeben worden ist. Komischerweise kommt immer wieder ein Planungsbüro vor. Ich habe das schon einmal bekrittelt: Es kann nicht sein, dass es in Kärnten nur ein Planungsbüro gibt, das Straßen planen

Tiefnig

kann! Aber wie gesagt, die Erklärung der Abteilung 9 war ja, das soll man als Altlast bezeichnen. Ich glaube, da brauchen wir nicht mehr viel herumzudeuten, was damit gemeint ist.

Die Brücken und die Unterflurtrassen sind ebenfalls in Einzelteilen vergeben worden. Was mich ganz besonders gewundert hat, ist, dass Leistungen, die mehrfach verwendbar sind, in allen Bereichen wieder vorkommen. Das ist eigentlich schon etwas verwunderlich, weil alles was die Mitarbeiter von Lengholz bis Radlach/West oder beim Projekt der B 100 Mitterbreiten zustande gebracht und abgewickelt haben, das ist anscheinend bei der Umfahrung Greifenburg nicht mehr möglich gewesen. Da wurden die Vergabesummen um 30 Prozent überschritten. Wenn man bedenkt, dass die Projekte 2011 in der Planungsphase noch dazu weitergeführt wurden, obwohl das Projekt schon verworfen worden ist, da muss man sich wirklich fragen, wo da das Geld hingekommen ist. Wenn ich denke, dass die Summe erst nach Rückfrage des Landesrechnungshofes um 1,998 Millionen Euro reduziert worden ist oder um 25 Prozent, dann ist das auch hinterfragenswert.

Eines möchte ich in dieser Runde noch feststellen: Vor circa fünf Jahren wurde ich hier im Hohen Landtag belächelt und es wurde mir vorgeworfen, ich kann nicht Budget lesen. Ich bedanke mich beim Landesrechnungshof, er hat Aufklärung gebracht! Im Jahre 2011 waren im Voranschlag 61017 € 100,-- Sonderfinanzierung dargestellt. Damals wurde ich belächelt, heute haben wir die Gewissheit, dass im Grunde genommen an diese Umsetzung gar nicht gedacht worden ist.

Ich wünsche mir, dass in Zukunft jetzt solche Vorarbeiten geleistet werden, dass wir eine vernünftige, ökonomische und wirtschaftliche Straße auch im Oberen Drautal bekommen. Ich wünsche, dass diese 10,3 Millionen Euro, die noch vorhanden sind, so verwendet werden, dass es nicht eine Straße gibt in der freien Landschaft. Wir haben das Beispiel Bad St. Leonhard, wo Grundstücke abgelöst worden sind, wo Häuser abgelöst worden sind und da findet keine Straße statt! Das möchte ich im Drautal verhindern. Ich hoffe da sehr auf den Straßenbaureferenten. Im Herbst soll es ein dementsprechendes Gespräch geben. Wir als Drautaler Abgeordnete wünschen uns, dass wir den Menschen auch im Drautal die

Wahrheit sagen, wie lange es dauert. Denn auch wir im Drautal sind es gewöhnt, die Wahrheit zu ertragen. Ich muss sagen, wichtig ist, dass in Zukunft ein Schritt nach dem anderen gemacht und nicht zuerst fünf Meter weit gesprungen wird und dann passiert nichts mehr. In diesem Sinne danke noch einmal an den Landesrechnungshof, Sie haben ausgezeichnete Arbeit geleistet! Ich muss sagen, wenn jemand bei diesem Straßenbauprojekt genau Einsicht nehmen will: Es steht alles drinnen und wenn alle Vorschläge herangezogen werden, die drinnen stehen, dann gehen wir sicher auch mit der B 100 in eine richtige Richtung. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die nächste Wortmeldung liegt mir von der Frau Abgeordneten Isabella Theuermann vor. Ich bitte zum Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Theuermann** (TS):

Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Medienvertreter! Mit dem hier schon so oft zitierten Bundesstraßenübertragungsgesetz wurden den Ländern 2002 weitreichende Kompetenzen für die ehemaligen Bundesstraßen B übertragen. Eine dieser besonderen Strecken ist die berühmte B100, die den Landtag ebenso wie den Kontrollausschuss beinahe im Monatsrhythmus beschäftigt. Bereits vor Jahren wurde zum Ausbau der B 100, der Drautal Straße, eine Sonderfinanzierung in der Höhe von 58 Millionen Euro beschlossen. Von Beginn an bis jetzt sind circa 18 Kilometer der B 100 geplant und ausgebaut worden. Die dafür anfallenden Kosten belaufen sich auf circa 48 Millionen Euro. Stellt man die beiden Summen gegenüber, stehen aktuell, wie allgemein bekannt sein dürfte, noch rund 10 Millionen Euro an zweckgebundenen Mitteln zur Verfügung. Dazu darf ich vom eigentlichen Thema kurz abschweifen. Wie es unser Klubobmann, Herr Dr. Prasch, bereits in der letzten Landtagssitzung gesagt hat, sind jetzt vor allem die Abgeordneten der ÖVP, allen voran Klubobmann Hueter, gefordert, seine ausgezeichneten Kontakte zur schwarzen Finanzministerin zu

Mag. Theuermann

nutzen, (*Abg. Ing. Hueter lacht. – 3. Präs. Lobnig: Er kommt nicht einmal beim Portier vorbei!*) damit wir so weitere Mittel nach Kärnten bekommen und um die von Rot und Schwarz geforderten Maßnahmen auch umsetzen zu können. Der zuständige Landesrat Gerhard Köfer hat dann umgehend die Möglichkeit, den Bau zu beauftragen.

Aber zurück zum Thema. Der Landesrechnungshof hat bei der Prüfung des Einreichprojektes Umfahrung Greifenburg die Höhe der Kosten des ersten Teilabschnittes von Radlach/West bis zur Einbindung in die B 87 Weißensee Straße massiv kritisiert und die Prüfung eines Alternativprojektes empfohlen, und zwar aufgrund dessen, dass die prognostizierten Baukosten circa 62,7 Millionen Euro betragen würden, die in der Planung durch zwei Unterflurtrassen verursacht werden. Diese berechtigte Kritik muss vor allem von Projektpartnern und Kommunalpolitikern auch ernst genommen werden. Wir müssen uns ganz allgemein aus verschiedensten Gründen von Traumprojekten aller Art verabschieden und die wirklich notwendigen Akzente, die auch finanziell machbar sind, umsetzen. Dem Auftrag des Rechnungshofes kam die zuständige Fachabteilung in der Landesregierung selbstverständlich nach und arbeitete mit der bahnparallelen Trasse eine machbare Alternativtrasse aus. Die Kosten reduzieren sich dadurch von circa 62,7 auf 41,2 Millionen Euro brutto. Der ehemalige Straßenbaureferent Gerhard Dörfler wurde von der Fachabteilung dahingehend immer wieder informiert, dass eine Grundablöse und Ausschreibung nur dann Sinn macht, wenn die Gesamtfinanzierung „Umfahrung Greifenburg“ gesichert ist. Hier sehen wir erneut Sie, liebe SPÖ und ÖVP, im Besonderen gefordert. Sie wünschen Projekte, wir können diese umsetzen. Doch dafür braucht es dringend notwendige Rahmenbedingungen, vor allem aber eine gesicherte Finanzierung des Gesamtprojektes. Nur Forderungen alleine zu stellen, ist zu wenig.

Mit der UVP mitverhandelt und genehmigt wurde auch die Umfahrung Berg in einer finanziellen Größenordnung zwischen 10 und 15 Millionen Euro. Zur Frage, ob man die Umfahrung Berg vorziehen kann bzw. soll, darf politisch angemerkt werden, dass das Gesamtbaulos nicht getrennt voneinander umgesetzt werden kann. Es ist davon auszugehen, dass uns das Thema B 100

noch über Jahre, vielleicht sogar über Jahrzehnte beschäftigen wird. Bei diesem wichtigen Projekt, wo vor allem Sicherheitsaspekte – man erinnere sich nur an das vergangene Wochenende – eine entscheidende Rolle spielen, darf nicht alleine nach parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden werden, sondern müssen die Vernunft sowie die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und der Wirtschaft an oberster Stelle stehen. Selbstverwirklichungstrips von einzelnen Politikern sind hier nicht angebracht und sind abzulehnen. Danke schön! (*Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG BZÖ.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes ist der Klubobmann Ferdinand Hueter an der Reihe. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren auf der Zusehertribüne! Diese Wortmeldung der Kollegin Theuermann ist ja wunderbar, wirklich aufgelegt. Liebe Frau Theuermann, ich glaube, du hast dringenden Nachholbedarf im Drautal! Fahre einmal mit dem Kollegen Prasch hinauf und führe dir das einmal zu Gemüte! Denn du hast jetzt Einiges gesagt, was zwar nett geschrieben war und nett vorgelesen wurde, aber es ist von der Realität weit entfernt. Das Thema B 100 beschäftigt uns jetzt seit 30 Jahren. Jetzt stellst du dich da her und sagst, so quasi ÖVP und SPÖ sind gefordert, das Geld aufzustellen und dann werden wir bauen. Weißt du was, einfacher kann man sich das nicht machen! Ich glaube, der Landesrat Köfer ist gefordert, einmal a) zu sagen – (*Abg. Scherwitzl: Wo ist er denn?*) ja, er ist nicht da – wann geht es los, wie geht es los, b) der Bevölkerung des Drautales auch den Finanzierungsplan vorzulegen und zu sagen, wann wir endlich starten. Das ist nicht unsere Aufgabe, sondern wir haben einen ganz eindeutig zuständigen Landesrat. Wenn er dieser Aufgabe nicht gerecht wird, dann würde ich mich an deiner Stelle an ihn wenden und mich von ihm in Form eines Nachhilfeunterrichtes aufklären lassen. Diese 58 Millionen Euro Sonderfinanzierung stimmen. Das

Ing. Hueter

ist aus dieser Bundesförderung 2002 herausgekommen. Das stimmt ebenfalls, 48 sind verbaut und 10,03 oder irgend so etwas sind noch übrig, 10,078 ganz genau. Aber ich glaube, dieses Thema B 100 – und jetzt schaue ich in Richtung FPÖ – das ist wirklich ein Klassiker und passt heute ganz genau zur Aktuellen Stunde dazu, wenn man mit dem Finger auf alle anderen zeigt. Da hat man wirklich gezeigt, was da oben los ist. Da habt ihr überhaupt nichts gescheut, an Kosten auszugeben. Da habt ihr nicht einmal gescheut davor, euren eigenen Bürgermeister Mandl Franz so im Regen stehen zu lassen. Da sind politische Zusagen getätigt worden in x-facher Ausführung. Keine einzige wurde eingehalten. Dass das der Landesrechnungshof – und da möchte ich mich auch herzlich bedanken – wirklich penibel aufarbeitet, das ist die Wahrheit. Nur da oben muss man unterscheiden zwischen der Sachthematik und dem politischen Willen, wie es da war. Der politische Wille im Drautal hat immer geheißen: Da fährt die Eisenbahn drüber. Das kommt so, wie das geplant ist. Ich habe das letzte Mal bei der Debatte B 100 versucht – und der Kollege Prasch wird mir das bestätigen, ich will mich jetzt nicht wiederholen – den Stand ganz genau zu erklären, wie es war und wo wir jetzt stehen. Wir stehen am Stand Null, das ist die Dramatik! Ich glaube, da haben wir vorher ganz eindeutige Zuständigkeiten gehabt. (*Abg. Dr. Prasch: So ist es!*) Über 20 Jahre lang ist das in der Zuständigkeit der FPÖ gelegen, nicht bei irgendwem. Ich glaube, da sollte man hinterfragen, ob da wirklich einiges rechtens, korrekt oder ganz in die Pfeife gegangen ist. Ich würde das Letztere bevorzugen, weil dümmer kann man es nicht mehr machen. Da sind noch Leute kriminalisiert worden. Der Kollege Alfred hat mir das gesagt. Ich bin 2006 dort hinten gesessen. Damals hat der Referent Dörfler meine privaten Grundstücke da im Landtag herzeigt und hat gesagt, schaut her, das gehört dem Hueter und das gehört dem Hueter und das gehört auch dem Hueter und genau deswegen ist er für die Variante B. So ein Schwachsinn! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Dann hat er noch das Argument gebracht, das wird umgewidmet in Gewerbegebiet und Bauland. In einem HQ100-Gebiet! Jeder, der weiß, was HQ100 heißt, Überschwemmungsgebiet der Drau! Dort ein Gewerbegebiet machen zu wollen oder gar ein Bauland, da musst du ja gehirnamputiert

sein, wenn du so etwas redest! Der ist hergegangen und hat mir das dann noch groß vorgehalten und hat gesagt, schaut her, die Parzelle vom Hueter ist da, deswegen ist er für das da unten. Das ist der Punkt, den ich sträflich ablehne und wo ich einfach hergehe und sage, da ist Dilettantismus pur passiert! Das ist der Punkt, warum die Leute im Drautal oben die Nase voll haben! Die sind belogen, missbraucht worden! Da gibt es nichts Schlimmeres mehr! Ich tue mir eh schwer, dass ich das sage, weil das normal nicht mein Stil ist. Aber ich könnte euch da stundenlang erzählen, was uns da oben schon versprochen worden ist, alles von Leuten der FPÖ. Der Mandl Franz soll der Zeuge sein, der weiß das. Ihr braucht nur den Mandl Franz anreden, damit nicht immer ich verdächtigt werde, ich habe etwas gegen euch. Ich habe sonst grundsätzlich gar nichts gegen euch, aber die Wahrheit ist dem Landtag und euch zumutbar, weil ihr umgekehrt auch immer mit dem Finger auf andere zeigt und das ist abzulehnen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Ich sehe da die Punkte mit der Finanzierung des Rechnungshofberichtes, die jetzt noch ausständig sind mit 62,7 von Greifenburg/Ost bis zum Gnoppnitzbach. Die Vorgeschichte muss man da natürlich auch wissen, um überhaupt Greifenburg/Ost anzudiskutieren. Es hat ja ein S gegeben, dieses S, was ich da schon ein paar Mal gesagt habe, wo man im Drautal rückwärts fährt. Da fährst so hinauf, dann fährst du wieder in Richtung Osten, dann schwenkst du in Richtung Westen. Das ist scheinbar ohne irgendeinen Gemeinderatsbeschluss im Gemeinderat von Greifenburg passiert, man hat es aber gemacht. Die Kosten, die der Kollege Johann richtig gesagt hat, was das gekostet hat, wo das Geld herkommt bzw. wo es hinfällt, das weiß auch keiner, das ist weg. Jetzt stehen wir vor dem Dilemma, dass die Unterflurtrasse scheinbar auch nicht kommen wird, weil der Rechnungshof das richtigerweise kritisiert, no na nit. Das ist ungefähr so, das habe ich auch schon einmal gesagt, als ob man sagen würde, am Abend ist mit Finsternis zu rechnen, und stellt euch vor, im Winter könnte es sogar kalt werden. Genau so ist dieser Bericht geschrieben worden, eine Unterflurtrasse kommt teurer als eine in der freien Landschaft. Das wissen wir eh alle! Aber es war der politische Wille in Greifenburg, zu sagen,

Ing. Hueter

die Unterflurtrasse kommt und da fährt die Eisenbahn drüber. Und die fährt jetzt echt drüber, aber leider in die falsche Richtung, jetzt kommt die auch nicht mehr. Und jetzt weiß im Drautal niemand mehr, was a) für eine Trasse kommt und b) ist die Finanzierung in weite Ferne gerückt und c) der Zeitplan. Und was der Kollege Alfred auch richtig gesagt hat, wir im Drautal sind es gewohnt, die Wahrheit zu ertragen, nur sollten wir einmal wissen, wann es losgeht. Das fordere ich wirklich ein und da ist, lieber Kollege Prasch, der jetzige Referent Köfer zuständig. Vielleicht könnte ja einmal, weil wir fair bleiben wollen, der Kollege aus Kanada ein paar Millionen locker machen, dann könnten wir schneller anfangen zu bauen. Das wäre ja auch einmal eine Möglichkeit, zu fragen, ob man für die Finanzierung ein paar andere Millionen hergibt und dann ginge es vielleicht auch. Dann könnte man nicht mehr B 100 draufschreiben, sondern „B-Frankie-Straße“. Ich bin ja für alles offen! (*Abg. Mag. Schalli: Könnte ja eine „Hueter-Straße“ auch werden! – Der Redner lacht.*) Da hätten wir einige Dinge, die wir da hineinnehmen könnten. „Hueter-Straße“ wird es sicher keine werden, weil da wären wir schon wesentlich weiter! Wenn der Herr Landesrat Dörfler damals nur ein bisschen auf mich gehört hätte, hätte er sich viel Zores, viel Theater, viel Geld erspart und wir wären auch mit den Grundbesitzern wesentlich weiter und wir hätten das auch im Gemeinderat einstimmig über die Bühne gebracht. Da hätten uns sogar die Grünen oder die Bürgerliste in Berg zugestimmt, weil es eine vernünftige Trasse war. Aber es war politisch nicht gewollt, nach der Devise „mir san mir“, wir wissen eh alles und euch brauchen wir da nicht, wir werden schon machen. Das Resultat ist bekannt. Deshalb stehen wir jetzt dort oben vor einer Riesenbaustelle und da bin ich mit dem Kollegen Johann vielleicht nicht ganz einer Meinung, die da lautet, lassen wir einmal die B 100, es gibt wichtigere Dinge. Wir brauchen dort oben den Lückenschluss dieser 11 Kilometer, der muss kommen, und ich glaube, da sind wir alle gefordert, eine vernünftige Lösung zu finden. Dazu natürlich auch die Finanzierung, da bin ich wieder bei dir, da werden wir mithelfen. Aber so, wie es der Köfer meint, so quasi, der Tiefnig und der Hueter sollen das Geld bringen, dann werde ich bauen, geht es nicht. Dann brauchen wir ja den Köfer nicht, dann bauen wir es eh selber, um Gottes Willen! Dann brauche ich

wirklich keinen Landesrat! Dafür ist er aber, glaube ich, zuständig, und deswegen habe ich dieses Thema auch schon bei den letzten beiden Landtagssitzungen thematisiert, um auf dieses Thema aufmerksam zu machen und es auch im Kern zu diskutieren. Deswegen habe ich ihn auch nach Greifenburg zu einer Podiumsdiskussion eingeladen und da wird – du wirst es sehen! – die Bevölkerung von Dellach, Berg und Greifenburg da sein. Die möchte wissen, wie es weitergeht! Das ist die Aufgabe des jetzigen Referenten, dass er sich das antut und dass er uns auch erklärt, wann es losgeht, wie es losgeht und in welchem Zeitrahmen. Das ist absolut seine Aufgabe! Aber herzugehen und zu sagen, ich kann nicht bauen, weil wir kein Geld haben, der Tiefnig und der Hueter sollen das Geld bringen, dann baue ich, das ist ja wohl, ich weiß nicht, ja, ich sage da lieber weiter nichts dazu, denn da würden mir einige Dinge auf der Zunge liegen, die ich da aber nicht sagen will, weil sonst fühlen sich wieder ein paar ein bisschen komisch interpretiert und angesprochen.

Der Landesrechnungshof hat diese beiden Abschnitte wirklich im Detail dargestellt. Dem ist nichts hinzuzufügen. Ich sage noch einmal herzlichen Dank für diese detaillierte Aufstellung! Ich weiß, dass diese 10,078 Millionen Euro zweckgebunden im Drautal – hoffentlich, sage ich dazu! – noch da sind. Weil, wenn ich mir Bad St. Leonhard noch einmal als Beispiel erlauben darf, als man das gemacht hat, ich weiß nicht, wie viele Gelder da unten womöglich schon eingeparkt sind, das möchte ich da gar nicht laut diskutieren oder sonst was, aber das Thema Bad St. Leonhard hat uns auch eines gezeigt: In den letzten Jahren hat sich der Herr Referent an die Rechnungshofberichte aber schon überhaupt nicht gehalten, überhaupt nicht! Und wenn man weiß, dass Bad St. Leonhard mit 17 Millionen Euro ausgeschrieben wurde und jetzt 57 Millionen Euro abgerechnet werden, also mit, Herr Kollege Leyrouz, über 30 Millionen Euro Teuerung und dass wir Häuser und was weiß ich abgelöst haben, die wir nicht einmal brauchen, dann frage ich mich schon, ob man sich dann wohl hier herstellen und anfangen darf, mit den Fingern zu zeigen. Ich würde mir einmal den Spiegel vorhalten, wie ich schon ein paar Mal gesagt habe. Mehr sage ich dazu nicht. Ich hoffe, dass das Drautal nicht wie Bad St. Leonhard wird. Wir werden versuchen – und

Ing. Hueter

da bin ich gern dabei – mitzuhelfen für eine vernünftige Lösung im Einklang mit der Bevölkerung – ich kann jetzt nur für Berg reden – aber ich werde die Berger Bevölkerung darauf einschwören, damit ich weiß, dass sie auch dahinterstehen. Denn es geht nur im Einklang mit der Bevölkerung, nicht mit der Brechstange, so wie es der ehemalige Landeshauptmann und Referent gemacht hat, so quasi, ich bestimme und ihr habt das gefälligst zur Kenntnis zu nehmen. Mit der Methodik kannst du keine Straße bauen. Straßenbau ist immer hochsensibel, das wissen wir, geht aber nur im Einklang a) mit dem Referenten, b) mit den Gemeinden und c) mit der Bevölkerung. Wenn wir das zusammenbringen, bin ich gerne bereit, hier mitzuhelfen, dass wir diese Rechnungshofberichte wirklich fast als dramatische Nicht-Umsetzbarkeit hinstellen, dass man hier wirklich zurück zum Start geht und dass man dem Herrn Kollegen Köfer bitte auch sagt, im Herbst Podiumsdiskussion in Greifenburg, mit der Bevölkerung etwas zusammenbringen und dann über die Finanzierung nachdenken. Wir im Drautal stehen Gewehr bei Fuß, wir wollen, dass diese B 100, dass dieser Lückenschluss endlich umgesetzt wird zu einer vernünftigen Sache im Einklang mit der Bevölkerung. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die nächste Wortmeldung kommt vom Dritten Präsidenten Josef Lobnig. Bitte dich zum Rednerpult!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich werde mich in Anbetracht der bereits vielen Diskussions- und Debattenbeiträge zur B 100 anlässlich des letzten Berichtes des Rechnungshofes und auch zur Debatte der schriftlichen Anfragebeantwortung kurz halten, weil vieles gesagt ist. Ich möchte mich nicht wiederholen, aber eines möchte ich hier nicht unwidersprochen lassen. Nämlich, dass von Seiten der Grünen der Abgeordnete Dipl.-Ing. Michael Johann hier gemeint hat, dass in der Vergangenheit Bauprojekte realisiert wurden, die

immer auf die Fremdfinanzierung aus waren, über Jahre hinaus. Da möchte ich ihm die Frage stellen, ob er sich überhaupt einmal Gedanken gemacht hat, wie lange – nur am Beispiel Umfahrung Völkermarkt – die Südkärntnerinnen und Südkärntner auf die Realisierung dieses einzigen Bauprojektes gewartet haben? 30 Jahre politischer Stillstand, 30 Jahre politische Versprechen, Diskussionen über 20 verschiedene Varianten im Gemeinderat und letzten Endes dann eine Beschlussfassung, wo auch die Grünen mitgegangen sind, ein Projekt zu realisieren, um den Wirtschaftsraum Südkärnten und insbesondere die Bezirksstadt Völkermarkt aufzuwerten und attraktiver zu gestalten mit einer Investition von über 60 Millionen Euro, im Wissen, dass die Tunnelvariante mit vielen Millionen finanziert wurde. Und dann frage ich ihn, wie man das finanzieren soll bei einem Jahresbudget im Straßenbau von 100 oder 120 Millionen Euro, wenn allein so ein Projekt 62,7 Millionen Euro verbraucht? Dann hätten wir in anderen Räumen Kärntens nahezu keine straßenbaulichen Investitionen tätigen können, geschweige überhaupt Neuprojekte, maximal wahrscheinlich ein paar Sanierungen. Soviel einmal in diese Richtung. Zum Zweiten glaube ich schon, dass solche Investitionen nicht aus irgendwelchen Wünschen persönlicher Art entstehen, sondern das sind Bedürfnisse der Region, der dort lebenden Bevölkerung, der dort ansässigen Betriebe, sodass man diese Investitionen auch deshalb durchgeführt hat, um diesen Raum zu stärken, um die Attraktivität des Wirtschaftsraumes zu heben, um Arbeitsplätze hineinzubekommen. Und wenn ich das am Beispiel Bad St. Leonhard, das auch enorme Kosten verursacht hat, festmachen kann, dann bringt alleine der Betrieb Dr. Wagner für die Gemeinde Bad St. Leonhard über 40.000 Nächtigungen. Meine Damen und Herren, das ist ja etwas, das wir auch an Wirtschaftszahlen festmachen können, wo wir sagen, jawohl, es war notwendig, dass wir so eine Investition dort in diesem Raum implementieren konnten.

Und nun noch einmal zur B 100. Ich möchte dem Rechnungshof nochmals danken, weil er mit der Prüfung auch gezeigt hat, dass viele, viele Fragen im Vorfeld abzuklären sind. Die Finanzierbarkeit, weil wir gesehen haben, dass aus diesen gesamt zur Verfügung stehenden Mitteln in etwa noch 10 Millionen Euro verfüg-

Lobnig

bar sind, wir aber alleine für das letztere Baulos 30 Millionen Euro brauchen, das muss einmal finanziert werden. Ich denke, hier können wir nicht wie vielleicht gewünscht, in kleinen Schritten eine Fleckerlteppich-Planwirtschaft machen, sondern wir müssen da wirklich Nägel mit Köpfen machen und sagen, wenn andere Projekte ausfinanziert sind, dann bereiten wir dieses so vor, dass wir dieses dann abarbeiten können, weil die Bevölkerung das verdient. Und ich wünsche es den Drautalern nicht, dass sie 30 Jahre warten müssen, wie wir Völkermarkter 30 Jahre gewartet haben! Ihr wartet schon lange, aber ich hoffe, dass es nicht so lange dauern wird und dass wir hier endlos diskutieren werden, sondern dass dieses Projekt dann wirklich umgesetzt wird. Wir werden beiden Berichten die Zustimmung geben, und ich danke den MitarbeiterInnen des Rechnungshofes, die heute auch auf der Tribüne sitzen und diese Diskussionen mitverfolgen, damit sie sehen, dass das, was festgestellt wurde, auch unsere Zustimmung findet und keine Kritik geübt wird. Herzlichen Dank! *(Beifall von der F-Fraktion und Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Prasch. Bitte ihn zum Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein bisschen was muss ich schon dazu sagen. Jetzt haben wir über dieses Thema B 100, glaube ich, in den letzten drei Landtagssitzungen nahezu immer das Gleiche diskutiert und dann kommt der Herr Hueter daher und sagt, der Landesstraßenbaureferent soll bauen. Ein Landesstraßenbaureferent ohne ausreichendes Budget kann planen, kann Vorbereitungen treffen, kann Gespräche mit der Bevölkerung führen, kann Überprüfungen machen lassen, ob die Umweltverträglichkeit gegeben ist, aber er wird kaum einen Kilometer in dieser Größenordnung der Kosten bauen. Das ist so! Und wenn man dich fragt, ob du so gute Beziehungen zu deiner Ministerin hast, dass es möglich sein könnte, Mittel vom Bund zusätzlich zu bekommen, weil die

Mittel, die das Land zur Verfügung stellen kann, für die nächsten Jahre mit Sicherheit – und das haben wir heute oft genug gehört – nicht ausreichen werden, um dieses Baulos, das noch offen ist auf der B 100, zu schließen, dann ist das ja nichts anderes als eine Möglichkeit, vielleicht politische Kontakte zu nutzen, die wir von unserer Seite nicht haben. Aber das Einzige, das dir dazu einfällt, ist, dass plötzlich auch der Frank Stronach gut genug wäre, um hier einzuspringen, dem man vorher alles Mögliche unterstellt, was er mit seinem privaten Geld macht. Es könnte auch eine „Hueter-Straße“ werden, wenn du es schaffst, in Wien Geld aufzutreiben, und es wird darauf ankommen, wie dieses Kollegium hier und wie die Landesregierung zu einem Projekt „Fertigstellung B 100“ stehen, denn auch da werden wir nur gemeinsam die inhaltliche und die finanzielle Komponente so auf die Beine stellen können, dass das Projekt auch irgendwann realisiert wird. Und dass wir einen Zeithorizont haben, der hoffentlich nicht mehr 30 Jahre betrifft, sondern einen Zeithorizont haben, der vielleicht, wenn es gutgeht, die nächsten 12 bis 15 Jahre betrifft, wird man der Bevölkerung natürlich sagen müssen. Aber es wird auch darauf ankommen, dass man sich endlich darauf einigt, welche Trassenführung und welche Planungsarbeiten und welche Untersuchungen überhaupt zu machen sind, damit wir nicht jedes Mal wieder vor dem gleichen Problem stehen, dass wir einen Rechnungshofbericht bekommen, wo drin steht, das ist alles nicht in Ordnung. Das ist der Punkt, an dem wir alle hier ansetzen müssen und der Straßenbaureferent ist selbstverständlich bereit, sofort in dieses Thema einzusteigen, aber solange man nicht weiß, was man wo wie finanzieren kann, macht es wenig Sinn, in Planungsarbeiten einzusteigen, denn etwas anderes wird man der Bevölkerung zum derzeitigen Status auch nicht sagen können. *(Beifall von der TS-Fraktion und der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Somit ist die Rednerliste erschöpft. Ich erteile zum Punkt 2 dem Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Spezialdebatte wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Ich stelle hier Einstimmigkeit fest. Bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes vom 29. Juli 2011, Zahl: LRH 41/G/2011, betreffend die Kostenüberprüfung gemäß § 10 K-LRHG des Bauloses „Landesstraße B 100 Drautal Straße von km 65,42 bis km 71,20“ (Umfahrung Greifenburg), wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Handzeichen bitte! – Auch hier stelle ich wieder Einstimmigkeit fest. Somit ist dieser Punkt erledigt. Ich erteile dem Berichterstatter zu Punkt 3 das Schlusswort.

Berichterstatter Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Auch in diesem Fall verzichte ich auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Auch hier wurde die Spezialdebatte beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich wieder Einstimmigkeit fest. Bitte zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes vom 11. August 2012, Zahl: LRH 57/G/2011, betreffend die Kostenüberprüfung gemäß § 10 K-LRHG des Bauloses „Landesstraße B 100 Drautal Straße von km 68,56 bis km 70,98“ (Umfahrung Greifenburg-West), wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme wurde auch hier beantragt. Bitte, wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich wieder Einstimmigkeit fest. Somit sind diese beiden Tagesordnungspunkte erledigt. Ich darf den Ersten Präsidenten ersuchen, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 194-1/31:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses betreffend den Bericht über das Ergebnis der Überprüfung Österreichischer Kameradschaftsbund (Landesverband Kärnten) und Ulrichsberggemeinschaft

Zahl: LRH 103/B/2012 und LRH 104/B/2012

Berichterstatter ist der Abgeordnete Mag. Leyroutz. Ich bitte ihn, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich erstatte Bericht über die Überprüfung der Verwendung der dem Österreichischen Kameradschaftsbund, (Landesverband Kärnten) gewährten Landesförderungen und über die

Mag. Leyroutz

Überprüfung der Verwendung der der Ulrichsberggemeinschaft gewährten Landesförderungen. Der Kontrollausschuss hat sich eingehend mit der Materie befasst. Es wurden dazu mehrere Auskunftspersonen geladen und es wurde einstimmig der Beschluss der Kenntnisnahme im Ausschuss gefasst.

Ich ersuche um Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist beantragt und damit eröffnet. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Klubobfrau der Grünen, Mag. Dr. Barbara Lesjak. Ich bitte sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuhörer und Zuhörerinnen hier auf der Tribüne und zu Hause vor den Internetgeräten! Es liegen jetzt hier zwei Rechnungshofberichte vor, wo der Kameradschaftsbund und die Ulrichsberggemeinschaft überprüft worden sind. Wie schon der Berichterstatter angesprochen hat, wurde das im zuständigen Ausschuss sehr ausführlich diskutiert. Zu den Fakten ist zu sagen, dass es ja im Jahr 2002 einen Grundsatzbeschluss im Kärntner Landtag gegeben hat, von dem ausgehend die Subventionierung von Traditionsverbänden geleistet werden muss. Dieser Beschluss lautet: Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, im Entwurf des Landesvoranschlages einen Ansatz vorzusehen, aus dem die Kärntner Traditions- und Heimatverbände (Kärntner Abwehrkämpferbund, Kärntner Landsmannschaft, Kärntner Heimatdienst, Ulrichsberggemeinschaft, Österreichischer Kameradschaftsbund, Landesgruppe Kärnten) gefördert werden. Dieser Beschluss stellt eben die Grundlage für die Förderung dieser Heimatverbände dar. Damals sind eins, zwei, drei, vier, fünf Verbände hier genannt worden. Überprüft worden sind nur zwei Verbände, wobei der Ausschuss dafür gesorgt hat, dass auch der Kärntner Heimatdienst dort eingeladen wird und Informationen zur Verfügung stellt über die Mittel bzw. die nicht erhaltenen Mittel, die der Kärntner Heimatdienst seit dem Jahr 2008 sozusagen gekriegt hat. Es ist dann so weitergegangen, dass es aufgrund dieses Be-

schlusses in den Jahren 2003 bis 2004 eine Basisförderung von € 8.000,-- gab für alle Traditionsvereine, seit dem Jahr 2005 dann € 11.000,--. Das ist also kontinuierlich gestiegen. Seit dem Jahr 2008 hat man ein Punktesystem eingeführt. Man hat damals dieses Punktesystem eingeführt, um aufgrund von Punktebewertungen die Kriterien, die Förderungen abzuschätzen. Der Sockelbetrag ist aber seit dem Jahr 2008 wiederum auf € 12.500,-- erhöht worden. Den Vereinen steht also dieser Sockelbetrag zu bzw. auch Zusatzförderungen, die ja laut Rechnungshofbericht auch in großzügigem Ausmaß gewährt worden sind.

Wenn man jetzt die Zahlen in diesem Prüfungszeitraum 2008 bis 2010 anschaut, hat der Kameradschaftsbund insgesamt 93.500,-- Euro erhalten. Der Rechnungshof hat, soweit ich das feststellen kann, zum Kameradschaftsbund nicht wirklich sehr viele Kritikpunkte angeführt, was jetzt die Verwaltung von Dokumenten, Mitglieder usw. betrifft. Da scheint der Kameradschaftsbund da relativ ordentlich gewirtschaftet zu haben. Etwas anders bei der Ulrichsberggemeinschaft: Die Ulrichsberggemeinschaft steigt finanziell ein bisschen schlechter aus. Sie kriegt in diesem Zeitraum 2008 bis 2010 nur € 60.000,--, also insgesamt die Basisförderung plus die Zusatzförderung. Das ist etwas weniger als der Kameradschaftsbund gekriegt hat. Bei der Ulrichsberggemeinschaft sind die Kritikpunkte, die hier vom Rechnungshof angeführt werden, dann schon sehr aufschlussreich. Er stellt zum Beispiel fest, dass die festgestellte Mitgliedschaft dem allgemeinen Standard widerspricht. Man hat also die Mitgliedschaft lange Zeit nicht ordnungsgemäß verwaltet bzw. auch nicht festgestellt. Die Empfehlung dahingehend ist auch entsprechend. Der Rechnungshof empfiehlt, klare Organisationsstrukturen zu schaffen, Statuten zu klären, zum Beispiel.

Dann, was es auch nicht gab: Protokolle von Sitzungen gibt es erst seit dem Jahr 2009. Erst seit 2009 gibt es hier Protokolle. Vorher waren die Protokolle laut Verein unauffindbar. Ich möchte schon wissen, was vor dem Jahr 2009 passiert ist, weil das ist immerhin ein Verein, der öffentliches Geld kriegt. Wir haben das Recht, auch nachzuschauen und zu kontrollieren, was mit diesem Geld passiert. Von 2009 bis 2011 gab es keine Jahreshauptversammlung. Auch das ist nicht passiert. Man kennt das ja, jeder Verein

Dr. Lesjak

hat das im Vereinsgesetz. Man muss einmal im Jahr eine Jahreshauptversammlung machen, eine Mitgliederversammlung. Das ist zwei Jahre lang nicht passiert. (3. Präs. Lobnig: *Das ist ein Blödsinn!*) Das steht im Rechnungshofbericht drinnen, Herr Dritter Präsident! (3. Präs. Lobnig: *Das ist ein Blödsinn!*) Das steht da Schwarz auf Weiß, das kann man im Rechnungshofbericht nachlesen, auch anderes zum Beispiel, dass die Jahre 2009 bis 2010 nicht von Rechnungsprüfern geprüft worden sind. Das sind alles Erkenntnisse, die der Rechnungshof festgestellt hat. Freilich, wir konnten dann im Ausschuss vom jetzigen Obmann Candussi erfahren, dass er dann – er hat die Obmannschaft erst ab dem Jahr 2012 übernommen – diese Dinge offenbar alle in Ordnung gebracht hat. Aber man muss es trotzdem erwähnen, dass es vorher offenbar chaotische Zustände gegeben hat. Es ist sehr wohl das Recht der Bevölkerung, da auch Einsicht zu nehmen und Einblick zu kriegen in diese Zustände.

Was ich dann sehr interessant finde, sind diese Informationen vom Kärntner Heimatdienst. Der sollte ja laut diesem damaligen Beschluss aus dem Jahr 2002 gleich behandelt werden wie alle anderen Traditionsverbände. Die letzte Förderung hat der Kärntner Heimatdienst laut eigenen Angaben im Jahr 2008 gekriegt, und zwar € 8.000,-- an Förderungen im Jahr 2008 und dann nichts mehr. Wenn man jetzt alle drei Traditionsverbände vergleicht – der Kameradschaftsbund hat € 93.500,-- gekriegt, die Ulrichsberggemeinschaft € 60.000,-- und der Kärntner Heimatdienst € 8.000,--, jeweils in den Jahren 2008 bis 2010 – dann zeigt sich hier eine eklatante Schiefelage, weil von außen auf den ersten Blick nicht nachzuvollziehen ist, wieso einige Traditionsverbände jetzt mehr kriegen als die anderen. Man würde auf den ersten Blick meinen, das ist vollkommen willkürlich geschehen durch den damals zuständigen Landesrat Dobernig, der mit Haider 2008 noch für diese Geschichte zuständig war. Hat er hier willkürlich gehandelt, muss man sich fragen? Wenn man sich das genauer anschaut, dann sieht man, nein, er hat ganz offensichtlich nicht willkürlich, sondern ganz bewusst gehandelt. Weil wenn man sich anschaut, worum es diesen Heimatverbänden und diesen Traditionsverbänden geht, was der Zweck des Vereines ist, dann sieht man auf den ersten Blick, aha, da geht es darum, dass

ganz bestimmte Ideologien gefördert und unterstützt werden und andere Ideologien nicht gefördert und nicht unterstützt werden. Das finde ich schon interessant, ob das heute noch zeitgemäß ist, dass man Traditions- und Heimatverbände auf diese Art und Weise fördert. Wenn man sich dann zum Beispiel anschaut, man muss sich das ein bisschen auf der Zunge zergehen lassen, ich habe mir Zweck und Aufgaben des Vereines beim Kameradschaftsbund angeschaut. Nach den Statuten gehören zum Zweck des Vereines die Förderung des Vaterlandes, des Heimatgedankens, die Förderung der Völkerversöhnung und Völkerverständigung, das Bekenntnis zu den gesetzlich normierten Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres, die Förderung des Wehrwillens, die Pflege der soldatischen Tradition und Kameradschaft unter den Mitgliedern, die Wahrung der Interessen der Mitglieder – welche, ist hier nicht deutlich – die Kooperation unter Vereinen und Interessensgruppen, die ähnliche Ziele verfolgen, die Durchführung, Teilnahme an Feiern zum Gedenken an die Gefallenen, Vermissten, Verstorbenen von kriegerischen Auseinandersetzungen, die Errichtung, Erhaltung von Pflege von Kriegsdenkmälern, die Teilnahme an festlichen Veranstaltungen, die Durchführung von staats- und wehrpolitischen Veranstaltungen und Schulungen, die Mitwirkung bei der Verbreitung des Gedankens des Kulturgutschutzes in der Öffentlichkeit, die Schaffung und Erhaltung sozialer, karitativer und kultureller Einrichtungen und die Verleihung von Auszeichnungen an verdiente Mitglieder, Förderer und Gönner. Zum Vergleich die Statuten bei der Ulrichsberggemeinschaft, die sind fast gleich. Das ist fast wortwörtlich. Die haben nur etwas weniger, aber da steht drin bei den Zwecken: Die Förderung der Völkerversöhnung, Bekenntnis zum Österreichischen Bundesheer, Förderung des Wehrwillens, Pflege der soldatischen Tradition, Kooperation mit ähnlichen Vereinen im In- und Ausland, Durchführung und Teilnahme an Feiern zum Gedenken an gefallene Soldaten, Errichtung und Pflege von Kriegerdenkmälern, Verleihung von Auszeichnungen usw. Wenn man jetzt hingegen das hernimmt, was der Kärntner Heimatdienst in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren vertreten hat: Er hat ja diese sogenannte 180-Grad-Wende gemacht und hat sich von einem, wie soll man sagen, von einem Dissenskurs auf einen Konsenskurs eingeschwenkt. Er hat sich um 180

Dr. Lesjak

Grad auch in der Ideologie gedreht und gewendet und hat gesagt und es auch getan, konsensorientiert zu sein, friedensorientiert, darauf aufpassend, dass alle zu Wort kommen, dass alle an einem Tisch sitzen, das Gemeinsame steht im Vordergrund anstelle des Trennenden, anstelle des Gegeneinanders, andere Standpunkte seien zu respektieren, andere Meinungen seien wertzuschätzen, und er ist, das wissen wir, der Herr Feldner ist Obmann vom Kärntner Heimatdienst, vehement auch für eine Ortstafellösung eingetreten. Wir wissen alle, wie das war, wie der Herr Feldner mit diesem Umschwung, mit diesem Paradigmenwechsel bekämpft und beschimpft und gering geschätzt worden ist von den damals zuständigen Landesräten, vom Landeshauptmann Dörfler. Das ist alles aufgrund von Medienberichten nachzuvollziehen. Der Herr Dobernig hat den Herrn Feldner einmal als Verräter beschimpft. Er betreibe Verrat an der Heimat, weil er jetzt eine andere Politik fährt. Das ist schon interessant, dass so ein Verein, der konsensorientiert ist, friedensorientiert ist, plötzlich keine Förderungen mehr kriegt und die anderen Vereine, die überhaupt nicht konsensorientiert sind, wo der Vereinszweck ganz anders klingt, die kriegen aber einen Haufen Geld. Ist das zeitgemäß? Ich frage, ob das zeitgemäß ist, ob die Zwecke dieses Vereines noch einer fortgeschrittenen Demokratie entsprechen, ob das irgendwie passt? Das ist doch rückwärts gewandt! Was soll denn die Förderung eines Wehrwillens bedeuten? Das haben beide Vereine in den Statuten drinnen. Was bedeutet, dass man den Wehrwillen fördern muss? Wenn man sagt, es gibt einen Wehrwillen, dann phantasiert man sich irgendwo einen Feind, weil man solle sich gegen etwas wehren. Die Kraft, sich gegen etwas zu wehren und der Wille, sich gegen einen Außenfeind oder was auch immer, das ist aus meiner Sicht nicht gewaltfrei. Das ist nicht gewaltfrei, weil alle diese Vereinszwecke, Wehrwille, an wehrpolitischen Veranstaltungen soll man teilnehmen und so weiter und so fort, das kommt mir so vor, als wenn das Kriegsvorbereitungen dienen würde, (*Einwand von 3. Präs. Lobnig.*) als wenn man sich permanent in Bereitschaft halten muss, um sofort irgendwohin zu gehen, um zu kämpfen oder so. Wozu braucht man sonst einen Wehrwillen? Gegen wen oder gegen was soll man sich denn wehren? Das ist kriegerisches Gedankengut, das hier aufrechterhalten werden soll. Das kriegerische Andenken soll ein bisschen

verherrlicht werden. (*3. Präs. Lobnig: Das ist eine Frechheit! Warum gehst du dann hin zur Bundesheerangelobung?*) Das ist nicht zeitgemäß und das widerspricht einem demokratischen Grundverständnis, wo wir Menschenrechte achten, wohingegen aber der Kärntner Heimatdienst sehr wohl aber auf einmal von Menschenrechten, von gegenseitiger Verständigung usw. spricht. Das sind diametral zwei Pole, die sich vollkommen gegenüber stehen, die sich total widersprechen. Da hat sich die vorige Landesregierung, insbesondere der Landeshauptmann und Landesrat Dobernig – das war wirklich eine Offenbarung, dass sie sich zu diesen kriegerischen Geschichten bekannt haben, zu einer dissensorientierten Lösung und nicht zu einer konsensorientierten, weil man hat dem Feldner alles weggenommen. Man hat ihm keine Förderungen mehr gegeben. Warum? Weil er im Sinne des Landes Kärnten zu einem positiven Miteinander beigetragen hat und dafür hat man ihn bestraft! Bitte, jetzt ist der Waldner zuständig, bitte, in Zukunft darf so etwas nicht mehr passieren! Bitte, bei den Förderungen von Heimatverbänden und Traditionsverbänden würde ich anregen, sich die Kriterien ganz genau anzuschauen, was man da fördert, was man fördern will! Bitte, diese Schiefelage ist sofort zu bereinigen! Ich danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der ÖVP-Klubobmann Abgeordneter Ferdinand Hueter.

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Barbara hat jetzt eigentlich alles sehr in die Tiefe erläutert, ich kann dem großteils zustimmen. Von unserer Seite ist dieser Rechnungshofbericht für die Ulrichsberggemeinschaft und auch für den Kameradschaftsbund insofern in Ordnung, weil beim Kameradschaftsbund grundsätzlich alles ziemlich in Ordnung festgestellt wurde. Bei der Ulrichsberggemeinschaft hat der Landesrechnungshof zwei eklatante Kritikpunkte herausge-

Ing. Hueter

hoben, und zwar als ersten die Eigenmittel der Ulrichsberggemeinschaft. Hier muss die Frage geklärt werden, ob man überhaupt einen Verein fördert, der die nötigen Eigenmittel bereits hat. Der zweite Kritikpunkt war, dass keine Mitgliedsbeiträge eingehoben wurden. Hier ist auch die Frage zu klären, ob man einen Verein fördert, der als Verein selbst keine Mitgliedsbeiträge einhebt. Das war auch für den Landesrechnungshof ein Kritikpunkt, ebenfalls auch die Sitzungen, die eigentlich erst ab 2009 wieder stattgefunden haben, auch keine Jahreshauptversammlung. Erst unter dem neuen Obmann Candussi ist das jetzt in Ordnung und läuft so, wie es zu laufen hat. Von Seiten der ÖVP kann ich sagen, wir stehen zu allen fünf, ich mache da überhaupt keine Wertung, und es ist sowieso ein Riesenfehler der Politik, hier wertend einzugreifen, weil jeder Traditionsverband seine Bedeutung hat in positiver wie in negativer Weise oder wie immer man das argumentieren kann und ich glaube, dass das Land aufgrund dieses Beschlusses aus dem Jahr 2002 – das steht ganz klar drinnen – zu fördern hat. Der einzige Wermutstropfen ist, dass die Höhe der Förderung nicht drinsteht. In den letzten Jahren hat es sich eingebürgert, es sind ungefähr € 55.000,- zur Verfügung gestanden, dass man die seit dem Jahr 2008 aliquot, ein bisschen abwägend, einige haben halt ein bisschen mehr bekommen, auf die restlichen vier aufgeteilt hat. Und der kleine Hoffnungsschimmer von der Barbara ist, wie sie gesagt hat, sie hofft, dass das jetzt unter dem Landesrat Waldner anders wird. Das wird anders, der Landesrat Waldner hat bereits diese Prüfungen in Auftrag gegeben, wie er das aufmacht und wir wissen auch, dass wir ungefähr 10 Prozent beim Budget einsparen und da kann sich jeder ausrechnen, wieviel das ausmacht und dass dieser verbleibende Kuchen dann auf die fünf Verbände aliquot und nach gewissen Richtlinien aufgeteilt wird, wo auch der Landtag noch damit konfrontiert werden wird. Das ist der einzig richtige Weg und das, was in der Vergangenheit passiert ist, dass man hier Wertungen macht, wer besser ist, wer mehr Heimatgefühl hat und wer weniger, glaube ich, steht dem Landtag und dem Referenten nicht zu. *(Abg. Dr. Lesjak: Doch, das steht uns schon zu! Freilich steht uns das zu! Wer soll denn das sonst machen?)* Ja, dann müssen wir die Richtlinien so aufstellen, dass wir genau sagen, Sockelbetrag oder was weiß ich, wie man das sonst macht. Da gibt es ja viele

Varianten, aber ich glaube, das hat der zuständige Landeskulturreferent Waldner bereits in Auftrag gegeben. Er will ganz klar alle fünf Verbände gleich fördern und nach gewissen Kriterien aufteilen. Das ist sicherlich eine Verbesserung, und es sollte auch nicht so sein, dass die Politik hier aktiv eingreift. Deswegen möchte ich auch dem Landesrechnungshof hier noch einmal Danke sagen! Von unserer Seite wird es zu diesem Bericht die Zustimmung geben. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident Josef Lobnig. Bitte ihn zu sprechen!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Wenn ich den Ausführungen der Klubobfrau Dr. Lesjak genauestens gefolgt bin, dann komme ich zu dem Schluss, dass, wenn es nach den Grünen geht, alles was mit Tradition, Brauchtum und Heimat verbunden ist, verboten gehört. *(Abg. Dr. Lesjak: Nein! Du hast nicht zugehört!)* Dagegen verwehre ich mich auf das Schärfste! Frau Klubobfrau, zum einen muss man als Abgeordnete wissen, selbst Österreich bekennt sich zu einer umfassenden Landesverteidigung, Punkt A. Punkt B, ist es daraus resultierend wohl selbstverständlich, dass es Traditionsverbände gibt, die diesen Weg und dieses Ansinnen hochhalten. Das Nächste, Frau Abgeordnete, ich lasse es nicht zu und es steht Ihnen auch nicht zu, die Satzungen von Verbänden und Vereinen hier in diesem Hause zu kritisieren, weil damit kritisieren Sie nämlich auch die ehrenamtlichen Funktionäre, ihre Tätigkeiten und auch die der ehrenamtlichen Mitglieder. Und das kann ich hier in diesem Raum nicht unwidersprochen so stehen lassen, meine Damen und Herren! Denken wir daran, dass wir stolz sein können auf viele Heimat- und Traditionsverbände, die Ausdruck unserer Kultur, die Ausdruck der Geschichte unseres Landes sind und in diesem Sinne auch die Unterstützung der öffentlichen Hand erfahren! Und wenn Sie meinen, dass hier das Geld irgendwo hinausgeworfen wurde und warum einer mehr, der andere weniger be-

Lobnig

kommt, dann ist es auch im Rechnungshofbericht nachvollziehbar und nachzulesen, dass es Sonderförderungen gegeben hat für zusätzliche Veranstaltungen und dergleichen. Und wenn etwas zweckwidrig verwendet oder nicht entsprechend dem Sparsamkeitsgedanken verwendet worden wäre, dann hätte das zu einer berechtigten Kritik in diesem Rechnungshofbericht geführt, was ich Gott sei Dank vermissen. Das heißt, in diesen Punkten ist korrekt gearbeitet worden, meine Damen und Herren. Und weil wir im Ausschuss darüber diskutiert haben, wie das in Zukunft aussehen soll, ja, es soll vielleicht doch – wie auch angeregt – ein neues Punktesystem durchgearbeitet und überdacht werden, wie solche Fördermittel an die Heimat- und Traditionsverbände ausgezahlt werden und ganz wesentlich, es soll auch die Vermögenslage Berücksichtigung finden, denn wenn Verbände ein umfangreiches Vermögen verwalten, dann sehe ich nicht ein, warum man dann hier überdimensional zusätzlich eine Förderung ausschüttet, wenn andere Vereine wirklich entweder auf Eigenbeiträge oder auf Unterstützungsbeiträge und auf Spenden angewiesen sind, um ihre satzungsgemäßen Aufgaben erfüllen zu können. Ich glaube, das ist das Wesentliche. In diesem Sinne danke ich dem Rechnungshof und werde diesen Bericht selbstverständlich auch in Namen der Freiheitlichen zur Kenntnis nehmen! *(Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Dr. Lesjak meldet sich zur Geschäftsordnung.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Geschäftsordnung, Frau Klubobfrau!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Präsident! Zur tatsächlichen Berichtigung! Ich möchte das berichtigen, was Dritter Präsident Lobnig eben von sich gegeben hat, dass es mir nicht zustehen würde, über Satzungen und Statuten von Vereinen, die das Land Kärnten fördert, zu sprechen, *(3. Präs. Lobnig: Zu kritisieren, habe ich gesagt!)* – ich korrigiere – zu kritisieren und Wertungen zu machen. Selbstverständlich steht mir das zu, als Abgeordnete *(3. Präs. Lobnig: Das ist ja keine tatsächliche Berichtigung!)* hier politische Wertungen zu treffen und zu hinterfragen, wieso die einen Tra-

ditionsverbände etwas bekommen haben und die anderen nicht! Es entspricht wohl eher der Kultur und der Geschichte der FPÖ, dass nur bestimmte Dinge hier als Wahrheit gelten und andere nicht, denn es ist ja in der Sache so, dass zwei Vereine gut gefördert worden sind und ein Verein nicht. Man wird es ja wohl auch als Faktum so festhalten dürfen! Danke!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Klubobfrau Lesjak! Es wäre Ihnen auch unbenommen gewesen, sich in der Debatte zu Wort zu melden, *(Abg. Dr. Lesjak: Das habe ich schon!)* denn das war de facto nicht eine tatsächliche Berichtigung, *(Abg. Dr. Lesjak: Das dauert ein bisschen länger!)* sondern schon ein Debattebeitrag. Bitte das nächste Mal von der Debattemöglichkeit Gebrauch zu machen! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Zweite Präsident des Landtages, der Abgeordnete Rudolf Schober. Moment, ich muss nur das Rednerpult noch freischafter! Jetzt funktioniert es wieder, bitteschön!

Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine geschätzten Damen und Herren als Zuhörer! Ich fange einmal so an, dass ich mich vor den Damen und Herren, die diesen Traditionsverbänden angehören und die diese ehrenamtliche Arbeit leisten, verneige und die Arbeit groß einschätze, solange sie in einem entsprechenden Rahmen bleiben und vor allem die Ziele verfolgen, die auch in ihren Statuten feststehen, nämlich gedenken, versöhnen und alles zu unternehmen, um eine gemeinsame Friedenserhaltung zu unternehmen und wenn sie diese Ziele auch erreichen und einhalten. Ich verneige mich aber auch vor jenen, die aus diesen Verbänden heraus die Kraft und den Mut haben, im 21. Jahrhundert den Blick nach vorne zu richten, ohne dabei das Gedenken der Vergangenheit zu vergessen! Ich kenne das wirklich aus vielen Veranstaltungen und von vielen Gesprächen, wenn es Ungereimtheiten in diesen Verbänden gibt oder gegeben hat, dann sind sie weniger aus den Vereinszielen entstanden, sondern eher um die handelnden Personen herum und das hat auch laut diesen beiden Berichten

Schober

hier in dieser Art und Weise stattgefunden. Ich sage es ganz ehrlich, wir als Sozialdemokraten sind froh, dass wir damals diesen Antrag auf Überprüfung eingebracht haben, der den Landtag dann auch einstimmig verlassen hat, nämlich die Überprüfung des Kameradschaftsbundes und der Ulrichsberggemeinschaft für die Jahre 2008, 2009 und 2010, denn hier ist Einiges zu Tage gekommen. Und ich bin davon überzeugt, dass es richtig war, den Rechnungshof über diese Dinge einmal „drüber zu lassen“, um es so salopp zu formulieren, denn ich bin davon überzeugt, es hat erstens einmal Änderungen bei den handelnden Personen gegeben und ich bin auch davon überzeugt, dass es Änderungen in der sachlichen Arbeit geben wird. Es wurde heute schon erwähnt, es gibt einen Grundsatzbeschluss aus dem Jahre 2002, wonach die Heimat- und Traditionsverbände – und wir kennen sie, alle wurden heute schon erwähnt, Abwehrkämpferbund, Landsmannschaft, Heimatdienst, Ulrichsberggemeinschaft und Kameradschaftsbund – eng verbunden mit dem Kulturförderungsgesetz des Landes Kärnten diese Arbeit leisten sollen. Ich muss der Fairness halber anführen, dass die politische Verantwortung für diesen Bereich früher unter Landeshauptmann Dr. Haider gelegen ist und im Jahre 2008 war es Landesrat Dobernig. Auch hier ist es, wie ich eingangs erwähnt habe, so, dass es nicht in der Sache, sondern bei den handelnden Personen gelegen ist und es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass es beim Kameradschaftsbund und bei der Ulrichsberggemeinschaft früher um dieselbe handelnde Person gegangen ist. Sie ist heute nicht mehr in diesen Funktionen und auch nicht mehr in diesem Amt. Ich kann es kurz machen, denn der Kameradschaftsbund, der heute von unserem ehemaligen Kollegen und Abgeordneten im Kärntner Landtag, August Eberhard, geführt wird, gibt eigentlich sehr wenig Grund zur Beanstandung und das wurde in diesem Bericht auch so zum Ausdruck gebracht. Anders allerdings ist es bei der Ulrichsberggemeinschaft. Meine geschätzten Damen und Herren, wenn man sich diese Protokolle anschaut, dann ist es schon ein bisschen verwunderlich, wie lasch es hier zugegangen ist. Wenn man zum Beispiel sagt, dass die Protokolle über die Sitzung der Jahreshaupt- und Generalversammlung des Präsidiums und des Vorstandes vor November 2009 nicht mehr vorhanden sind – sie sind unauffindbar – dann kann man sich vielleicht darauf be-

schränken, zu sagen, das ist eine lasche Vereinsführung, aber immerhin sind offenbar wichtige Dinge nicht mehr zu Tage getreten. Und wenn es heißt, dass in den Jahren 2009 bis 2011, obwohl es in den Statuten vorgeschrieben ist, Jahreshauptversammlungen nicht abgehalten wurden, so sagt das sicherlich Einiges aus. Hier muss ich erwähnen, dass diese Ulrichsberggemeinschaft, deren Präsident – und ich erwähne ihn hier auch namentlich – Regierungsrat i.R. Engelbert Tautscher war, den damaligen Landesrat Mag. Harald Dobernig als Vizepräsidenten gehabt hat. Das heißt, diese Kritikpunkte, die ich soeben erwähnt habe, keine Jahreshauptversammlung, fehlende Protokolle, sind auch unter einem Vizepräsidenten Mag. Harald Dobernig offenbar so geduldet worden oder er hat sie nicht gekannt. Ich muss aber hier gleich einflechten, Landesrat Harald Dobernig war es auch, der als Finanzreferent und als Kulturreferent genau diese Dinge dann förderungsmäßig in seiner Hand gehabt hat. Und wie es hier zugegangen ist, hat man ja gemerkt. Dobernig ist Ende 2011 aus dieser Funktion ausgeschieden. Was ganz besonders aufgefallen ist, ist die ungleiche Behandlung – und auch das wurde heute schon erwähnt – dieser verschiedenen Institutionen, wobei ich schon weiß, das hängt mit der Mitgliederzahl zusammen und, und, und. Aber ich muss erwähnen, dass in den Jahren 2008 bis 2011 der Kärntner Abwehrkämpferbund immerhin einen Betrag von knapp € 70.000,-- erhalten hat, dass die Kärntner Landsmannschaft in dieser Zeit einen Betrag von knapp € 160.000,-- erhalten hat, dass die Ulrichsberggemeinschaft in dieser Zeit € 60.000,-- erhalten hat und dass der Kameradschaftsbund in dieser Zeit € 95.000,-- erhalten hat. Ich erwähne das deshalb, weil es den Landtagsbeschluss aus dem Jahre 2002 – und da kann man das halten, wie man will, man kann sagen, der hat keine Gültigkeit, keine Geltung und, und, und. Aber interessant ist es schon, bis zum Jahre 2008 hat das alles funktioniert. Da hat zum Beispiel der Kärntner Heimatdienst, der an sich ja die gleichen Ziele verfolgt, diesen Betrag auch als Basisförderung erhalten. Ab dem Jahre 2008 war es mit der Förderung vorbei. Und das wird ja wohl kein Zufall sein, dass das damit zusammenhängt, weil sich zwei Personen, nämlich Dr. Feldner und Dr. Sturm, der, wie wir wissen, einer ganz anderen Organisation angehört, sich zusammengeschlossen und gesagt haben, alles, was geschehen ist, wollen wir nicht verniedli-

Schober

chen, aber schauen wir bitte in die Zukunft, schauen wir ins 21. Jahrhundert. Sie haben ein gemeinsames Buch herausgegeben mit dem Titel: „Kärnten neu denken.“ Der Kommentar des damaligen Klubobmannes Kurt Scheuch war: „Mit seinem slowenienfreundlichen Kurs verstößt Dr. Feldner gegen die Interessen des Landes Kärnten.“ Das wird ja kein Zufall sein, gerade ab diesem Zeitpunkt ist auch diese Förderung des Kärntner Heimatdienstes eingestellt worden. Meine geschätzten Damen und Herren, ich sehe das als reine Bestrafungsaktion, die damals stattgefunden hat. Denn es hat sich dann in der Folge auch so fortgesetzt. Ich sage noch eines: Wenn ein Kulturlandesrat Dobernig, der zugleich auch Vizepräsident dieser Ulrichsberggemeinschaft war und der somit auch für die finanzielle Zusage zuständig ist, bei der Förderabwicklung so versagt hat, dann ist das schon bedenklich! Denn wir haben im letzten Ausschuss einen Beamten dieser Kulturabteilung hier gehabt. Und auf meine Frage, wie kann denn das passieren, wenn Unterlagen mehrmals eingefordert werden und die nicht einlangen, dass ich trotzdem für das kommende Jahr eine Förderung ausbezahle, dann war die Antwort die: „Na ja, lieber Herr Kollege Schober, du wirst es verstehen, ich bin ein Beamter, ich tue mir da bei der Antwort schwer.“ Ich möchte niemandem eine Antwort in den Mund legen, aber jeder kann sich seinen Teil denken. Kulturreferent war, wie gesagt, Landesrat Harald Dobernig. Wie auch immer, ich bin davon überzeugt, dass in beiden Organisationen – Ulrichsberggemeinschaft und Kameradschaftsbund – mit der Übernahme von neuen Personen, die in ihren Funktionen einerseits August Eberhard und andererseits Hermann Candussi waren, was die Ulrichsberggemeinschaft betrifft, dass hier ein neuer Schwung hineingekommen ist, dass hier vor allem die Genauigkeit, was die Abrechnungen betrifft, auch einkehren wird. Ich sage nur eines, diese Traditionsvereine sollen ihre Arbeit weitermachen. Sie sollen sie allerdings, wie gesagt, mit Blickrichtung in die Zukunft machen und sie sollen vor allem junge Leute in ihre Arbeit einbinden. Sie sollen vor allem Projektarbeit betreiben. Ich bin davon überzeugt – man ist jetzt gerade drauf und dran, den kommenden 10. Oktober in geordnete Bahnen zu bringen – dass es unter Einbindung dieser Organisationen, die ich soeben genannt habe, eine vernünftige, vor allem für die Zukunft positiv ausgerichtete Arbeit geben kann. Noch

einmal: Ich danke all jenen, die diese Arbeit ehrenamtlich für sich unternehmen! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt erschöpft. Wir kommen zum Schlusswort des Berichterstatters.

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Danke schön! Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte den Berichterstatter, den Beschlusstext vorzutragen!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Berichte des Landesrechnungshofes vom 12. Juli 2012, Zahl: LRH 103/B/2012, betreffend die Überprüfung der Verwendung der dem Österreichischen Kameradschaftsbund (Landesverband Kärnten) gewährten Landesförderungen und vom 13. Juli 2012, Zahl: LRH 104/B/2012, betreffend die Überprüfung der Verwendung der der Ulrichsberggemeinschaft gewährten Landesförderungen werden zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Bitte um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist ebenso einstimmig der Fall. Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

Ing. Rohr

5. Ldtgs.Zl. 27-4/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Landesrat Dr. Waldner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Staudacher betreffend Umweltschädigung durch Pestizid- ausbringung in Kärnten

Die schriftliche Anfragebeantwortung ist Ihnen zeitgerecht zugegangen. Zu Wort gemeldet hat sich als Erster der Abgeordnete Staudacher. Ich verweise darauf, dass die Redezeit fünf Minuten beträgt.

Abgeordneter **Staudacher** (F):

Hohes Haus! Herr Präsident! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier auf der Tribüne und auch zu Hause vor den Internetgeräten! Einleitend ein Zitat aus dem Märchenbuch der sogenannten Zukunftscoalition: „Kärnten braucht eine flächendeckende, ökologisch und ökonomisch gesunde und leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft in einem funktionsfähigen ländlichen Raum, die imstande ist, die Bevölkerung bestmöglich mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu versorgen, sowie die natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser und Luft zu sichern und zu verbessern.“ Faktum ist: 2.684 gemeldete Imkerinnen und Imker bemühen sich in Kärnten mit größtem Einsatz um den Erhalt der Bienenvölker. Trotz aller Anstrengungen sinkt der Bienenstand rasant. Mit großem Aufwand müssen diese Ausfälle durch die Züchtung neuer Völker kompensiert werden. Die meiste Schuld am Bienensterben hat der forcierte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft, der sogenannten Neonicotinoide. Bei der Enquete am 18. Juni haben die beiden Experten Dipl.-Ing. Dr. Josef Hoppichler und Mag. Dr. Anita Lautemann – Neonicotinoide und Bienensterben, erweiterte Risikodimensionen – nachdrücklich auf die Gefahr der Pestizide hingewiesen. Alarmierend sind vor allem ihre Aussagen über Langzeitschädigungen für andere Tiere und über die Nahrungsmittelkette natürlich auch für den Menschen. Hier befürchtet man vor allem krebsfördernde Wirkung. Wenn die Pestizide einmal aufgebracht sind, entfalten sie über einen viel längeren Zeitraum als bisher vermutet ihre schädliche Wirkung. Die in Kärnten aufgebrauchten Mengen genügen, um über 1 Million

Bienen zu töten. Neonicotinoide sind bis zu 545 Tagen im Boden und stabil. In den letzten Monaten wurden die Produkte mit Neonicotinoiden vom Handel zu Billigpreisen abgegeben. (*Zwischenruf von Abg. Dr. Lesjak.*) Barbara, warte, auf dich komme ich gleich. Der Handel räumte damit seine Lager in Erwartung gesetzlicher Einschränkungen durch die EU und durch den Nationalrat. Das bedeutet, dass Kärnten 2014 ein besonders starkes Jahr an getöteten Bienen erwarten muss. Für mich ist das ein Skandal, denn bis dato wurde von Landesrat Wolfgang Waldner keine einzige Maßnahme und Initiative zum Schutz der Bienen durchgesetzt! (*Beifall von der F-Fraktion. – Einwand von Abg. Dr. Lesjak.*) Warte ein bisschen, Barbara! Warum nicht nach dem Vorbild der Steiermark, Herr Landesrat? Der Landtag in der Steiermark hat einstimmig ein Neonicotinoide-Verbot beschlossen, jener Pestizidgruppen, die für das Bienensterben verantwortlich gemacht werden. Spätestens nächstes Jahr im Frühling soll die problematische Pestizidgruppe in der steirischen Landwirtschaft verboten werden. Das Verbot ist zwar zeitlich beschränkt, da ja ein generelles nur vom Bund verordnet werden kann, aber immerhin wird ein deutliches Zeichen zum Schutz der Bienen gesetzt.

Auch Umweltreferent Rolf Holub, der leider nicht mehr da ist, schweigt aus Koalitionstreue zur Arbeitsverweigerung seines Kollegen Waldner und opfert erneut den Umweltschutz auf dem Altar der Kenia-Koalition. Die Regierung ist seit fünf Monaten im Amt (*Abg. Dr. Lesjak: Wer hat dir das aufgeschrieben?*) und schon sind sowohl Waldner als auch sein Kollege Holub ideenlos, ja fast in Apathie gefallen. Sie haben die Augen vor den Entwicklungen in Bezug auf das Bienensterben verschlossen und die Hände in den Schoß gelegt, anstatt sich des Schutzes unserer Bienen anzunehmen. (*Abg. Köchl: Das habt ihr gemacht, die Hände 24 Jahre in den Schoß gelegt!*) Ja, ich bin aber nicht seit 20 Jahren hier, sondern erst seit März. Wenn die Zukunft unserer Natur in Kärnten so aussieht, wünsche ich ihr viel Glück, denn das wird sie brauchen! (*3. Präs. Lobnig: Was ist das für ein Stil? – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich bitte, dem Redner die entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken und nicht durch Zwischenrufe zu stören! (3. Präs. Lobnig: Genau!) Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Johanna Trodt-Limpl. Ich bitte sie ans Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuseher auf der Tribüne, via Livestream und besonders werte Vertreter der Medien! Aus der Anfragebeantwortung von Herrn Landesrat Waldner geht hervor, dass wir alle ein Verbot von umweltschädigenden Pflanzengiften unterstützen. Wir haben das ja auch schon in sehr vielen Diskussionen und Debatten und Enqueten bereits besprochen und diskutiert. Die Gesundheit der Kärntner Bevölkerung und somit auch unsere hat natürlich oberste Priorität. Tatsache ist jedoch, dass die chemische Industrie zehntausende Chemikalien produziert und dass alle anderen Industriebranchen diese tagtäglich verwenden. Darunter sind tausende Problemstoffe wie krebserregende, erbgutschädigende oder umweltgefährdende Substanzen, die sich auch in Alltagsprodukten wiederfinden. Bei tausenden von Chemikalien sind die meisten unerwünschten Eigenschaften noch gar nicht untersucht. Dazu kommt auch noch, dass bei der Produktion oder der Entsorgung bestimmter Produkte zusätzliche Giftstoffe anfallen. Große Sorge bereitet das Abfallmanagement. Wir leben in einer Wegwerfgesellschaft. Es ist bedenklich, dass auf der einen Seite der Erdkugel Menschen hungern müssen, während auf der anderen Seite Massen von Essen weggeworfen werden. Speziell die stark ansteigende Menge an Elektroschrott, welche eine beträchtliche Menge an Giftstoffen wie zum Beispiel Blei und Cadmium enthält, stellt weltweit eine riesige Herausforderung dar. Wir müssen uns bewusst machen und wir sind uns auch bewusst, dass Umweltgifte nicht vor den Grenzen Kärntens Halt machen, daher unsere Lösungsansätze: Verzicht auf problematische Chemikalien - biologische Lebensmittel, Müllvermeidung und Recycling.

Ich möchte auch auf die Rede meines Vorgängers eingehen und würde auch anregen, dass wir

uns in vielen Dingen das Land Steiermark als Vorbild nehmen können, denn es werden hier oft sehr, sehr gute Akzente gesetzt. Danke! (*Beifall von Abg. Korak, der F-Fraktion und der TS-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Franz Wieser von der ÖVP.

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Umweltschäden durch Pestizidausbringung in Kärnten. Die Frage ist an und für sich nur an den Landesrat für Landwirtschaft gestellt worden, nicht an diese Bereiche, wo die Hausgärten hineinfallen, wo ebenfalls Blattläuse, Schnecken usw. bekämpft werden, nicht an jene Bereiche, wo die öffentlichen Bereiche Straßenverwaltung, Gemeinde, Bahn usw. betroffen sind. Auch in diesen Bereichen wird sehr viel an Umweltgiften verwendet und ausgebracht. Auch hier wäre es interessant, festzustellen, wie die Situation dort ist. In der Anfragebeantwortung, wenn man sich diese durchliest, sind natürlich sehr viele Sachen beantwortet worden, seien es die Förderungen der Imker, dass die Imker sehr wohl vom Landesbudget von Kärnten unterstützt werden: Direktförderungen € 210.000,-, aber auch Förderungen für Forschung, die Überwachung, die vom Land her auf Bundesebene mitfinanziert wird.

Im Bereich der Landwirtschaft muss man eines feststellen, dass hier bei der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln und auch bei diesen gefährlichen Dingen sehr viel an Ausbildung vorausgesetzt wird, an Prüfungen vorausgesetzt wird, die in anderen Bereichen überhaupt nicht vorhanden sind, dass hier sehr viel an Kontrollen getätigt wird, sei es in der Lagerung, in der Verwendung der Pflanzenschutzgeräte, Sachkenntnisnachweise, Rückstandsanalysen durchgeführt werden, von der Lebensmittelaufsicht Rückstandskontrollen durchgeführt werden, sodass man sagen kann, dass hier wirklich umfassend geprüft und aufgezeichnet wird.

Wieser

Ich kann zum Abgeordneten Staudacher nur eines sagen: Guten Morgen! Ich glaube, es wird sich auch zu dir durchgesprochen haben, dass die Steiermark nicht mit 1. Jänner etwas verbieten muss, was auf der einen Seite von der EU bereits verboten ist, das auf Bundesebene bereits verboten ist. Hier dann aufzuschreien, hurra, wir sind auch dafür oder wir verbieten es auch, ist eigentlich überflüssig, weil dieses Verbot bereits umfassend gegeben ist. Ich möchte aber eines vielleicht hier feststellen, dass wir uns heute nicht nur fragen müssen, welche Umweltschäden durch die Landwirtschaft vorhanden sind, sondern ich glaube, dass angesichts dieses Wetters, das wir jetzt haben, auch einmal die Frage erlaubt sein muss nach Umweltschäden und ihren Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Ich glaube, dass die CO₂-Anreicherung in der Atmosphäre dazu geführt hat, dass wir dieses Wetter haben, dass die Klimaveränderung tatsächlich dementsprechend vorhanden ist und heute die Landwirtschaft darunter stöhnt, dass wir eine Trockenheit haben, im Frühjahr zu viel Regen, jetzt eine Trockenheit, dass alle Pflanzen, die im Herbst zu ernten wären, verdorren und damit ein wirtschaftlicher Schaden für die Landwirtschaft in einem gigantischen Ausmaß vorhanden sein wird. Wenn wir an unsere Wälder denken, die sehr viele Aufgaben haben, eine Schutzfunktion, nicht nur für die Gesunderhaltung des Wassers, sondern auch als Schutz vor Lawinen, vor Vermurungen usw., der Wald ist ganz einfach in der Form gefährdet, dass durch den Klimawandel die Insekten den Wald angreifen. Ich möchte nur stellvertretend den Borkenkäfer erwähnen, wo wir alle uns Gedanken machen müssen, wie es in diesem Bereich weitergehen wird. Die Felder und Wiesen sind Futtergrundlage für unsere viehhaltenden Betriebe, ob es jetzt ein Milchbetrieb ist, Rindfleisch-, Schweinefleisch-, Geflügelbetriebe sind, die stehen vor der Herausforderung, in nächster Zeit keine Futtergrundlage für ihre Tiere zu haben. Das wird natürlich dazu führen, dass sie ihre Tiere abstoßen oder verkaufen werden müssen. Auf der einen Seite ein großer wirtschaftlicher Schaden für die Betriebe, auf der anderen Seite für jeden Konsumenten eine Herausforderung, dass er nur importierte Produkte zur Verfügung haben wird, die nicht in der Form erzeugt, kontrolliert worden sind, wie wir es von unseren Kärntner Produkten her gewohnt sind. Auch die Ackerbaubetriebe werden natürlich sehr wohl in die Situation kommen,

dass das Einkommen für die Familien nicht mehr vorhanden ist, dass die Familien, die von der Landwirtschaft leben, in der nächsten Zeit Existenzprobleme haben werden, dass viele Höfe aufgeben werden und ihre Landwirtschaft nicht mehr fortführen werden können. Eine Situation, die dazu führt, dass in der Landwirtschaft viele Existenzen in Gefahr sind, dass aber auch über die Landwirtschaft hinaus die weiteren Investitionen (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) in vielen Bereichen nicht mehr getätigt werden können und damit nicht nur die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, sondern auch über die Landwirtschaft hinaus viele Arbeitsplätze in Gefahr sein werden. Wir alle sollten uns Gedanken darüber machen, wie werden wir die Landwirtschaft in der nächsten Zeit unterstützen, damit dieses Szenario nicht eintritt. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alfred Tiefnig. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Tiefnig** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzter Besucher auf der Tribüne! Dieses Thema Bienen/Bienensterben beschäftigt uns jetzt schon fast das ganze Jahr 2013. Wenn man den Fragenkatalog unseres Kollegen Staudacher hernimmt, dann haben sich ja einige Fragen schon von selbst erledigt und einige Fragen sind einfach dezidiert unbeantwortbar, weil wir einfach keine Aufzeichnungen über solche Verkäufe von Neonicotinoiden haben. Ein Satz noch zum Kollegen Staudacher: Ich würde mir bei den Wortmeldungen ein bisschen mehr Sachlichkeit wünschen. Es ist nicht notwendig, dass man im ersten Satz gleich auf alle hinhaut und dann auf das eigentliche Thema zu sprechen kommt. Ich glaube, du wirst es auch noch lernen, aber das ist ein guter Ratschlag von mir als Bezirksfunktionär der SPÖ im Bezirk Spittal. Der Nationalrat hat ebenfalls diesen Beschluss bereits gefasst und auf Initiative der SPÖ und der Grünen hat es einige Sitzungen gegeben, wo 95 Prozent der geforderten Punkte dann auch umgesetzt worden

Tiefnig

sind. Das ist der Schritt in die richtige Richtung. Bei der Enquete über das Bienensterben haben wir ja sofort bemerkt, dass es Lobbyismus in allen Bereichen gibt, ob jetzt aus der Sicht der Landwirtschaft, aber auch aus der Sicht der Erwerbsimker, der Nebenerwerbsimker, und es gibt auch unterschiedliche Meinungen im universitären Bereich, wie man bei der Diskussion festgestellt hat. Weil immer wieder von Pflanzenschutzmitteln gesprochen wird: Ich habe das schon einmal hier im Landtag erwähnt, ich glaube, das sind „Pflanzengiftmittel“, denn es werden neun Pflanzen getötet, um eine zu erhalten. Das ist im Allgemeinen schlecht, weil jede Pflanze auch ihren Beitrag in der Ökokultur bei uns in Kärnten leistet. Es ist ja auch nachweisbar und als Beispiel ist auch schon die Steiermark erwähnt worden. Ich kann dem nicht folgen, was meine Vorredner gesagt haben. Die Steiermark ist nicht immer unser Vorbild. Man weiß, dass im letzten Winter gerade im Burgenland und in der Steiermark über 1.000 Bienenvölker nicht mehr anzutreffen waren. Die Neonicotinoide haben ja die besondere Eigenschaft, dass sie nicht das komplette Bienenvolk in einem töten, sondern dass die Bienen orientierungslos werden und nicht mehr in den Stock zurückkehren. Es ist nachweisbar, dass 1.000 Bienenvölker eben in diesem Bereich nicht mehr zurückgekommen sind, und wie man weiß, geht gerade in diesen Gebieten der Mais- und Rapsanbau vorstatten. Um die Honigproduktion dementsprechend zu forcieren, werden auch von Kärntner Imkern die Bienenstöcke dorthin gebracht, und da weiß man auch, dass sehr, sehr viele nicht mehr zurückgekommen sind. Im Großen und Ganzen muss man sagen, wir müssen hergehen und auf diesem Thema wirklich draufbleiben, und ich glaube, dieses Verbot der Pestizide, Neonicotinoide und aller möglichen Dinge hat eigentlich wieder die Wichtigkeit der Biene in den Vordergrund gestellt, und wir wissen alle, dass es ohne Biene kein Leben gibt. Daher sind wir alle gefordert, wirklich darauf zu achten, ob das in der Landwirtschaft ist, ob das in der Bienenzucht ist, dementsprechende flächendeckende Bestäubung stattfinden zu lassen. Wie gesagt, es ist auch schon angesprochen worden, wenn es um Giftmittel geht, sollten wir nicht nur von der Landwirtschaft sprechen, sondern auch von den Privatbereichen. Ich kenne dieses berühmte Giftmittel DDT noch, 10.000 Tonnen Neonicotinoide haben genau die gleiche Wirkung wie 70.000

Tonnen DDT, das in Europa verboten ist. Dementsprechend sind wir alle aufgefordert, auch als Konsumenten achtsam zu sein, um die Biene dementsprechend zu schützen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist noch einmal der Abgeordnete Staudacher von den Freiheitlichen. Bitte ans Rednerpult!

Abgeordneter **Staudacher** (F):

Danke für die Worterteilung, Herr Präsident! Ich würde schon gern noch einmal auf den Kollegen Wieser replizieren, denn den Einsatz dreier Insektengifte – Chlotianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam – hat die EU teilweise verboten. Diese drei Pestizide dürfen ab 1. Dezember 2013 zwei Jahre lang nicht bei Mais, Raps, Sonnenblume, Baumwolle, Sommergetreide und Kürbisanbau eingesetzt werden. Jedoch, bitte, sind 80 Prozent der heimischen Neonicotinoiden-Anwendungen vom EU-Verbot nicht erfasst worden, und in Österreich dürfen auf einer Fläche von rund 500.000 Hektar nach wie vor Neonicotinoide ausgebracht werden. Das zum Thema „Guten Morgen!“

Zum Kollegen Tiefnig, den ich sehr schätze, würde ich auch gern noch etwas sagen: Danke für deinen netten Ratschlag, den ich in Zukunft versuchen werde, zu befolgen, aber eines sage ich dir auch, ich werde dich dann dementsprechend beim Wort nehmen, wenn es darum geht, auf uns hinzuhalten! Danke schön! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als vorläufig letzte Rednerin ist die Frau Klubobfrau der Grünen Barbara Lesjak am Wort.

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen

Dr. Lesjak

und Zuhörer! Es ist schon alles gesagt worden, nur nicht von allen. Ich werde Ihnen deswegen die Argumente ersparen, die von unserer Seite schon mehrfach hier vorgetragen worden sind. Nur zur Wiederholung: Wir sind für ein Totalverbot von Neonicotinoiden. Und zur Information an den Kollegen von der FPÖ: Der Rolf Holub wird das in seinem Wirkungsbereich machen! Er hat einen kleinen Bereich, wo er das machen kann, wo er es verbieten kann und das werden wir so tun. Ich danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6:

6. Ldtgs.Zl. 210-3/31:

Mündliche Anfragebeantwortung von Erster Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Leyroutz betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG „Zielsteuerung-Gesundheit“

Nachdem die Frau Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin nicht anwesend ist, wird dieser Tagesordnungspunkt auf die nächste Landtags-sitzung fortgeschrieben. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7:

7. Ldtgs.Zl. 39-8/31:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Köfer zur Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend B 99 Katschberg Straße – Tunnellösung im Bereich der Lieserschlucht

Die schriftliche Beantwortung ist Ihnen allen zugegangen. Eine Wortmeldung liegt mir vor vom Klubobmann der ÖVP. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Zur Geschäftsbehandlung: Die Abgeordneten des ÖVP-Klubs im Kärntner Landtag begehren zu Tagesordnungspunkt 7 aufgrund der erfolgten schriftlichen Beantwortung in der folgenden Landtagssitzung gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages die Abhaltung einer mündlichen Debatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Für diesen Antrag ist eine einfache Mehrheit des Landtages erforderlich. *(Einwand von Schriftführer Dir. Mag. Weiß: Es ist gar keine erforderlich!)* Ach so, wir brauchen gar keine Abstimmung? Entschuldigung! Der Antrag ist gestellt, es wird also in der nächsten Sitzung die entsprechende Debatte dazu stattfinden. *(Abg. Dr. Lesjak: Wann? Jetzt aktuell?)* Jetzt aktuell! *(Der Vorsitzende berät sich mit Schriftführer Dir. Mag. Weiß.)* Bitte? *(KO Abg. Ing. Hueter: Okay, lassen wir das! In der nächsten Sitzung!)* In der nächsten Sitzung! *(Schriftführer Dir. Mag. Weiß: Nein, dann müssen wir darüber abstimmen lassen!)* Ja? *(Schriftführer Dir. Mag. Weiß: Bei Dringlichkeitsanfragen ist jetzt eine Debatte durchzuführen. – Der Vorsitzende berät sich erneut mit Schriftführer Dir. Mag. Weiß.)* Okay! Nach der Geschäftsordnung: Bei Dringlichkeitsanfragen ist eine Debatte sofort möglich bei entsprechender Abstimmung. Ich habe den Antrag vom ÖVP-Klubobmann auch so zu behandeln, da der Antrag auf mündliche Debatte gestellt wurde. Jetzt? *(Schriftführer Dir. Mag. Weiß: Jetzt!)* Gut, dann wird dieser Antrag korrigiert auf aktuell. Ich lasse über die Möglichkeit der Debatte abstimmen. Wer damit einverstanden ist, bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist, wenn ich es richtig sehe, die Einstimmigkeit im Landtag. Damit gibt es die Debatte. Ich bitte aber auch sofort um eine Wortmeldung, sonst muss ich diesen Tagesordnungspunkt wieder schließen! Zu Wort gemeldet zum Tagesordnungspunkt 7 ist der ÖVP-Klubobmann Hueter. Bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Hoher Landtag! Die Dringlichkeitsanfrage betreffend B 99 Katschbergstraße – Tunnellösung im Bereich der Lieserschlucht und Überprüfung der Kärntner Landestankstellen, das waren die beiden Anträge zu diesem gegenständlichen Tagesordnungspunkt „B 99 Katschbergstraße“. Weil das zuständige Regierungsmitglied jetzt da ist, werden wir natürlich diese Diskussion gleich führen. Ich glaube, niemandem wird das Thema Lieserschlucht besser bekannt sein als dem ehemaligen Bürgermeister von Spittal, jetzigem Landesrat. Das ist ja nicht irgendetwas, sondern das ist ja auch dauernd in den Medien. Gerade die Steinschläge in der letzten Zeit zeigen, dass das wirklich ein hochsicherheitstechnischer Bereich ist und angesichts der Anzahl der PKWs – es sind 12.000, an Spitzentagen bis zu 15.000 PKWs – die diese Lieserschlucht täglich durchfahren, jetzt im Sommer sind es sogar noch mehr, ist das sicher ein Gefahrenpotential, das nicht außer Acht zu lassen ist. Das ist einmal das Faktum. Es hat schon sehr viele Diskussionen auch betreffend den Radweg, der dort hineingeht, gegeben.

Vom ehemaligen Straßenbaureferenten hat es geheißt, das wird über die Lieser hinaus mit Ausbuchtungen gemacht, Kosten in Höhe von, glaube ich, zwischen 2 und 3 Millionen Euro. Auch da würde ich ganz gerne einmal den letzten Stand wissen. Das Hauptthema ist einfach die Sicherheit. Die Tunnellösung, die eigentlich schon seit dem Jahr 2004/2005 intensiv diskutiert wurde – da hat es sogar eine Initiative rund um Hermann Schweiger gegeben, ich glaube, das ist dir eh alles bekannt. Jetzt möchte ich ganz einfach einmal wissen, wie der letzte Stand ist, a) in der Realisierbarkeit, b) in der Finanzierung und – jetzt sind wir wieder beim gleichen Thema – c) ob diese Tunnellösung von deiner Seite aus überhaupt in Betracht gezogen wird oder ob es von dir ein gänzlich Nein gibt, das kommt nicht in Frage, weil wir das Geld nicht haben. Ich glaube, da brauchen wir wirklich eine ganz klare Antwort, deswegen ist diese Diskussion heute zu führen. Ich hoffe, dass wir gleich wie bei der B 100 hier in der Bezirkshauptstadt Spittal zu einer Lösung kommen, weil das Verkehrsproblem – und ich glaube, das ist heuer nicht ganz entgangen – in Spittal alles andere als

gelöst ist, deswegen glaube ich, könnte die Tunnellösung einmal der erste richtige und richtungsweisende Schritt in die richtige Richtung sein. Deshalb, lieber Herr Landesrat, erwarte ich mir von dir jetzt ein paar ganz neue, griffige Antworten, Auskünfte und vielleicht, wenn ich zufrieden bin, wirst du nichts mehr hören und sonst komme ich noch einmal. Danke!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der zuständige Landesrat Gerhard Köfer. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Landesrat **Köfer** (TS):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Klubobmann! Hohes Haus! Wie alles im Leben hat dieser Tunnel natürlich auch eine Historie. Ich erinnere mich als Bürgermeister, wie sich vor etwa zehn, zwölf Jahren der Herr Schweiger, ein sehr angesehener, ehrenwerter Bürger aus Seeboden medial gewünscht hat, zu seinem 60. Geburtstag einen Tunnel von Seeboden nach Spittal zu bekommen. Dieses Thema wurde damals milde belächelt. Man hat dann darüber philosophiert, diskutiert. Letztendlich war es dann aber immer wieder auch als Variante vorgesehen. In Wahrheit hat sich nie etwas in diese Richtung getan. Wir haben immer wieder das Problem gehabt, dass wir diese B 99 in einem geologisch sehr schwierigen Gebiet führen müssen. Da gebe ich dem Herrn Klubobmann natürlich Recht, das sind bis zu 15.000 PKWs. Das ist schon ein Tagesdurchschnittsverkehr, der weit über das normale Maß hinaus geht und fast unerträglich wird in einer schmalen Schlucht, die immer wieder durch Steinschlag gefährdet ist. Es hat sich dann aber im Laufe der letzten Monate gezeigt, dass die Maßnahmen, die in der Vergangenheit getätigt worden sind, nicht zielführend waren. Man hat letztendlich dann in der Nacht auch einen sehr großen Felsbrocken nahe eines Taxis gefunden. Es war ein Glück, dass nichts passiert ist. Wir haben uns also entschlossen, dieses Gefahrenpotential sehr rasch zu beseitigen. Wir haben – und das war am Samstag der Fall – die erste große Baumaßnahme mit € 600.000,-- bereits abgeschlossen. Wir haben diesen unruhigen

Köfer

Hang mit Stahlnetzen befestigen können. Das hat natürlich zu Beeinträchtigungen der Anrainer geführt. Dieser Anrainerverkehr, der sich speziell über den Fratres, das ist ein Berg in Spittal, abspielt, ist einer der großen Schwachpunkte, die wir haben. Letztendlich haben wir aber auch eine zweite wesentliche Entscheidung getroffen, dass es zur größten Sprengung in der Geschichte Kärntens kommen wird. Wir werden um 1,2 Millionen Euro den sogenannten Ertlfelsen, das ist ein neuralgischer Punkt in diesem Bereich, absprengen. Aber keine Angst, das ist jetzt nicht eine Sprengung, sondern das sind viele dutzende Sprengungen, die das schichtweise abtragen werden, sodass auch die Anrainer in diesem Bereich nicht gefährdet werden. Es werden da Seismographen aufgestellt, es werden Messungen durchgeführt, es wird vorher eine Bestandaufnahme geben müssen.

Letztendlich ist es aber so, dass dieser Tunnel immer wieder zum Thema geworden ist, meistens im Sommer, wenn die Gäste kommen, sodass diese Variante auch wirklich in den Köpfen der Bevölkerung verankert worden ist. Ich habe auch hier vor wenigen Wochen den Auftrag an die zuständige Fachabteilung gegeben, erstmalig überhaupt über diesen Tunnel ernsthaft nachzudenken, zu schauen, was kann so etwas überhaupt kosten. Bis dato haben sich Techniker, Hobby-Ingenieure, aber nicht wirklich Fachleute damit beschäftigt, sich mit einer Tunnelvariante anzufreunden. Ich muss gestehen, dass mich die Höhe beeindruckt hat. Dieser Tunnel allein ist ja nicht disloziert zu sehen, sondern wir müssen in diesem Bereich ja auch Anschlussstücke bauen. Wir brauchen einen Kreisverkehr, wir brauchen eine Brücke, Straßenanbindungen, sodass wir letztendlich auf in etwa 40 Millionen Euro wiederum sitzen bleiben. Das ist eine Größenordnung, die momentan nicht vorstellbar ist, auch finanziell nicht darstellbar ist. Wenn wir das wollen, in Wahrheit schaffen wir hier herinnen alles, wir müssen es nur gemeinsam wollen. Unser Beitrag, das sage ich immer wieder, wird sein, dass wir es planen, bauen, bei der Diskussion sind wir dabei. Wir wollen bauen, wir wollen es umsetzen, (*Abg. Ing. Hueter: Tu es!*) was uns fehlt, ist das Geld. Ich habe das heute bei der B 100 gehört, ja, der Köfer muss dafür sorgen, dass das Geld dafür da ist. Das allein wird nicht gehen, weil mein Bemühen allein ist zu wenig. Ich kann die Frau Finanzministerin anrufen, ich

kann ihr Blumen schicken, aber es wird sich an der Situation nichts ändern. (*Abg. Ing. Hueter: Probiere es einmal!*) Warte einmal, ich habe schon eine Bonboniere, ein Merci habe ich ihr geschickt. Das allein wird es aber nicht sein. Das heißt, wenn man etwas will – das ist jetzt nicht ein Gasthaus oder ein Restaurant, wo man etwas bestellt und wo man sagt, der zuständige Referent hat das jetzt umgesetzt, weil wir das wollen. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Nein, das geht sich nicht aus! (*Heiterkeit und Lärm im Hause.*) Das heißt, mein Appell wird immer wieder der gleiche sein. Ich helfe mit, meine Abteilung, unser Referat steht zur Verfügung, ob das die B 100 ist, ob es der Tunnel ist oder sonstige Varianten, in welcher Gemeinde in Kärnten auch immer, bitte schön, da seid ihr gefordert, dass ihr auch bei der Finanzreferentin vorstellig werdet, gemeinsam mit mir von mir aus, dass wir dorthin gehen, wenn es möglich ist. Letztendlich wird es an uns nicht scheitern! (*Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG des BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Es liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt 7 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8:

8. Ldtgs.Zl. 34-5/31:**Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Köfer zur Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Überprüfung der Kärntner Landestankstellen**

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Markus Malle. Ich erteile ihm das Wort und verweise auf fünf Minuten Redezeitbeschränkung!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landesrat! Danke vielmals, dass Sie da geblieben sind! Für mich sind die Betriebstankstellen des Landes Kärnten eine unendliche Geschichte, weil man natürlich schon alleine aus dem Schriftverkehr

Mag. Malle

auch von Ihrer Abteilung und von Ihrem Büro mitbekommt, dass sich die Wahrheiten anscheinend in relativ kurzer Zeit ändern können. Ich habe hier einen Bericht für den Herrn Straßenbaureferenten Gerhard Köfer vom 15. Mai 2013, der im Rahmen der Sitzung von Ihnen an den Klubobmann Ferdi Hueter übergeben worden ist, wo leider andere Zahlen aufscheinen als im Vortrag für die Landesregierung, wo wiederum andere Zahlen aufscheinen als in der Beantwortung, die wir im Landtag gestellt haben. Jetzt tue ich mir langsam ein bisschen schwer nachzuvollziehen, was jetzt davon stimmt oder nicht stimmt. Für mich ist aber spannend, dass natürlich gerade in der Beantwortung an den Landtag drinnen steht, dass die Einstellung von Reservetankwarten vom Minus abzuziehen ist. Jetzt wäre meine Frage, Herr Landesrat, inwieweit die Einstellung von Reservetankwarten abzuziehen ist von dem Minus, weil die Reservetankwarte natürlich etwas gekostet haben und der Kostenwahrheit entsprechend dürfen die natürlich nicht abgezogen werden. Aber man versucht halt hier auch, mit dem Bericht zu beschönigen. Die zweite Frage an Sie, Herr Landesrat, wäre: In der Anfragebeantwortung ist es ja so gewesen, dass es zu einer verspäteten Beantwortung der Anfrage gekommen ist, weil die zuständige Abteilung die Anfrage angeblich erst am 18. Juni 2013 von Ihrem Büro aus bekommen hat. Jetzt wäre meine Frage: Wie lange ist denn die Anfrage in Ihrem Büro gelegen, wenn die bereits Mitte Mai vom Landtagsamt weggegangen ist? Ist das bei Ihnen dann dreieinhalb oder vier Wochen in Ihrem Büro liegen geblieben oder war Ihnen die Anfrage des Landtages einfach nicht wichtig genug? Nächste Frage ist, dass in dem Gutachten, das Sie jetzt übermittelt haben, drinnen steht, dass der temperaturbezogene Schwund eigentlich keine Rolle spielt, also die Fehlmenge eigentlich nicht auf den temperaturbezogenen Schwund bezogen sein kann und wenn, maximal mit 0,2 Prozent, im Vortrag an die Landesregierung allerdings von einem Schwund und auch vorne, also im selben Schriftstück vorne von einem Schwund von 0,39 Prozent, also das Doppelte, ausgegangen worden ist innerhalb desselben Berichtes. Es steht auch drinnen, dass der Gutachter weder Fehllieferungen überprüft hat noch Fehlbuchungen, sondern der Gutachter sich nur angeschaut hat, wie die baulichen Gegebenheiten vor Ort sind. Und das ist für mich natürlich ganz spannend, wenn man sich die Schlussfolge-

rungen anschaut vom Gutachter, dann zählt der eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn Punkte auf, die eigentlich in den Kosten nicht richtig ausgewiesen sind einer Kostenwahrheit zufolge, weil die Betankung auch der Fahrzeuge des Landesdienstes, übrigens auch in einem Bericht mit 10 Prozent, im anderen Bericht mit 8 Prozent, an einzelnen Tankstellen dann nur noch mit 7 Prozent ausgewiesen ist. Also da wird mit Prozentsätzen und Zahlen herumjongliert, wie es einem gerade passt. Meine Frage an Sie: Warum werden diese Kosten nicht zugezählt, um eine Kostenwahrheit zu erreichen? Und schlussendlich, und das wäre mir natürlich besonders wichtig, wir haben Sie in unserer Anfrage gefragt, wie wir denn weiter machen mit den Landestankstellen. Dass das der Herr Bidmon damit beantwortet, dass das eine politische Frage ist, das verstehe ich schon. Aber, Herr Landesrat, Sie als zuständiger Referent: Werden wir mit den Landestankstellen weiter machen? Wird der Kostenaufschlag endlich so sein, dass er der Kostenwahrheit entspricht oder sperren wir die Landestankstellen zu? Danke vielmals! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Nochmals auch zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Köfer. Bitte ihn, zu sprechen!

Landesrat **Köfer** (TS):

Herr Präsident! Herr Kollege Malle! Auch wenn man es möchte, wird es nicht zum Skandal. Ich wäre ursprünglich viel lieber derjenige gewesen, der irgendetwas aufgedeckt hätte und wo ich dann gesagt hätte, das war eine tolle Geschichte, das hat mein Referat gemacht. Letztendlich bin ich auch etwas enttäuscht so wie du, dass es doch nicht so schlimm war, wie wir uns das alle vorgestellt haben und wie es vielleicht mancher gehofft hätte. Fakt ist, mir geht es darum, es gibt in Wahrheit nur immer eine Wahrheit. Drei Wahrheiten vorzulegen, da gebe ich schon recht, es war der erste Bericht unterschiedlich gegenüber dem zweiten. Aber ich gehe jetzt einmal davon aus, wenn sich ein externer Sachverständiger damit beschäftigt, dass der zumindest die

Köfer

Wahrheit auf den Tisch legt. Ich selber kann das nicht beurteilen, aber ich vertraue all jenen, die irgendwie einen Bundesadler auf ihrem Briefpapier tragen. Ich will da gar nichts polemisieren. Es gibt von meiner Seite auch nichts zu beschönigen. Mir sind die Tankstellen „jetzt nicht so dramatisch ans Herz gewachsen“, dass ich sie unbedingt erhalten oder zusperren muss. Das ist überhaupt nicht das Thema. Vielleicht nehme ich die letzte Frage vorweg. Wie wir damit weiter umgehen, sollte doch ein politisches Thema sein. Das sollte vielleicht doch der Landtag mit einer Mehrheit tragen. Es hat ja keinen Sinn, wenn da irgendeine kleinere Gruppierung sie unbedingt aufrechterhalten will und die Größeren sagen nein oder vice versa. Das ist eine Entscheidung, da sollten sich die Klubobleute zusammensetzen. Ich bin gerne bereit, diesen Rat des Landtages auch anzunehmen. Ich maße mir gar nicht an, allein zu entscheiden, das machen wir zu oder auf.

Es gibt de facto drei Schwachstellen bei diesen Tankstellen, das sind Lieserhofen, Zauchen und St. Veit. Das sind in Wahrheit diejenigen, die den Abgang auch produzieren. Die anderen zehn laufen alle positiv, das muss man ja auch einmal dazu sagen. Das ist eine philosophische Frage: Brauchen wir sie oder brauchen wir sie nicht? Wollen sie die Pendler? Wollen sie sie nicht? Ich habe da zwei Herzen in meiner Brust. Ich habe sie selber angeschaut. Letztendlich muss ich schon sagen: Natürlich gibt es diesen Tanktourismus. Natürlich gibt es bei manchen Tankstellen Leute, die meines Erachtens nicht berechtigt wären, dort zu tanken. Sie tun es aber. Sie verbrauchen auch Steuergeld. Die ÖVP hat natürlich „ein berechtigtes Interesse“, zuzusperren. Die FPÖ sagt, nein, das ist ein probates Mittel, das hat sich im Laufe der Zeit in der Bevölkerung beliebt gemacht. Ich verstehe beide Argumente. Letztendlich müssen wir eine Entscheidung treffen, die wird auch fallen. Bis dorthin schaut die Sache aber so aus.

Ich möchte auch auf die Frage eingehen, weil sonst ist die Zeit vorbei, warum es bei uns so lange gelegen ist. Die Wahrheit ist eine andere, es ist in Wahrheit einen einzigen Tag bei uns im Büro gelegen. Die Anfrage geht jetzt nicht von da an unser Büro, sondern die Anfrage geht direkt an die Landesamtsdirektion. Von der Landesamtsdirektion ist ganz klar zu erfahren, dass dieses Schreiben bei uns in der Abteilung voll-

kommen verspätet eingetroffen ist. Das ist nachvollziehbar. Wir haben dann noch die Landesamtsdirektion aufgefordert, diesen Umstand fristgerecht usw. und dann hat man in unserem Büro um eine Fristerstreckung bis 8. Juli ersucht. Das ist passiert, das tut mir leid, aber bei uns ist es in Wahrheit genau einen einzigen Tag gelegen. Es hat dann diese interne Revision gegeben, es wurden auch diese von dir angesprochenen beiden Jahre 2006 und 2011 – das könnte ich jetzt alles vorlesen, aber das dauert ein bisschen länger. *(Zuruf aus der SPÖ-Fraktion: Das dauert nur ein paar Minuten!)* Nein, das will ich nicht! Ich werde vielleicht noch eine aktuelle Zahl sagen, der Umsatz im ersten Halbjahr 2013 liegt bei 4,1 Millionen Euro und es gibt derzeit einen Überschuss von ca. € 27.000,--. Das heißt, man hat sich sehr wohl den Gegebenheiten angepasst, man hat diese Fehler, die kritisiert worden sind, auch versucht, für die Zukunft zu vermeiden. Im Moment läuft es positiv.

Warum Hilfskräfte dazugezählt werden oder nicht abgezogen werden dürfen? Das heißt de facto, die wirklichen Kostentreiber in dieser Sache waren Leasingkräfte, die man beschäftigen musste, was ich auch nicht ganz verstehe. Man hätte vielleicht aus dem eigenen Bereich der Mitarbeiter besetzen können, hat man aber nicht. Wir haben jetzt einen Sparkurs verordnet, der momentan positiv läuft und über die Schließung werden wir vielleicht gemeinsam diskutieren. *(Beifall von der TS-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die entsprechende Antwort! Es ist nochmals zu Wort gemeldet der Abgeordnete Mag. Markus Malle. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Herr Landesrat, danke vielmals für die Aufklärungen! Ich finde es spannend, wir werden natürlich nachforschen müssen, wieso das dann quasi 3 Wochen in der Landesamtsdirektion gelegen ist. Vielleicht könnte der Stellvertretende Landesamtsdirektor Markus Matschek, der heute da ist, dem Ganzen noch einmal nachgehen. Das wäre ganz super! Ich würde nur zwei Dinge bitte noch gern sagen wollen. Das Eine ist

Mag. Malle

die Aussage, zehn laufen positiv, nur drei laufen negativ. Das stimmt nicht, denn wenn man die Kosten, die der Gutachter jetzt auch aufbringt, einrechnet, dann läuft keine einzige dieser 13 Landestankstellen positiv. Und zur zweiten Geschichte: Ich finde es ganz super, dass die Entscheidung über die Schließung der Landestankstellen von uns getroffen werden soll! Ich bin da gerne bereit, deine Funktion als Landesrat zu übernehmen und dann diese Entscheidung zu treffen! Ich muss nur juristisch leider sagen, es gibt hier eine klare Trennung zwischen Exekutive und Legislative, und es liegt nicht in der Kompetenz dieses Hauses, darüber zu entscheiden, ob wir die Landestankstellen zusperren oder nicht. Also ich glaube schon, dass du hier als Politiker gefordert bist, dahingehend, das selbst zu entscheiden, aber ich setze mich gerne mit dir zusammen, damit wir gemeinsam einmal darüber reden und ich dir gerne meine Argumente bringen kann. Danke vielmals! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt *(LR Köfer erhebt Einspruch.)* – ich habe keine Wortmeldung hier! *(LR Köfer: Nur ganz kurz!)* Gut! Bitte Wortmeldungen schriftlich abzugeben, *(TS-Klubdirektor Markut überreicht dem Vorsitzenden die Wortmeldung.)* Herr Landesrat!

Landesrat **Köfer** (TS):

Ganz kurz! Ich glaube, wenn wir vom neuen Stil reden, dann wäre es auch Teil des neuen Stils, dass nicht einer da sitzt und allein entscheidet, sondern es war mein Angebot, mit dem Landtag zu diskutieren. Wenn das nicht gewünscht ist, dann gibt es eine Entscheidung. An Entscheidungsstärke wird es da nicht fehlen, aber ich glaube, es ist eine gute Geschichte, dass man sich vielleicht auch in anderen Bereichen mit den Regierungsmitgliedern auseinandersetzt. Dann gibt es halt eine Meinung, die kann unterschiedlich sein, letztendlich muss eh ich den Kopf hinhalten. Das mache ich auch sehr gerne, aber das nicht falsch verstehen. Wenn es nicht gewünscht ist, dann würde ich dieses Angebot natürlich auch zurückziehen und letztendlich gibt es dann eine Entscheidung. Gerade euch wollte ich damit helfen!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gut! Damit war die Wortmeldung noch möglich und getätigt. Wir haben im Rahmen der Aktuellen Stunde und der vorliegenden Tagesordnung insgesamt 37 Debattenbeiträge absolviert. Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir kommen nun zur Mitteilung des Einlaufes. Ich darf den Herrn Landtagsdirektor bitten, die entsprechenden Dringlichkeitsanträge zu verlesen!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

A) Dringlichkeitsanträge:

Ldtgs.Zl. 64-17/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs, des TS-Klubs und der IG BZÖ betreffend illegale Parteien- und Wahlkampfkostenfinanzierung in Kärnten durch die ÖVP mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die Finanzabteilung des Landes Kärnten zu beauftragen, umgehend einen Bescheid zu erlassen, dass die ÖVP Kärnten die Wahlkampfobergrenze überschritten und der ÖVP-Landtagsklub Teile der ÖVP-Wahlwerbung finanziert hat, was eine unzulässige Spende nach dem Bundes-Parteiengesetz 2012 darstellt. Zudem wird der Bundesrechnungshof aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass gemäß den Bestimmungen des § 10 des Bundes-Parteiengesetzes 2012 vom ÖVP-Landtagsklub in Kärnten die im Zuge des Wahlkampfes unrechtmäßig und zweckwidrig

Mag. Weiß

geleisteten Gelder entsprechend den Bestimmungen des Parteienförderungsgesetzes dem Land Kärnten zurückgeführt werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Wir haben zur Begründung der Dringlichkeit eine Wortmeldung, und zwar von den antragstellenden Fraktionen, vom Klubobmann Prasch. Bitte ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer! Das Team Stronach hat alle Belege und Rechnungen, die im Zusammenhang mit der Landtagswahl 2013 gestanden sind, offen, öffentlich und einsichtig für alle Bürger dargelegt. Wir haben in bestimmten Bereichen leider noch nicht die Ressourcen, die andere Parteien haben, wie einen Klub, Vorfeldorganisationen oder Ähnliches, über die man dann Querfinanzierungen machen kann. Die ÖVP behauptet aber bis heute, nicht einmal die Hälfte der Ausgaben des Teams Stronach für ihren Wahlkampf verwendet zu haben. Und das bei einer sichtbar stärkeren Präsenz, was vor allem das Inserataufkommen betrifft. Es ist zweifellos so, dass über den ÖVP-Klub Inserate geschaltet worden sind. Und lieber Herr Klubobmann Hueter, ich darf nur eines – weil es eines von Ihnen ist – aus der „Kärntner Woche“ vom 20. Februar dieses Jahres beispielhaft hervorziehen, *(Der Redner hält die Seite hoch.)* auf dem klar das Klublogo ersichtlich ist und das eine deutliche Wahlaufforderung beinhaltet. Dieses Inserat entspricht demnach nicht im Geringsten den Anforderungen von Öffentlichkeitsarbeit des Landtagsklubs, sondern ist Wahlwerbung und diese ist mit Klubmitteln verboten. Daher fordern wir, dass der ÖVP ein Bescheid ausgestellt wird, der klarmacht, dass die Wahlpartei die Wahlkampfkostenobergrenze überschritten hat. Die ganze Sache ist deshalb dringlich zu sehen, da die ÖVP ansonsten einen Bescheid erhalten könnte, dass die Kostenlimits eingehalten und die zusätzlich finanzierten Dinge nicht enthalten sind. Nachdem festgestellt wurde, dass die ÖVP im laufenden Wahlkampf zur Landtagswahl eine große Anzahl von Werbeeinschaltungen durch den ÖVP-Klub abgewi-

ckelt hat, was im Sinne des Parteiengesetzes ausdrücklich unzulässig und rechtswidrig ist, streitet die ÖVP noch immer ab, die Wahlkampfkostenbegrenzung überschritten zu haben. Die gesetzlichen Bestimmungen aber sind eindeutig. Der § 6 Abs. 6 des Parteiengesetzes 2012 verbietet den politischen Parteien, Spenden von parlamentarischen Klubs anzunehmen, wobei als Spende nach § 2 jede Zahlung, Sachleistung oder lebende Subvention, die ohne entsprechende Gegenleistung gewährt wird, gilt. In Absatz 7 heißt es, dass unzulässige Spenden von der Partei unverzüglich, spätestens aber mit Einreichung des Rechenschaftsberichtes für das betreffende Jahr an den Rechnungshof weiterzuleiten sind. Auch auf Bundesebene sind die Bestimmungen des Parteiengesetzes so definiert, dass politische Parteien keine Spenden von parlamentarischen Klubs annehmen dürfen. Aufgrund dieser Vorgehensweise der ÖVP besteht der Verdacht, dass der Tatbestand des versuchten schweren Betrugs vorliegt, zumal der Verdacht auf Fördermissbrauch und zweckwidrige Verwendung von Klubmitteln vorliegt. Gesetze wie die Kostenbeschränkung im Wahlkampf bereits mit dem Vorsatz zu beschließen, sie zu umgehen, ist von unserer Seite noch einmal scharf zu verurteilen und aus diesem Grund fordern wir dringend, die unrechtmäßig und zweckwidrig geleisteten Beiträge entsprechend den Bestimmungen des Parteienförderungsgesetzes dem Land Kärnten zurückzuführen und erwarten uns eine einstimmige Annahme der Dringlichkeit. *(Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und dem BZÖ.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zur Begründung der Dringlichkeit ist der Abgeordnete der SPÖ, Günter Leikam, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause vor den Internetgeräten! Zu diesem Dringlichkeitsantrag ist vielleicht allgemein am Beginn festzustellen, dass es sich bei dieser Materie um zwei unterschiedliche Gesetze handelt. Zum einen um das Kärntner Parteienförderungsgesetz,

Leikam

das die Parteien betrifft, und zum anderen um das Klubfinanzierungsgesetz, das die Landtagsklubs betrifft. Und sowohl die jeweilige Partei als auch der jeweilige Landtagsklub, egal um welchen es sich jetzt handelt, haben eine eigene Rechtspersönlichkeit, haben aber auch eigene Rechnungskreise. Die Parteien sind ein Paar Schuhe, die Landtagsklubs sind das zweite Paar Schuhe. Man darf also hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, wie der Eindruck seitens der drei antragstellenden Parteien erweckt werden soll. Als Klubobmänner sollte man eigentlich darüber Bescheid wissen, was das Parteiengesetz ist und was das Klubfinanzierungsgesetz ist. In beiden Gesetzen ist in § 1 ganz klar festgeschrieben, dass mit diesen Fördermitteln auch Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden darf, sowohl als Partei als auch als Landtagsklub. Daher ist einmal eines zurückzuweisen, dass hier etwas Illegales passiert, weil der Antrag ja lautet „Illegale Parteien- und Wahlkampfkostenfinanzierung“. Das ist zurückzuweisen! Und ich darf auch auf zwei Kommentare zu diesem Parteiengesetz 2012 verweisen, zu den Kommentaren Eisner/Kogler/Ulrich „Recht der politischen Parteien“ und zum Kommentar von Suppan/Pultar „Praxishandbuch Parteiengesetz“. Aus diesen Kommentaren zu diesem Parteiengesetz 2012, meine Damen und Herren, geht ganz eindeutig hervor, dass Ausgaben für Wahlwerbemittel, deren Eigentümer, deren Besteller, deren Auftraggeber und deren Herausgeber oder Verteiler keine politische Partei ist – und der Landtagsklub ist keine politische Partei – den Wahlwerbungsausgaben der politischen Parteien bzw. der Wahlpartei nicht zuzurechnen sind. Zusammenfassend kann man zu diesem Dringlichkeitsantrag sagen, laut dem Gesetz handelt es sich, wenn Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit über die Landtagsklubs aufgewendet werden, um keine illegale Parteienfinanzierung, das habe ich bereits aus diesen Kommentaren zitiert. Wenn man aber Änderungen im Gesetz vornehmen will, dann kann man natürlich darüber diskutieren. Das werden wir nicht in der Dringlichkeit hier machen, sondern das wird man ausführlich diskutieren müssen, wenn es Änderungen in diesem Gesetz gibt. Wir sollten das im zuständigen Ausschuss behandeln, daher wird die Sozialdemokratie die Dringlichkeit ablehnen und der Dringlichkeit keine Zustimmung geben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zur Begründung der Dringlichkeit ist der Klubobmann der ÖVP Ferdinand Hueter zu Wort gemeldet. Bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Mein Vordränger hat das jetzt sehr deutlich ausgeführt. Das ist hier ganz bewusst – und das ist wieder so eine Sache Opfer/Täter – in Richtung Kriminalisierung gegangen, es sind eh alle die Gleichen, es ist alles gleich schlecht gemacht worden. Im Klubfinanzierungsgesetz stehen eindeutig die Öffentlichkeitsarbeit und die Öffentlichkeitsarbeit für die Klubmitglieder drinnen. Anders wäre es, wenn wir zum Beispiel für irgendeinen Landesrat oder sonst wen etwas gemacht hätten, nicht aber für uns selber. Lieber Herr Rechtsanwalt, das müsstest du eigentlich wissen, ich will dir jetzt nichts unterstellen, aber *(Abg. Mag. Leyrouz: Ich werde dir dann gleich replizieren!)* zum Kriminalisieren bist du scheinbar noch gut genug. Und das ist mehr als traurig! Das ist die Wahrheit, denn sonst stelle ich solche Anträge nicht. Prasch, du bist auch der Gleiche, muss ich leider sagen. So etwas unterschreibe ich nicht, das müsstest du eigentlich wissen von deiner parlamentarischen Tätigkeit als Stadtrat. Ich weiß nicht, hast du da entweder gefehlt oder bist du woanders gewesen, denn sonst müsstest du das wissen. Und als Klubobmann unterstelle ich dir das wirklich, da hast hier ganz bewusst unter die Gürtellinie gegriffen, damit man wieder gewisse Dinge quasi pauschalieren kann, die sind eh alle gleich und schlecht und grausig. Und das ist abzulehnen! Das ist genau das gleiche Instrument, so wie es heute Vormittag in der Aktuellen Stunde passiert ist. Deshalb, meine lieben Kollegen der Opposition: Hier handelt es sich um keinen parlamentarischen Antrag im Sinne der Geschäftsordnung, sondern um einen unakzeptablen Kriminalisierungsversuch einer Einzelperson. Und das ist das, was ich euch unterstelle! Das ist Schwarz auf Weiß da und ich würde bitten, das auch zu Hause einmal zu recherchieren und das, was der Karl da den Kollegen gesagt hat, einmal genau durchzuschauen! Nicht einfach, schießen wir hinaus, schauen wir einmal, was passiert, damit wir alles ein bisschen

Ing. Hueter

neutralisieren. Das ist zu wenig! Und deshalb sind wir ganz entschieden dagegen, diese Sache sogar noch als dringlichen Antrag zu bringen. Ganz im Gegenteil, das sollten wir jetzt wirklich in der Tiefe diskutieren, damit auch ihr in Zukunft wisst, wo es langgeht. Ihr braucht scheinbar ein bisschen länger, damit ihr auch einmal wisst, um was es überhaupt geht. Deshalb wird dieser Antrag von uns ganz entschieden abgelehnt! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Klubobmann! Die Geschäftsordnung wurde bei der Einbringung der entsprechenden Dringlichkeitsanträge eingehalten, das möchte ich feststellen. Das ist nicht ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung. Man kann allerdings natürlich – und dazu gibt es dann die Begründung – auch unterschiedliche Standpunkte vertreten. Ich möchte nur der Korrektheit halber feststellen, dass der Antrag geschäftsordnungskonform eingebracht wurde. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann der Freiheitlichen, Mag. Leyroutz.

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Lieber Kollege Hueter! Ich verstehe schon, dass du ein bisschen emotional aufgebracht bist, *(Zwischenruf von Abg. Ing. Hueter.)* aber ich darf dich doch ersuchen, dementsprechend unemotional an die Angelegenheit heranzugehen. Denn ich nehme die Sachen nicht persönlich und ich ersuche dich, das auch so zu nehmen. Das Problem an der Angelegenheit ist, du liegst leider in deiner rechtlichen Beurteilung falsch. Es gibt eine ganz eindeutige Judikatur des Verfassungsgerichtshofes zur Periodenbezogenheit eines Landtagsklubs. Es gibt ganz klare Gutachten, die auch davon sprechen, dass eben die Wahl und Wahlwerbung für die Zusammensetzung des zukünftigen Klubs in der künftigen Legislaturperiode eben nicht der Öffentlichkeitsarbeit eines Landtagsklubs entspricht. Das ist einfach so! Daher ist auch diese Art der Wahlwerbung für die künftige Zusammensetzung unzulässig. Das wird auch dementsprechend genauso festzustellen sein.

Um jetzt noch einmal auf die Debatte in der Aktuellen Stunde hinzukommen: Es ist ein Gesetz beschlossen worden, das vom Präsidenten Lobnig als Huschpfusch-Gesetz bezeichnet wurde. Das Schöne ist ja, und ich habe das ja selbst miterlebt, dass das Parteienförderungsgesetz schon einmal zu Lasten der FPÖ geändert wurde und damals ist es aufgehoben worden. Das Schöne ist ja, dass es einen Stufenbau der Rechtsordnung gibt, wo es einmal ganz oben die Verfassung gibt mit einem Bundesverfassungsgesetz, dann das Bundesparteiengesetz 2012, das genau diesen Rang einnimmt, nämlich den Verfassungsrang. Dann gibt es ein paar einfache Landesgesetze und ein paar ganz grundsätzliche Bestimmungen. Zu den grundsätzlichen Bestimmungen zählt halt auch die Gleichheit vor dem Gesetz, der Gleichheitsgrundsatz. Aber man muss jetzt nur einmal den Fall hernehmen: Wenn eine Partei noch nicht bekannt ist und das erste Mal zu einer Wahl antritt – und da wird jeder Werbeexperte recht geben – es besteht bei einem Betrag von € 500.000,-- nicht die Möglichkeit, diese Partei, diese Kandidaten, diese Bewegung gleich bekannt zu machen wie die etablierten Parteien – Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz. Dann wird mitten in einer Legislaturperiode während des Wahlkampfes ein Gesetz geändert, rückwirkend sozusagen, und da wird in den Vertrauensschutz eingegriffen. Das sind dann zwei Punkte, weswegen dieses Gesetz verfassungswidrig ist. Es besteht halt nur die Möglichkeit, dieses Gesetz zu Fall zu bringen, indem man eine Bescheidbeschwerde erhebt, weil dieses Gesetz noch nicht unmittelbare Betroffenheit und eine Beschwerde auslöst. Deswegen, ich habe nicht unbedingt das große Problem, wenn ein ablehnender Bescheid kommt, aber wir werden das Gesetz zu Fall bringen und das wird auch aufgehoben werden. Nur ihr, die Kollegen von der SPÖ und von der ÖVP, habt ein Problem, ihr werdet es nämlich nicht anfechten können, weil ihr habt es ja beschlossen. Das ist die negative Thematik. *(Zwischenruf von Abg. Seiser.)* Und zur Dringlichkeit: Es ist einfach so, das, was da passiert ist, ist halt leider einfach Wahlwerbung und nicht Öffentlichkeitsarbeit. Das ist Wahlwerbung für die zukünftige Zusammensetzung. *(Der Redner hält ein Plakat in die Höhe.)* Meine Herren, ich glaube, wenn man ganz ehrlich ist, ihr habt den Wählern verkauft, dass ihr die Wahlkampfkosten beschränken wolltet. Der Sinn und Zweck des Gesetzes war,

Mag. Leyroutz

glaube ich, nicht über den Landtagsklub zu finanzieren. (*Abg. Seiser: Wenn es erlaubt ist!*) Das kann wohl nicht sein, daher werden wir auch dieser Dringlichkeit unsere Zustimmung erteilen. (*Einwand von Abg. Seiser. – Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG des BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weitere Rednerin zur Begründung der Dringlichkeit ist die Frau Abgeordnete Klubobfrau Dr. Barbara Lesjak am Wort, bitte!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Einer meiner Vorredner, der Klubobmann des Teams Stronach, hat hier gefordert, alles offen zu legen, schwere Vorwürfe erhoben, schwerer Betrug sei das und das von einer Partei, die sich nicht an Gesetze hält. Das ist lächerlich! Diese Argumentation ist lächerlich! Das nehme ich gar nicht ernst. Sie haben ein Gesetz nicht eingehalten, (*Abg. Mag. Leyroutz: Ein verfassungswidriges Gesetz!*) viel zu viel ausgegeben für den Wahlkampf und dann sagen Sie, Sie hätten das offen gelegt! Ja, irgendwo eine Zahl hineinschreiben, das kann bald wer. Wo kommt das Geld her? Wo hat der Herr Stronach das Geld hergekriegt? Wie hat er das verdient? (*Heiterkeit in der TS-Fraktion.*) Ist ihm das geschenkt worden? Hat er das gestohlen? (*Abg. Mag. Leyroutz: Vorsicht! Herr Präsident! – 3. Präs. Lobnig: Herr Präsident! Das geht nicht!*) Hat ihm jemand einen Koffer gebracht? (*Es herrscht starke Unruhe im Hause.*) Ich werfe Fragen auf, das ist legitim. Ich werfe Fragen auf, die berechtigt sind und die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes fragen diese Fragen auch. Wo kommt das Geld her? Wir haben im Sinne der Transparenz in der Offenlegung – natürlich sagen wir dazu, das ist Steuer-geld. Das ist etwas, was die Steuerzahlerin, der Steuerzahler den Parteien gibt. (*3. Präs. Lobnig: Unerhört!*) Es wird ja wohl erlaubt sein, ein paar kritische Fragen aufzuwerfen! Ich wiederhole: Woher hat der Herr Stronach das Geld? (*Abg. Dr. Prasch: Verdient! Versteuert!*) Hat er das selber verdient? Hat er das irgendwo hergekriegt? Hat er das geschenkt bekommen? Hat ihm das jemand mit einem Koffer vorbeige-

bracht? Ist ihm das auf ein Bankkonto überwiesen worden? Das sind Fragen, die sind offen. Die haben Sie nicht beantwortet. Dann wollen Sie da herausstehen und mit dem Finger auf die anderen zeigen und sagen, die haben die Wahlkampf-kosten überzogen. (*Abg. Dr. Prasch: Das ist der Gipfel!*) Tatsache ist, dass in diesem Dringlichkeitsantrag Spekulationen angestellt werden. Das sind reine Spekulationen, dass SPÖ und ÖVP die Wahlkampf-kostengrenze überschritten hätten, weil wenn Sie einen Juristen hätten, Team Stronach, würden Sie das wissen. Das Gesetz regelt das nicht, Herr Kollege Leyroutz. Das Gesetz gibt keinen Aufschluss darüber, ob Ausgaben von Dritten, Klubs, IG usw., ob das zu den € 590.000,- dazu gerechnet wird oder nicht. Das haben wir noch nicht ausjudiziert. Das Gesetz gibt keinen Aufschluss. (*Abg. Mag. Leyroutz: Was war euer Zweck?*) Wenn das eine Lücke ist, muss das präzisiert werden, selbstverständlich, dann muss es präzisiert werden. (*3. Präs. Lobnig: Und schnell! Husch-Pfusch!*) Die Frage ist eindeutig: Darf ein Klub die Wahlkampf-kosten für die eigenen Klubmit-glieder übernehmen? Ja, laut Klubförderungsgesetz darf das der Klub. Weil das zur Erfüllung der parlamentarischen Aufgaben gehört, dass man Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation und so weiter macht für die eigenen Klubmitglieder. Die andere Frage ist: Darf ich für klubfremde Mitglieder, zum Beispiel für eine Landesrat, wenn er nicht Klubmitglied ist, darf ich da dann Wahlwerbung betreiben? (*3. Präs. Lobnig: Reiseswahlwerbung! – Abg. Mag. Leyroutz, ein SPÖ-Plakat in die Höhe haltend: Ist das erlaubt?*) Da würde ich sagen, da sagt das Gesetz nein. Da sagt es nein. Das ist ein rein populistischer Antrag und wir werden der Dringlichkeit selbstverständlich nicht unsere Zustimmung geben, weil auch das Gerede vorher teilweise ja unerträglich war. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Klubobfrau Lesjak! Die Fragen waren korrekt. Die Frage, ob das Geld gestohlen ist, da würde ich bitten, in der Form nicht gestellt zu haben, denn das ist eine Unterstellung, (*Abg. Dr. Lesjak: Das ist keine Unterstellung! Das ist eine Frage!*) die an und für sich im Landtag keinen Platz hat. Ich möchte das so anmerken.

Ing. Rohr

Damit sind alle Wortmeldungen zum 1. besprochenen Dringlichkeitsantrag erledigt. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der Freiheitlichen, des Teams Stronach und des BZÖ nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Der Antrag wird dem Rechts- und Verfassungsausschuss zugewiesen. Wir kommen nun zum weiteren Einlauf, ein weiterer Dringlichkeitsantrag. Ich bitte um entsprechende Verlesung!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

**Ldtgs.Zl. 64-18/31:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs, TS-Klubs und der IG BZÖ betreffend illegale Parteien- und Wahlkampffinanzierung in Kärnten durch die SPÖ**

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die Finanzabteilung des Landes Kärnten zu beauftragen, umgehend einen Bescheid zu erlassen, dass die SPÖ Kärnten die Wahlkampfobergrenze überschritten und der SPÖ-Landtagsklub Teile der SPÖ-Wahlwerbung finanziert hat, was eine unzulässige Spende nach dem Bundesparteiengesetz 2012 darstellt. Zudem wird der Bundesrechnungshof aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass gemäß den Bestimmungen des § 10 des Bundes-Parteiengesetzes 2012 vom SPÖ-Landtagsklub in Kärnten die im Zuge des Wahlkampfes unrechtmäßig und zweckwidrig geleisteten Gelder entsprechend den Bestimmungen des Parteienförderungsgesetzes dem Land Kärnten zurückgeführt werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Begründerin der Antragsteller liegt mir die Wortmeldung von der Frau Abgeordneten Mag. Trodt-Limpl vor. Ich bitte sie, diese Dringlichkeit zu begründen!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages: Im November 2012 wurde das Parteienförderungsgesetz geändert. Demzufolge wurde in Kärnten eine Wahlkampfkostenbeschränkung für die Landtagswahl 2013 von € 500.000,-- eingeführt. Für jeden Abgeordneten durfte ein weiterer Betrag von € 2.500,-- aufgewendet werden. Auch Sanktionen wurden in diesem Gesetz festgeschrieben, welche vorsehen, dass bei einer Überschreitung für ein Jahr das Antragsrecht der Parteienförderung verloren geht. Das BZÖ war beim Beschluss dieses Gesetzes nicht im Hohen Haus vertreten, doch wir bemühen uns und wir zeigen durch unsere Arbeit im Klub, dass wir äußerst sorgsam mit dem Steuergeld unserer Bevölkerung umgehen. Die Bevölkerung von Kärnten ist mündig und hat ein Recht auf eine sichere Legislative und Exekutive. *(Beifall von Abg. Korak, der TS-Fraktion und der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Abg. Mag. Leyroutz gibt noch eine Wortmeldung ab.)* Ja, das war im letzten Abdruck. Zur Begründung der Dringlichkeit, Herr Klubobmann Leyroutz!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Dringlichkeit: Ich habe die Ausführungen von der Frau Kollegin Lesjak vorhin sehr interessant empfunden, dass sie differenziert, für wen dann im Endeffekt die Werbung gemacht wird. Ich habe ein interessantes Inserat in der „Kärntner Tageszeitung“, Titelbild „Peter Kaiser, offen und ehrlich“ eingekreuzt der SPÖ-Landtagsklub. Sehr spannend, das hat also der Landtagsklub gezahlt. Dann steht unten: www.kaernten-spo.at. Am 3. März 2013, SPÖ, Wahlwerbung für die politische Partei, und da wollen Sie mir erklären, dass das in die Wahlkampfkostenbegrenzung nicht einzurechnen wäre. Ich glaube, das wird so nicht funktionieren. *(Einwand von Abg. Ing. Hueter.)* Nein, das wird so nicht gehen. *(Abg. Seiser: Allerdings!)* Ich nehme schon zur

Mag. Leyroutz

Kenntnis, dass Sie auch dieser Dringlichkeit keine Zustimmung erteilen werden. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft interessiert sich dafür. *(Abg. Seiser: Da kannst du mich klagen, Herr Kollege Leyroutz!)* Sie wird das auch dementsprechend überprüfen. Wir werden daher der Dringlichkeit auch unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG des BZÖ.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster von den Antragstellern hat sich der Herr Klubobmann Prasch zu Wort gemeldet zur Begründung der Dringlichkeit.

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Ausführungen der Frau Klubobfrau Lesjak lassen sehr tief in die Seele blicken. Wenn man einem erfolgreichen Wirtschaftstreibenden unterstellt, woher er überall sein Geld her haben könnte, dann wissen wir schon, wie der Schelm denkt. *(Abg. Dr. Lesjak: Transparenz, oder?)* Transparenz ist gegeben. Das Geld, das Frank Stronach einsetzt, ist selbst verdient, ist selbst versteuert und belastet nicht den Steuerzahler, so wie die Millionen, die Sie im Wahlkampf hinauswerfen! *(Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG des BZÖ. – Abg. Dr. Lesjak: Aha, er hat jeden Cent selbst verdient? So ein Geschwätz! – Starker Lärm im Hause.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich erteile als nächstem Redner zur Begründung der Dringlichkeit, dem Abgeordneten Bürgermeister Klaus Köchl, das Wort. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Heute diskutieren wir über Gesetze und wie sie einzuhalten sind. Wenn der Herr Professor vom Klub Stronach sagt, die SPÖ hat

das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler verspielt, so kann ich sagen, wir haben das Vertrauen am 3. März von den Wählerinnen und Wählern gewonnen! *(Abg. Dr. Lesjak: Genau!)* Das ist meines Erachtens ganz klar und deutlich dabei hervorgekommen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Und wir haben im Gegensatz zu einem Kurt Scheuch genau gewusst, was wir tun und wie wir das einhalten. Denn es ist zu unterscheiden zwischen einem Klubförderungsgesetz und einem Parteienförderungsgesetz. Es ist ganz einfach einzuhalten. Wir haben gesagt, wir wollen die Wahlkampfkosten reduzieren. Der Grund war – und da können sich herinnen noch sehr viele Leute daran erinnern – eine FPÖ oder FPK, die es einfach in den letzten Jahren nicht verstanden hat, Einhalt zu gebieten. Sie haben alles, was gegangen ist, mit beiden Händen hinausgeworfen, und die Sorge der Zukunftscoalition war die, dass die Regierung, die vorher mit ÖVP und FPK eben dieses Land Kärnten, wie wir so oft diskutiert haben, an die Wand gefahren hat mit einem Martinz & Co, wie sie alle heißen, wir müssen zur Vernunft kommen, wir müssen einen anderen Stil einnehmen und wir müssen diese Großsucht, diese Verschwendungssucht, diesen Postenschacher und dieses Machtgehabe, diese Machtgier ganz einfach beenden. Das war der Grund, warum wir dieses Gesetz gemacht haben. Wir haben wollen da herinnen, dass man hier einen Ehrenkodex macht, dass man ein Gesetz braucht, dass man sagt, wir verbrauchen nicht mehr Geld, dann hätten wir uns das alles ersparen können und das wäre alles viel, viel leichter gewesen. Die Leute wollen uns heute hier das anhängen, das sind der Herr Professor und Klubobmann der FPÖ, weil ihr genau wisst, ihr seid darüber hinausgeschossen und ihr braucht die Kohle. Die wollt ihr haben, darum geht es euch! Sonst geht es euch da um gar nichts und deshalb glaube ich, uns als Gesetzesbrecher zu bezeichnen, ist einfach unkorrekt. Wir haben diese Gesetze eingehalten, das Parteienförderungsgesetz mit Punkt und Beistrich, und wie der SPÖ-Klub sein Geld für Öffentlichkeitsarbeit verwendet, müssen Sie schon uns überlassen! Deshalb sage ich noch einmal ausdrücklich: Wo ist hier unzulässig und wo ist hier rechtswidrig gearbeitet worden? Ich bin der Meinung, die Dringlichkeit ist überhaupt nicht gegeben, dass

Köchel

wir heute reden müssen, im Verfassungsausschuss wird es dafür genug Zeit geben. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiterer Redner zur Begründung der Dringlichkeit ist der Herr Abgeordnete der ÖVP, Klubobmann Ferdinand Hueter am Wort. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Man könnte noch vieles dazu sagen, aber ich glaube, der 3. März war die Stunde der Wahrheit und die Wähler haben genau deswegen so gewählt, wie sie gewählt haben. Am 3. März hat die FPK oder FPÖ genau die Höchststrafe erhalten, die man politisch erleben kann! Das ist nicht mehr „davonjagen“ gewesen, das war noch mehr. Wir haben wenigstens eines getan und das halte ich uns zugute, wir haben versucht, die Steuermittel einzuengen. Was habt ihr getan? Plakatiert, das Land zugepflastert! Das Team Stronach hat das Geld jetzt in Liechtenstein versteuert, das interessiert die Wähler wahrscheinlich nur am Rande. Ich werde im Sinne der Fairness das nicht weiter ausführen, aber eines ist auch klar, ihr könnt euch auch an der Nase nehmen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit sind die Wortmeldungen zur Begründung der Dringlichkeit erschöpft. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist nicht die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln, indem ausschließlich FPÖ, Team Stronach und BZÖ für die Dringlichkeit gestimmt haben. Der Antrag wird von mir dem Rechts- und Verfassungsausschuss zugewiesen. Wir kommen zu den Mitteilungen des weiteren Einlaufes.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 77-9/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Einführung von Strafbestimmungen bei Verstößen gegen das Kärntner Klubfinanzierungsgesetz mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag eine Novellierung des Kärntner Klubfinanzierungsgesetzes (K-KFG) im Hinblick darauf vorzulegen, dass

1. es zu einer Adaptierung und Konkretisierung des Kärntner Klubfinanzierungsgesetzes im Sinne des Bundesgesetzes über die Finanzierung politischer Parteien 2012 kommt;
2. im Falle einer missbräuchlichen Verwendung der Landesbeiträge im Kärntner Klubfinanzierungsgesetz Strafbestimmungen für die betroffenen Landtagsklubs und Interessengemeinschaften vorgesehen werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet hat sich von der antragstellenden Fraktion der Klubobmann, Mag. Leyroutz. Bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Ich will mich ganz kurz fassen. Im Endeffekt zeigt die Diskussion, dass das Klubfinanzierungsgesetz reparaturbedürftig erscheint, wenn man es nobel formuliert, dass es doch zu viele Graubereiche gibt. Es gibt auf Bundesebene ein Bundesparteiengesetz, in dem klare Bestimmungen enthalten sind, und es gibt ja auch noch weitere Probleme, die noch bei der Prüfung der einzelnen Klubs zutage treten werden. Wenn man sich die Bilanzen einer Großpartei in Kärnten ansieht, dann weiß man, dass da der Landtagsklub der eigenen Partei Subventionen gewährt hat. Auch das ist natürlich eine unzulässige Zweckmittelverwendung. Von einem anderen

Mag. Leyroutz

Landtagsklub wissen wir, dass er seiner politischen Partei Darlehen gewährt hat, die mittlerweile als uneinbringlich ausgebucht wurden. Auch das ist im Endeffekt eine unzulässige Verwendung und ich glaube, dass wir strengere Bestimmungen benötigen, vor allem im Hinblick auf das Bundesparteiengesetz 2012, eine dementsprechende Anpassung. In Anbetracht dessen, wie die Parteien mit den Klubförderungsmitteln umgehen, ist es erforderlich, so schnell und alsbald wie möglich diese Strafbestimmungen einzuführen. Ich ersuche daher um Zustimmung zur Dringlichkeit! *(Beifall von der F-Fraktion und der TS-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiterer Redner zur Dringlichkeit hat sich der Abgeordnete Mag. Zoppoth zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn zur Begründung ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Zoppoth** (SPÖ):

Werter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich habe mir die Diskussionen im Zuge der Aktuellen Stunde genau angehört, ich habe mir auch die Anträge angesehen und die Medienberichte dazu. Dabei hat sich mir ein Zitat aufgedrängt: „Das Gerücht ist einmal um die Welt, bevor die Wahrheit die Stiefel angezogen hat.“ Und auch in diesem Antrag haben wir auf der Rückseite in der Begründung sehr viele Behauptungen und Verdächtigungen gegenüber der SPÖ und auch gegenüber der ÖVP, dass es hier zu missbräuchlicher Verwendung von Steuergeldern gekommen sei und auch in Zukunft kommen kann, weil auch behauptet wird, dass die gesetzlichen Regelungen voller Graubereiche sind. Das heißt, die Gerüchte laufen. Die FPÖ behauptet etwas, die Gerüchte laufen, aber diese Behauptungen stützen sich auf das eigene Rechtsempfinden. Der Zweck könnte sein, dass man vom eigenen negativen Image der Freiheitlichen Partei ablenken will, dass man versucht, die Koalitionsparteien anzuschwärzen und die erklärten Lieblingsfeinde SPÖ und ÖVP mit hinunter auf das eigene Niveau zu ziehen. Im Hinblick auf die Nationalratswahl erscheint das natürlich verständlich, weil die Angst vor einer ähnlichen „Watschen“

wie bei der Landtagswahl wahrscheinlich grenzenlos ist. Aber die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben uns, glaube ich, doch gelehrt, es wird uns niemand übel nehmen, wenn wir den Behauptungen der Freiheitlichen nicht blind vertrauen, sondern diese Rechtsansicht natürlich auch überprüft haben wollen. Wir stehen natürlich für eine Evaluierung des Kärntner Klubfinanzierungsgesetzes, aber unter Einbindung aller Abteilungen und Ausschüsse, die dazu auch berufen sind, und wenn sich dann herausstellen sollte, dass das Gesetz tatsächlich nachgeschärft werden muss, dann werden wir dem natürlich auch die entsprechenden Schritte folgen lassen. Besonders im Hinblick auf den Punkt 2, wo Strafbestimmungen gefordert werden, sind wir sehr gut beraten, wenn wir uns die Zeit nehmen und das eingehend prüfen, denn sonst haben wir die gleiche Situation wie jetzt bei den Wahlkampfkostenbeschränkungen, dass genau die Täter, die schwarzen Schafe, die sich nicht daran halten, Lücken suchen, um sich der Verantwortung zu entziehen und die Strafen und die Gesetze auch nicht anerkennen. Wir werden deshalb der Dringlichkeit natürlich die Zustimmung nicht geben, sondern wir werden uns die Stiefel anziehen und den Wahrheitsgehalt der Behauptungen prüfen. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiterer Redner zur Begründung der Dringlichkeit gemeldet ist der Klubobmann des Team Stronach, Hartmut Prasch. Bitte!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir reden jetzt von verschiedenen Seiten über die Buchstaben des Gesetzes. Dieses Gesetz ist einmal da und es wird jemand feststellen, ob es verfassungskonform ist, ob es entspricht, ob die Möglichkeiten von Querfinanzierungen gegeben sind, ob das ein strafbarer Tatbestand ist. Das werden wir alles wissen, aber was die Leute heute schon wissen, ist, dass Sie ihnen versprochen haben, die Wahlkampfkosten mit € 500.000,- zu beschränken. Und dieses Versprechen haben Sie gebrochen, egal, woher

Dr. Prasch

Sie finanzieren! (*Beifall vom Team Stronach, der F-Fraktion und der IG-BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine geschätzten Damen und Herren! Wortmeldungen liegen mir keine mehr vor, die Rednerliste ist erschöpft, daher lasse ich über diesen Dringlichkeitsantrag abstimmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum mit den Stimmen von Freiheitlichen, Team Stronach und BZÖ in der Minderheit geblieben und weit unter der erforderlichen Zweidrittelmehrheit des Hohen Hauses. Damit sind alle Dringlichkeitsanträge erledigt. Es wird der dritte Dringlichkeitsantrag ebenso als normaler Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zugewiesen. Ich bitte den Schriftführer um die Verlesung des weiteren Einlaufes!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

B) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 81-1/31:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Entziehung des Vertrauens gegenüber Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser durch den Kärntner Landtag gem. Art. 55 der Kärntner Landesverfassung (Misstrauensvotum)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

2. Ldtgs.Zl. 43-9/31:

Antrag von Abgeordneten des Teams Stronach betreffend Erhalt der Volksschule Pisweg / Marktgemeinde Gurk

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Wir sind am Ende der Tagesordnung, die Mitteilungen sind ergangen. Ich darf noch eine Mitteilung machen. Es tagt unmittelbar im Anschluss an die Landtagssitzung – mit dem Ausschussvorsitzenden ist vereinbart, um 14.30 Uhr – der Finanz-, Budget- und Wirtschaftsausschuss. Ich würde empfehlen, dass der Budget- und Wirtschaftsausschuss heute im Plenum, also hier im Sitzungssaal tagt, nachdem draußen die Temperaturen durchaus das leicht erträgliche Maß überschritten haben und der Landtagssitzungssaal klimatisiert ist. Also würde ich bitten, dass der Vorsitzende mit Schriftführung und den Auskunftspersonen auf den Regierungsbänken Platz nimmt und die Ausschussmitglieder sich vor der Regierungsbank entsprechend platzieren. (*Abg. Mag. Schalli: Herr Präsident! Es steht in der Ladung: „Im Anschluss an die Sitzung“! – 3. Präs. Lobnig: Ich halte fest, dass es geheißen hat „Im Anschluss an die Sitzung“!*) Ich habe mit dem Ausschussvorsitzenden vereinbart, dass wir um 14.30 Uhr den Termin für die Finanz- und Wirtschaftsausschusssitzung bekanntgeben. Ich denke, wir haben heute durchgetagt, es ist eine kurze Erfrischungspause wahrscheinlich nicht von Nachteil. Es sind auch Auskunftspersonen auf Abruf noch kurzfristig zu verständigen, daher findet die Finanz-, Budget- und Wirtschaftsausschusssitzung um 14.30 Uhr hier im Sitzungssaal statt. Ich wünsche allen anderen Damen und Herren Abgeordneten ein gutes Nachhausekommen und wünsche Ihnen einen entsprechend erholsamen Sommer! Sollten nicht weitere Anträge auf Sondersitzungen folgen, so werden wir uns am 3. Oktober bei der nächsten Landtagssitzung wiedersehen. Auf Wiedersehen, alles Gute!

Ende der Sitzung: 14.57 Uhr